



Politische Berichte

Nummer 18 / 14. Jahrgang

26. August 1993

G 7756 D Preis 2,00 DM

Betriebsrat Jüttemann rief auf dem Aktionstag auf, sich weder spalten noch einschüchtern zu lassen

Kampf um Bischofferode geht weiter

Zum dritten Aktionstag in Bischofferode kamen über 3000 Teilnehmer. Leider waren es diesmal weniger Teilnehmer aus der direkten Umgebung, woran wohl auch die Urlaubs- und Ferienzeiten in Thüringen ihren Anteil hatte. Aber der Zuspruch aus dem ganzen Lande war ungebrochen groß. Es gilt durch die Aktionen und die Standfestigkeit der Kumpel endlich zu erreichen, daß der Fusionsvertrag offengelegt wird.

Gregor Gysi, der auch diesmal zu den Teilnehmern und Rednern gehörte, nannte folgende Gründe, die klar für die Offenlegung sprechen:

— Die Treuhand ist die Verwalterin des „Volkseigentums“ der DDR. In dieser Funktion sollte sie gerade die Bürger im Osten Deutschlands darüber informieren, was in dem geheimnisvollen Vertrag steht.

— Der Vertrag betrifft massiv die Beschäftigten des Unternehmens Kaliwerk Bischofferode, also müssen auch sie Kenntnis vom vollen Inhalt bekommen.

— Der Vertrag beinhaltet, daß Steuer-gelder im bedeutenden Umfang zum fusionierten Unternehmen fließen, also sollten auch die Steuerzahler informiert werden. Vor allem handelt es sich bei den Geldern um Mittel von der Treuhand für Ostdeutschland, die damit zum größten Teil in westliche Unternehmen fließen. Dies kann man ja so machen, aber dann sollte man es auch so offen sagen.

Mit der ständigen Ablehnung der Privatisierung der Grube in Bischofferode schwenkt die Bundesregierung von der Mittelstandspolitik klar auf eine reine Konzernpolitik um. Vertrauensanwälte erhalten keine Einsicht in den Vertrag. Nun soll der unabhängige Wirtschaftsprüfer aus einer vom Bundeswirtschaftsministerium und Treuhand vorgegebenen Liste ausgewählt werden dürfen. Ob und wie er bei diesem Verfahren noch das Vertrauen der Kumpel und des Betriebsrates haben soll, ist fraglich.

— (Norbert Mros, LL/PDS Thüringen)

Der Betriebsrat hat beschlossen, auf das Ultimatum der Firmenleitung einzugehen, damit die Produktion wieder aufgenommen werden kann; die Besetzung findet vor dem Werkstor statt. Die von der Presse hochgespielte drohende Spaltung des Betriebsrates — der Vorsitzende flüchte von seinem Rücktritt gesprochen — scheint damit erst einmal abgewendet. Wir dokumentieren im folgenden die Rede des stellvertretenden Be-

triebsratsvorsitzenden der Kaligrube Bischofferode, Gerhard Jüttemann, die er auf dem Aktionstag am 21. August hielt.

Drei Wochen ist es nun schon her, seit sich zu unserem letzten Aktionstag über 10000 Menschen aus ganz Deutschland und auch aus dem Ausland hier in Bischofferode trafen. Solidarität für die Kalikumpel und der Erhalt der Arbeitsplätze und Kampf gegen eine Politik der Deindustrialisierung und Arbeitsplatzvernichtung in Ostdeutschland war das Motto.

Unser nun schon achtmonatiger Kampf ist schon längst kein Kampf mehr um unsere 700 Arbeitsplätze. Er ist ein Symbol für die Bewegung, die nicht mehr bereit ist, zu akzeptieren, daß Bundes- und Landespolitiker sich von Kapitalinteressen und Wirtschaftsbossen ihre Entscheidungen diktieren lassen und die Treuhand als ihr verlängerter Arm in diesem abgekarteten Spiel funktioniert. Viele haben begriffen, daß man aufstehen und sich wehren muß.

Unzählige Solidaritätsbekundungen aus allen Ländern haben uns Mut gemacht. Mit unserem Kampf sind wir so stark geworden, daß sich jetzt auch viele Prominente wie Bischof Dr. Forck, Stephan Heym, Stephan Hermlin, Elke Heidenreich, Bettina Wegner, Tamara Danz, Joseph Degenhardt, Reinhard Lakomy, Annetkatrin Bürger und an-

re mit uns solidarisieren. 400000 Mark auf unserem Solidaritätskonto sprechen für sich.

In unserem Kampf hat uns unsere Gewerkschaft schmählich im Stich gelassen. An ihren Äußerungen, wie z.B. der gestrigen des IG-Chemie-Vorsitzenden Hermann Rappe, zeigt sich deutlich, auf welche Seite sich die Spitzenfunktionäre geschlagen haben. BASF läßt danken!

Dank gilt auch den Vertretern von Parteien und Organisationen, die hier keinen Wahlkampf machen, sondern uns aktiv in unserem alltäglichen Kampf unterstützen. Ganz besonderen Dank gebührt denen, die uns mit ihrer Gesundheit unsere stärkste Waffe scharf halten — den Hungerstreikenden.

Unser Kampf, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nicht erfolglos. Am Dienstag vergangener Woche hat die EG-Kommission entschieden, daß der sittenwidrige Fusionsvertrag einer Tiefenprüfung unterzogen wird. Durch unseren Kampf sind wohl zu viele Ungereimtheiten ans Licht gekommen. Dennoch bleiben Wirtschaftsbesse und Regierung bis jetzt stur dabei, Bischofferode zum Jahresende zu schließen!

Je wirkungsvoller unser Arbeitskampf ist, je stärker die Solidaritätsbewegung wird, desto unsachlicher und hinterhältiger werden die Argumente unserer Gegner: Wir hätten angeblich ein jährliches Minus bei unserer Produktion von zwölf

Millionen Mark geleugnet! Die Treuhand und die Mitteldeutsche Kali sprechen vom „maroden“ Kaliwerk Bischofferode, was zwanzig Millionen Verluste produziert. Jetzt wird schon von 46 Millionen Mark Verlusten gesprochen. Das sind getürkte Zahlen. Wir haben bei so offenkundigen Lügen allen Grund, die Offenlegung des Fusionsvertrages, der ja unser Totenschein ist, zu verlangen!

Mit ihrer Medienkampagne wollen sie uns einschüchtern und unsere Solidaritätsbewegung spalten.

Mit einem guten Konzept können wir in der Zukunft schwarze Zahlen schreiben! Das ist auch die Meinung eines mittelständischen Investors — und der kann rechnen. Seine letzte Zusage, das Werk zu kaufen, stammt vom 16. August. Unser Salz ist in der Welt gefragt! Gerade in der Dritten Welt wird Kali gebraucht. Dorthin Kali zu liefern — das wäre eine sinnvolle Entwicklungshilfe.

Die herrschenden Politiker beteiligen sich an den Intrigen gegen uns. Wir hatten ja von Waigel die Zusage bekommen, ein von uns benannter Anwalt könne den Vertrag einsehen. Als klar wurde, daß sich Gregor Gysi nicht bestechen läßt, zog Waigel seine Zusage zurück. Jetzt heißt es auf einmal, nur ein unabhängiger Wirtschaftsprüfer unseres Ver-

Fortsetzung nächste Seite unten

17.8., Thüringen: Gegen Kahlschlag

Mit zahlreichen Protestaktionen wehrten sich am 17. August, dem Tag, an dem der MDK-Aufsichtsrat über die Stilllegung des Kaliwerks in Bischofferode beriet, erneut tausende von Menschen gegen die Vernichtung der Industriebetriebe in Thüringen und anderen Ost-Bundesländern durch West-Konzerne. Bild: Aktion in Zella Mehliß nahe Suhl, wo der Kugelfischer-Konzern das Kugellagerwerk mit 490 Beschäftigten vernichtet.

— (rül, Bild: af/mz)



Bosnien: Keine Einigung in Genf

Der neue „Friedensplan“ heizt den Krieg auf dem Balkan weiter an

Wieder ein neuer Friedensplan für Bosnien. Und wieder flammen die Kämpfe im ganzen Land auf. Es ist schon fast zu auffällig: Kaum haben sich die Vertreter der marodierenden Soldateska in Genf zusammengefunden, über ein, zwei Wochen irgendein Papier ausgehandelt, das dann durch neue „Vermittlervorschläge“ ergänzt wird, brechen die Kämpfe zwischen den Kriegsparteien scheinbar unvermittelt wieder auf.

Bei den letzten Verhandlungen fiel allerdings auf, daß die Vertreter der Serben und Kroaten recht schnell ein Einverständnis erzielen konnten. Beide Parteien haben nun militärisch im wesentlichen alles, was sie bekommen wollen. Nur die Gebiete um Zadar und die oft genannte Maslenicabrücke, die einzige Landverbindung nach Süddalmatien, sind umstritten, wie auch Gebiete in Ostbosnien.

Im großen und ganzen steht aber für beide kaum noch größerer militärischer Erfolg in Aussicht. Deshalb auch die Bereitschaft, dies nun festzuschreiben.

Aber auch der Verhandlungsleiter der bosnischen Muslime, Alija Izetbegović, fand sich zu der Erklärung bereit, ein einheitlicher Staat ist nicht mehr machbar. Zumindest vorläufig nicht.

Nachdem nun in der letzten Woche eine Einigung in Aussicht stand, spielten die USA mit den Muskeln, und drohten mit Luftangriffen. Die NATO zog daraufhin beschlußmäßig nach. Wenige Tage darauf begannen Probeangriffe von NATO-Flugzeugen über Bosnien. Parallel dazu legten die „Vermittler“ Owen und Stoltenberg einen neuen Vorschlag vor, der in der Presse als ein „dreifaches Danzig-Problem“ tituliert wird. Nach diesem neuen Plan ist ein Muslimstaat vorgesehen, der eingeschnürt wird durch serbische Gebiete. Über drei Korridore sollen Verbindungen zum Meer und anderen Muslim-Enklaven hergestellt werden können. Es ist vollkommen klar, daß es um diese Korridore permanenten Streit geben wird; die Fortdauer des Krieges ist damit gesichert.

Entweder ist es völlige Ignoranz oder Absicht der beiden Vermittler, mit der Vorlage solcher „Friedenspläne“ die Muslime zu provozieren. Auf jeden Fall kam die Antwort prompt und wie erwartet: vollständige Ablehnung. Kurz darauf fing das Brennen und Morden wieder an.

Wie man es dreht und wendet. Ein Ende des Krieges wird nicht kommen, solange man nicht aufhört, dem nationalen und religiösen Chauvinismus zu frönen.

Richtig erkannt hat dies nun auch der englische BBC-Korrespondent Misha Glenn, der einen Aufsatz in der „Zeit“ mit „Nehmt Tito zum Vorbild“ überschrieb. Bisher ist es nur in der Regierungszeit Titos gelungen, durch rigide Methoden den nationalen Chauvinismus einzudämmen. Durch eine nichtreligiöse und nichtimperialistische Politik konnte der zweite jugoslawische Staat die inneren Gegensätze abschwächen und in einen friedlichen Aufbau des Landes lenken. — (hav)

750 000 Unterschriften für Doppel-Staatsbürgerschaft

Die Initiative Referendum Doppelte Staatsbürgerschaft hat nach Presseberichten im vergangenen halben Jahr 750000 Unterschriften für eine Volksabstimmung über die doppelte Staatsbürgerschaft gesammelt. Bis zum 15. Oktober sollen es eine Million Unterschriften werden, wenn die abschließenden Beratungen der Gesetzentwürfe von SPD und Bündnis 90/Grünen im Bundestag beginnen. Diese Gesetzentwürfe sehen eine erleichterte Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit vor. — (alk)

Aktion „Gegenwehr“ zur Sicherung des Sozialstaats

Der DGB sowie die Einzelgewerkschaften bereiten gemeinsame Aktionen gegen die Sparmaßnahmen der Bundesregierung vor:

6.9.93 Aktionstag in Bonn anläßlich der Anhörung des Arbeits- und Sozial-sowie Rechtsausschusses zur geplanten Einführung der Karenztage;

9./10.9.93 Aktionstag in Dresden anläßlich der Sitzung des Bundesarbeits- und Sozialausschusses (an dem alle Landes-sozialminister und Bundesarbeitsminister Blüm teilnehmen werden) zu den Themen Pflegeversicherung, Karenztage und Bundeshaushalt 94;

20.-24.9.93 flächendeckende Demonstrationen und Kundgebungen im gesamten Bundesgebiet, ggfs. wird auch zu Arbeitsniederlegungen aufgerufen werden. In dieser Woche findet die 2./3. Lesung zu den Karenztagen im Bundestag und die Befassung im Bundesrat statt.

Die ÖTV fordert ihre Mitglieder auf, Wahlkreisabgeordnete aller Parteien zu Stellungnahmen aufzufordern. Genauere Termine und Orte der Aktionen können in den jeweils zuständigen Gewerkschaftshäusern erfragt werden. — (har)

Kinkel betreibt weiter Verbot der PKK

Die Süddeutsche Zeitung meldet, daß sich Bundesaußenminister Kinkel erneut für ein Verbot der PKK in der BRD ausgesprochen hat: „... forderte der FDP-Politiker vor Journalisten erneut ein Verbot der PKK auch in Deutschland. Kinkel räumte ein, daß es kontraproduktiv sein könnte, eine Partei zu verbieten und ihre Mitglieder damit zu zwingen, in den Untergrund zu gehen. Trotz dieser Bedenken wünsche er sich aber ein Verbot der PKK, wenn die sachlichen und rechtlichen Voraussetzungen gegeben seien. Er sei dabei, diese Fragen mit Bundesinnenminister Kanther zu klären, sagte Kinkel.“ (SZ, 21.8.) Irgendwelche Gründe für seine Verbotsforderung nennt der Minister nicht. Diese liegen aber auf der Hand. Mit ihren Waffenlieferungen an die türkische Armee ist die BRD mitschuldig am Völkermord. Diese Waffenlieferungen sind nach Völkerrecht wie nach bundesdeutschem Recht verbrecherisch. Kinkels Verbotsforderung soll kurdische Institutionen in der BRD, die diese Verbrechen enthüllen und anklagen, mundtot machen. — (rül)

Internationales Kurdistan-Festival

4. September 1993, Beginn 12 Uhr in Frankfurt/Main, Waldstadion

Neben kurdischer Folklore und Musik sprechen u.a.: Prof. Kevin Boil (Großbritannien), Lord Avebury (Großbritannien), Frau Angelika Frankenhauser (Parlamentarierin, Schweiz), G. Bunsdorf (Menschenrechtler, Finnland), Hugo von Rompay (Parlamentarier, Belgien), Sprecher aus der Türkei. Angefragt: ANC-Vertreter, englischer Chor, afrikanische Musikgruppen. Veranstalter: Feyka Kurdistan

Aktuell in Bonn

Grundsteuer rauf?

Bundesbauministerin Schwätzer hat Befürchtungen dementiert, die Regierung werde die Grundsteuer und damit im Zusammenhang die Erbschafts- und Vermögenssteuern drastisch anheben. Hintergrund ist die Erwartung, daß das Bundesverfassungsgericht die geltende Einheitswertbesteuerung auf Grund- und Hausbesitz als verfassungswidrig aufheben werde. Mehrere Klagen liegen beim Gericht, eine Entscheidung wird im Herbst erwartet. Der Haus- und Grundbesitzerverband, aber auch der Mieterverband, erwarten eine Aufhebung der Einheitswertbesteuerung. Dies würde zu einer massiven Anhebung der Grundsteuern und der steuerlichen Bewertung von Haus- und Grundbesitz führen. Gut möglich, daß die Regierung diese Gelegenheit nutzt, um insbesondere private Eigenheimbesitzer zu schröpfen. Noch dementiert die Bauministerin: Dann werde die Regierung Freibeträge und Steuersätze ändern. Abwarten, was Waigel dazu sagt.

Rexrodt auf Lambsdorff-Spuren

Mit einem am 16.8. verabschiedeten Papier „Zukunft des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ versucht die FDP, ihre Popularität bei Unternehmensvorständen und deren Anhang zu heben. Im öffentlichen Dienst soll wieder 40 Stunden die Woche Norm werden, die AZO-Novelle mit der Ausdehnung der Arbeitszeit, mehr Nacht- und Sonntagsarbeit rasch verabschiedet werden, die Befristungen des „Beschäftigungsförderungsgesetzes“ u.a. für Leiharbeiter und andere besonders rechtlose Arbeit aufgehoben werden. ABM-Beschäftigte sollen 80 % der regulären Arbeitszeit zu 80 % des Tariflohns arbeiten, faktisch also zu 64 % des regulären Tariflohns.

Handwerksverband zum Haushalt '94

Der „Zentralverband des deutschen Handwerks“ fordert in seiner Stellungnahme zum Haushalt der Regierung für 1994 eine Ausdehnung der Arbeitszeit. 40 Stunden soll gearbeitet werden, ohne daß die Kapitalisten Überstundenzuschlag zahlen müssen. Die Streichung des Schlechtwettergeldes lehnt der Verband ab, aus Sorge um die Geschäfte des Bauhandwerks. Dafür soll bei Arbeitslosen noch härter gekürzt werden: Sperrzeiten von 12 Wochen bei Nichtannahme „zumutbarer“ Arbeit oder Umschulung soll die Regel werden, das Verbot der Arbeitnehmerüberlassung fallen.

Töpfer, „Klimabericht“

Bis zum Jahre 2005 will die Bundesregierung alle „klimarelevanten Emissionen“ um die Hälfte reduzieren. So Bundesumweltminister Töpfer am 18. August bei der Vorstellung seines ersten „Klimaschutzberichts“. Wie die Regierung dies erreichen will, blieb allerdings im Dunkeln — zumal Töpfer im gleichen Bericht einräumen mußte, daß z.B. der CO₂-Ausstoß in den West-Ländern seit

1987 weiter gestiegen ist und nur durch die weitgehende Vernichtung der DDR-Industrie im Osten der Ausstoß sank. Der beim „grünen Punkt“ gefundene Weg — Export des Plastikmülls ins Baltikum oder auf irgendeine Pazifikinsel — dürfte bei Emissionen nicht so einfach sein.

Streit um „Preußen-Besitz“

Bundesregierung und Länderregierungen streiten darum, wer „Rechtsnachfolger“ des 1947 auf Weisung des Alliierten Kontrollrates liquidierten Staates Preußen ist. Es geht um erheblichen Haus- und Grundbesitz, der bis 1945 in preußischem Staatsbesitz und dann von der DDR übernommen wurde — in Berlin etwa 260 z.T. bebaute Grundstücke in bester Lage sowie Wälder am Stadtrand, im Land Brandenburg 265 000 Hektar Forsten und 40 000 Hektar Land, in den anderen Ost-Ländern weitere ca. 265 000 Hektar Wald. Laut Grundgesetz (Artikel 135) ist früher preußisches Eigentum Eigentum der Länder. Die Bundesregierung behauptet aber, laut Einigungsvertrag gehöre alles ihr, der Einigungsvertrag gehe hier dem Grundgesetz vor. Die Länder bestreiten diese dreiste Position. Jetzt will die Bundesregierung klagen.

CDU/CSU zur „Inneren Sicherheit“

Mit einem ganzen Gesetzgebungspaket will die Union sich als Partei der drakonischen Polizeigesetze profilieren. Privaträume sollen abgehört werden können („großer Lauschangriff“), das Strafmaß für Gewalttaten erhöht, die Untersuchungshaft bei politisch motivierter Gewalt verschärft werden. Beim Landfriedensbruch soll die Rechtslage der 60er Jahre wiederhergestellt werden — Massenverhaftungen können die Folge werden. Geheimdienste sollen auch im Inland gegen „organisierte Kriminalität“ eingesetzt werden, V-Leute sollen noch mehr Straftaten begehen dürfen, als sie ohnehin schon begehen. Sämtliche Personenregister sollen zu einem bundesweiten Zentralregister zusammengelegt werden — eine Machtfülle für BKA und Geheimdienste, wie sie seit Gestapo-Zeiten nicht mehr bestand.

EG-Bank nach Frankfurt, sonst ...

Im Streit um die EG-Währungsunion und den Sitz der damit verbundenen mächtigen EG-Zentralbank, die die Haushaltspolitik der EG-Staaten kontrollieren kann, ist Finanzminister Waigel zu offenen Drohungen übergegangen. Waigel wörtlich im Magazin *focus*: „Entweder die europäische Zentralbank kommt nach Frankfurt, oder aus der ganzen Veranstaltung wird nichts.“ Gleichzeitig deutete Waigel an, die Bundesregierung könne einer zeitlichen Verlegung der Währungsunion zustimmen. In die gleiche Richtung hat sich auch FDP-Graf Lambsdorff geäußert.

Was kommt demnächst?

Am 6. September beginnt der Bundestag wieder seine Beratungen, insbesondere zum Haushalt 1994. Am 12. September sind OB-Wahlen in München, am 19. 9. Wahlen in Hamburg.

Bad Kleinen: Initiative für eine unabhängige Untersuchungskommission

Von verschiedenen Personen und Vereinigungen ist eine Initiative zur Bildung einer unabhängigen Untersuchungskommission gestartet worden, die den Tod von Wolfgang Grams und die Aktion der staatlichen Organe in Bad Kleinen untersuchen soll. Hier der Aufruf:

Wir halten den Aufbau einer unabhängigen nationalen/internationalen Untersuchungskommission für dringend notwendig, um

- 1) die Umstände des Todes von Wolfgang Grams lückenlos aufzuklären und
- 2) das Verhalten der verschiedenen staatlichen Organe und beteiligten Personen vor, während und nach der „Aktion“ in Bad Kleinen juristisch, strukturell und politisch zu untersuchen und zu bewerten.

Dieser Brief an Sie ist Information und Einladung zugleich.

Bisherige Umrissse für die Arbeit einer Untersuchungskommission

Die Forderung nach einer „unabhängigen“ Untersuchungskommission ist in den letzten Wochen aus unterschiedlichen Bereichen erhoben worden: aus dem Medienbereich, von Politikern und zuletzt von Anwaltsvereinigungen und der Humanistischen Union.

Um Fehlinterpretationen vorzubeugen, halten wir es für sinnvoll, den Begriff der „Unabhängigkeit“ hinsichtlich der zu konstituierenden Untersuchungskommission (UK) zu konkretisieren. Unserer Meinung nach muß die UK unabhängig von allen Kräften/Interessengruppen sein/arbeiten, die der Wahrheitsfindung hinsichtlich des Todes von Wolfgang Grams entgegenstehen. Insofern ist die UK auch nicht parteiisch. Sie ist parteiisch — im Sinne der Wahrheitsfindung.

Desweiteren ist unserer Ansicht nach die Aufgabe einer solchen UK sowohl die Untersuchung der konkreten Abläufe und verfügbaren Gutachten etc. als auch die Bewertung der juristischen, strukturellen und politischen Aspekte sowie die öffentliche Stellungnahme zu den sich daraus ergebenden Forderungen/Konsequenzen.

Um der Aufgabe der lückenlosen Aufklärung des Todes von Wolfgang Grams gerecht werden zu können, sind unserer Meinung nach im jetzigen Stadium zwei Faktoren wichtig:

- 1) fachliche Kompetenz in den Bereichen Justiz, Medien, Ballistik, Kriminalistik, Sicherheitsdienste etc.
- 2) öffentlicher Druck, um das für die Recherchen notwendige Material ausgehändigt zu bekommen. Hier könnte Pressearbeit eine Rolle spielen, ebenso wie z.B. ein öffentlicher Aufruf zur Herausgabe des notwendigen Materials.

Einer Bewertung sollten unterzogen werden:

- 1) die faktischen Abläufe und ihre strukturellen Hintergründe
- 2) die sich darin ausdrückenden politischen und strukturellen Aspekte vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Entwicklung in der BRD
- 3) die von politischer Seite vorgeschlagenen „Konsequenzen aus den Pannen“ wie z.B. Effektivierung der Zusammenarbeit der verschiedenen Sicherheitsorgane oder die Erweiterung der Gesetze zur inneren Sicherheit

Fortsetzung von Seite 1
Bischofferode ...

trauens könnte den Fusionsvertrag einsehen. Wir haben ihn benannt, und das Wirtschaftsministerium hat ihn wiederum abgelehnt, weil er den Herren von der K+S/MDK nicht paßt. Jetzt sollen wir uns den Wirtschaftsprüfer nach einer vorgegebenen Liste des Finanzministeriums oder der K+S-Bosse wählen. Da können wir nur sagen: Nein, danke! Diese Art von „Wahlen“ kennen wir, Herr Waigel! Wir fordern, daß Prof. Rudolf Hickel aus Bremen in unserem Auftrag den Fusionsvertrag einsieht.

Die wirtschaftlich und politisch Verantwortlichen beschuldigen uns ständig, wir würden 7 500 Arbeitsplätze in der deutschen Kali-Industrie gefährden. Damit soll ein Keil zwischen uns und unseren Kollegen im Osten einerseits und unseren Kollegen im Westen andererseits getrieben werden. Die letzte De-

- 4) die bereits vollzogenen Wechsel von Seiters zu Kanther und die Nachfrage bezüglich von Stahls; welche politischen Aspekte damit gesetzt werden.

Soweit ein grober Umriss bisheriger Gedanken. Die konkretere Diskussion über Ausrichtung und Arbeit einer zu bildenden UK muß natürlich unter den Personen und Gruppen geführt werden, die sich daran beteiligen wollen.

Angesprochen werden sollen:

Republikanischer Anwaltsverein, Verein Demokratischer Juristen, Humanistische Union, Internationale Liga für Menschenrechte, Zeitschrift *GEHEIM*, Büro Ulla Jelpke (PDS), Michael Empell (Völkerrechtler), Pieter Bakker-Shut (Rechtsanwalt aus Amsterdam) u.a.

Als erstes Treffen aller InteressentInnen schlagen wir

Samstag, den 28. August 1993

14.00 Uhr

vor. Um einen möglichst zentral gelegenen Ort für das Treffen zu haben, haben wir mit dem Büro von Ulla Jelpke, PDS-Abgeordnete in Bonn, vereinbart, daß das Treffen in dem Fraktionssaal stattfinden kann.

Bonn-Center, Bundeskanzlerplatz
Fraktionssaal, Zi. 710-712
53113 Bonn

Um eine Einschätzung des Interesses und der TeilnehmerInnenzahl zu bekommen, bitten wir Sie um schriftliche oder telefonische Rückmeldung. Sollten Sie Interesse haben, aber zu dem o.g. Termin zeitlich verhindert sein, würden wir uns trotzdem über eine Antwort freuen.

Falls Ihnen noch andere InteressentInnen einfallen, geben Sie dieses Schreiben bitte weiter und informieren Sie uns.

mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag der Initiative
Erwin Gürtler

Einige Hintergrundinformationen

Drei Wochen nach der Erschießung von Wolfgang Grams und der Festnahme von Birgit Hogefeld in Bad Kleinen geht es in den Medien fast ausschließlich um den V-Mann. Um die Frage, wer Wolfgang Grams erschossen hat, wer was davon gewußt hat und wen deckt, wer wann welche Entscheidung getroffen hat und wer welche Rolle in der Unterdrückung von Informationen, der Vernichtung von möglichen Beweisen und der bewußten Desinformation übernommen hat, ist es merklich still geworden. Nach dem Rücktritt von Bundesinnenminister Seiters und der Entlassung von Generalbundesanwalt von Stahl wird die Diskussion um die Abläufe in Bad Kleinen und

danach einerseits auf die Ebene von „Pannen“ reduziert und andererseits der Ruf nach der Effektivierung der Zusammenarbeit der verschiedenen Organe des Sicherheitsapparates laut. Kritische Stimmen werden zunehmend unterdrückt — so gibt es schon in der 2. Woche nach Bad Kleinen in der ARD die Direktive an alle Journalisten, kritische Fragen zu unterlassen und die staatlichen Organe zu schützen.

Nach wie vor erhält der Anwalt der Eltern Grams kaum Informationen über laufende Ermittlungen, Zeugenvernehmungen, Gutachten etc. In den offiziellen Stellungnahmen wird immer auf die noch ausstehenden Gutachten der Zürcher Stadtpolizei und des rechtsmedizinischen Instituts an der Uni Zürich verwiesen und diese dabei als „unabhängige“ Institutionen gepriesen. Unerwähnt bleibt, daß genau diese Institutionen schon in der Todesnacht in Stammheim 1977 zu den Untersuchungen beigezogen wurden und die schnelle Selbstmordversion mit verantwortlich haben. Unabhängig im eigentlichen Sinn von staatlich/politisch unabhängig sind diese Institutionen nicht.

Zeugenaussagen, die die Hinrichtung von Wolfgang Grams bestätigt haben, werden inzwischen wieder unter den Tisch gekehrt und auf unterschiedliche Art und Weise als unglaubwürdig abgetan. Gleichzeitig wird den beteiligten GSG 9-Beamten ganz offensichtlich die Absprache ihrer Aussagen ermöglicht und ihre Behandlung ausschließlich als Zeugen und nicht etwa als Beschuldigte durch die Staatsanwaltschaft legitimiert.

Beweismaterial wird vernichtet, zurückgehalten und/oder vernichtet; ein Beispiel dafür ist das Video von der Aktion in Bad Kleinen: Zuerst existierte es angeblich nicht, dann wird eine offensichtlich gekürzte Fassung, in der wesentliche Stellen herausgeschnitten sind, an die Staatsanwaltschaft Schwerin weitergegeben. Im ersten Teil des Videos liegen Spurensicherungsmarkierungen an einer anderen Stelle als im zweiten Teil nach dem Schnitt.

Trotz alledem wird nach wie vor so getan, als bestünde noch immer die Möglichkeit, daß Wolfgang Grams sich selbst erschossen hätte bzw. als wäre all dies nur ein Problem der „schlechten Informationspolitik“ und die mögliche gezielte Hinrichtung von Wolfgang im Höchstfall die „durchgedrehte“ Handlung eines psychisch überforderten Beamten.

— (Initiative für den Aufbau einer Untersuchungskommission, c/o Infoladen, Werderstr. 8, 65195 Wiesbaden, und Infostelle für die Freiheit der politischen Gefangenen, Frankfurt)

GdP-Vorsitzender Lutz zu GSG 9 und Bad Kleinen

Die Ermittlungen der Schweriner Staatsanwaltschaft gegen zwei Beamte der GSG 9 sind nach Einschätzung der Gewerkschaft der Polizei (GdP) als „normalster Vorgang der Welt“ zu bewerten. Dem Saarländischen Rundfunk sagte der Vorsitzende der Gewerkschaft, Lutz, die Ermittlungen sagten nichts über die tatsächlichen Vorgänge in Bad Kleinen aus. „Das ist derzeit reine Spekulation, denn es ist alles offen.“

Wenn tatsächlich ein Polizist für die Todesschüsse auf Grams verantwortlich sei, wäre dies für die Polizei „der glücklichste Umstand“, sagte Lutz weiter. Falls der Tod von Grams aber nicht auf den Fehler eines einzelnen zurückzuführen sei, müsse dies Folgen haben. Wenn es eine geschlossene Struktur gebe, jemanden hinzurichten, „dann müßte man schnellstens zu der Überlegung kommen, ob man sich eine solche Sondereinheit leisten kann“.

Quelle: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. 8., Nachrichtenagentur Reuters — (mio)



Verteidigungsminister Rühle bemüht sich ähnlich wie Außenminister Kinkel massiv um einen Ausbau der Bündnisverträge des BRD-Imperialismus nach Osteuropa. Nachdem Rühle schon vor einiger Zeit gefordert hatte, die Staaten Osteuropas mit Ausnahme Rußlands auch militärisch unter NATO-Schutz zu stellen — was der BRD erleichtert hätte, als dominierende NATO-Macht in Europa ihre Schutzmacht-Position auszubauen, bereiste der Minister nun die Ukraine und Kasachstan. Die Ukraine wünscht u.a. von der BRD eine Bestätigung ihrer Kontrolle über die Krim, mit Kasachstan unterzeichnete Rühle ein Abkommen zur Militärszusammenarbeit. Auch wenn offiziell betont wird, die Zusammenarbeit richte sich nicht gegen Rußland — faktisch aber nährt Rühle so leise, aber bestimmt die Gegnerschaft beider Staaten gegen Rußland. Waffenexporte — z.B. alte NVA-Waffen — dürften folgen. Bild: Rühle im April 1993 in Moskau.

monstration in Kassel (zu der die IGBSE und der Betriebsrat von Kali und Salz aufgerufen hatte und an der 2 000 Menschen teilnahmen, d. Red.) war ein Beweis dafür, wie das wirkt.

Wir sagen nochmals von hier aus, daß wir nicht gegen unsere Kollegen kämpfen. Wir sagen unseren Kumpels in den Ost- und den Westgruben: Laßt nicht zu, daß man mit unglaublichen Argumenten von unglaublichen Leuten West-Kumpels gegen Ost-Kumpels und umgekehrt ausspielt. Wir gefährden nicht Eure Arbeitsplätze, wir gefährden überhaupt keine Arbeitsplätze. Wir wollen unsere 700 Arbeitsplätze sichern. Und wir wollen die Arbeitsplätze bei Transportfirmen, bei der Bahn, den Seereedereien und den weiterverarbeitenden Werken sichern. An die Adresse derjenigen, die sich heute gegen uns stellen, sagen wir: Wer garantiert Euch, daß Ihr nicht für jene unglaublichen Herren die nächsten geeigneten Opfer seid?

Indem wir gegen die Arbeitsplatzvernichtung bei uns kämpfen, kämpfen wir gegen die Arbeitsplatzvernichtung überhaupt. Jeder, der Arbeitsplätze erhalten will, muß sich mit unserem Kampf solidarisieren.

Wir nehmen aber nicht nur, wir geben auch Solidarität. Viele von uns tragen das Signal, unsere Erfahrungen in andere Betriebe. Wir arbeiten an einem Aktionsbündnis der Thüringer Betriebe mit. Wir unterstützen die Bewegung „Arbeitsplätze für Millionen“ und die Aktion „5 vor 12“ — das versprechen wir Euch. Wir wollen damit dafür sorgen, daß Bischofferode wirklich überall ist. Wir wollen alle gemeinsam dafür sorgen, daß Bischofferode der Anfang einer Bewegung wird, die endlich den Arbeitsplatzvernichtern in Bonn und der Wirtschaft auf die Füße tritt.

Ich danke Euch allen und erinnere daran: Nur gemeinsam sind wir stark. Glück auf!

Mit zwei Gesetzentwürfen hat das Bundeskabinett am 23.6. die Pflegeversicherung auf den Weg gebracht. Zwei Gesetzentwürfe deshalb, um den Zusammenhang zwischen Pflegeversicherung und der Teilfinanzierung durch die Einführung von Karenztage zu trennen. Dieser Gesetzestrick soll den Einfluß des Bundesrates, in dem die Regierungskoalition keine Mehrheit hat, schmälern. Das Pflegeversicherungsgesetz beinhaltet die Pflegeleistungen, die Versicherungspflicht und die Finanzierung sowie die Karenztage für die Beamten. Dieses Gesetz bedarf der Zustimmung des Bundesrates. Doch zuvor will die Bundesregierung den Gesetzentwurf zur Entgeltfortzahlung durch den Bundestag bringen. Er regelt die Einführung der Karenztage und die verschärften Kontrollen von Kranken. Für dieses Gesetz ist die Zustimmung des Bundesrates nicht erforderlich. Das heißt, eine Ablehnung kann der Bundestag mit einfacher Mehrheit zurückweisen.

Die ÖTV kritisiert die Pflegeversicherung als „weder bedarfsgerecht noch sozial“. Bei den Leistungen von 2 100 DM würden die meisten Pflegebedürftigen weiterhin auf Sozialhilfe angewiesen sein. An den unwürdigen Verhältnissen, daß die Taschengeldempfänger sind, wird das Gesetz nichts ändern. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin unterstützt diese Ansicht mit eigenen Berechnungen. Zu der Leistung der Pflegeversicherung für stationäre Pflege von 2 100 DM müssen die Bedürftigen mindestens 2000 DM hinzuzahlen. Nach Berechnungen des DIW können mehr als vier Fünftel der alleinstehenden alten Menschen im Osten diese Kosten nicht aufbringen. „Von den Ehepaaren habe nur die Hälfte eine so hohe gemeinsame Rente, daß nach Abzug des Betrages für Heimunterbringung der zu Hause bleibende Partner noch ausreichend Geld zum Leben übrig hätte.“ In den alten Bundesländern „reichen bei mehr als der Hälfte der alleinstehenden alten Menschen die Einkommen nicht, um die Unterbringung zu bestreiten. Bei Paaren seien dazu ein Fünftel nicht in der Lage.“

Die ÖTV kritisiert richtig, daß mit dem Pflegeversicherungsgesetz die Tendenz in der Gesundheits- und Sozialpolitik fortgesetzt werde, „den Sozialstaat so abzubauen, daß lediglich eine Grundversicherung durch die Sozialversicherung erfolge“.

Nun haben auch Wohlfahrtsverbände ihre Kritik an dem Gesetz veröffentlicht. Behindertengruppen kritisieren, daß die „Versicherung den Pflegebedürftigen keinen Ansatz für ein selbstbestimmtes Leben“ bietet. Es wird mit einer Verschlechterung der Versorgung von Pflegebedürftigen gerechnet. Das Gesetz unterscheidet bei der Finanzierung der häuslichen Pflege drei Stufen, je nachdem, ob ein Betroffener einmal täglich, dreimal täglich oder rund um die Uhr versorgt werden muß. Entsprechend ist die Höhe der Leistung mit 400, 800 und 1200 DM festgelegt. Folglich erhalten nach Ansicht von Wohlfahrtsverbänden Personen, die zwar pflegebedürftig sind, keine Leistungen aus dem Gesetz, weil sie nicht täglich versorgt werden müssen. Nach Infratest sind das 465 000 Menschen in der BRD. „60 % von ihnen können nicht mehr alleine baden, 40 % weder duschen noch sich waschen, 75 % können ohne fremde Hilfe die Wohnung nicht säubern, 49 % keine Treppen mehr steigen, 42 % ihre Finanzen nicht mehr selbstständig regeln.“ Konnten die Betroffenen solche Hilfeleistungen nicht bezahlen, kamen die Sozialämter dafür auf. Der Paritätische Wohlfahrtsverband in Frankfurt befürchtet, daß sich die Sozialhilfe an dem im Gesetz formulierten Voraussetzungen orientieren wird. Zum Beweis wurde eine interne Stellungnahme des Berliner Senats veröffentlicht, in der es heißt, daß „die Sozialhilfe nur in dem Umfang, der Qualität und zu dem Preis leisten darf, wie es die Pflegekassen tun“.

Das Arbeitsministerium gibt als vorrangiges Ziel des Gesetzes vor, die Versorgung der Pflegebedürftigen zu Hause zu fördern. Nach Ansicht der Behinderteninitiativen ist das Gegenteil der Fall. 1200 DM ist der Höchstbetrag für die häusliche Pflege durch die Angehörigen. Sozialstationen können bis 2000 DM erhalten. Eine Intensivpflege rund um die Uhr verschlingt 13000 bis 18000 DM nach Berechnungen der Krüppel- und Behinderteninitiativen in Berlin. Die über das Pflegegesetz hinausgehenden Leistungen muß der Pflegebedürftige selbst finanzieren oder sie müssen durch Familienangehörige kostenlos erbracht werden. Gibt es weder

Die geplante Pflegeversicherung hilft nicht den Pflegebedürftigen

eine Familie noch ausreichendes Einkommen, bleibt die Sozialhilfe.

Hier sehen der Paritätische Wohlfahrtsverband und die Behinderteninitiativen die Gefahr, „die Sozialhilfeträger, die von der Pflegeversicherung ohnehin finanzielle Entlastung erwarteten, könnten künftig Menschen mit hohem Pflegebedarf eine kostenträchtige ambulante Hilfe verweigern und auf die preiswertere Variante der Heimunterbringung verweisen.“

In der ersten Lesung der Gesetzentwürfe im Bundestag am 1. Juli haben SPD und PDS/LL ihre Kritik vorgebracht. Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD, Rudolf Dreßler, bezeichnete die „Pflegeversicherung als sozialpolitisch unzureichend, dessen Leistungsrahmen als kümmerlich und die Finanzierung als unsolidarisch“. Gegenüber der Absicht der Regierung, den Arbeitgeberanteil durch Einführung von Karenztagen im Krankheitsfall zu kompensieren, stellte er fest, die SPD werde „an der Aufteilung der Beitragsaufkommen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern nichts ändern. Die Pflegeversicherung dürfe nicht als Probelauf für einen Ausstieg der Arbeitgeber aus ihren Finanzierungsverpflichtungen für die Sozialversicherungen mißbraucht werden.“ Auf die immer wieder in die Debatte geworfenen Vorschläge einer Kompensierung durch Streichung von Feiertagen ging Dreßler nicht ein. Der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* „vermittelt die Debatte den Eindruck, daß in nächster Zeit noch einmal ernsthaft zwischen Koalition und SPD über die Streichung von Feiertagen gesprochen werden könnte“. Das *Handelsblatt* veröffentlichte auch die Bedingungen für solch ein Gespräch. „Als Bedingung für die Aufnahme von Konsensverhandlungen nannte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm die Kompensation der Arbeitgeberbeiträge und sein sozialdemokratischer Gegenspieler Rudolf Dreßler den Verzicht der Koalition auf Karenztage bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.“ Dreßler trug in der Bundestagsdebatte Punkte vor, in denen die SPD in möglichen Konsensgesprächen Nachbesserung verlangen werde. Dreßler verlangte, daß „alle Bürger“ Mitglied in einer Versicherung werden, weiterhin verlangte er, daß die Selbstverwaltung der Kasse den Beitragssatz festlegen solle. Die Beitragsbemessungsgrenze müsse auf 7200 DM monatlich angehoben werden, und die Leistungen für stationäre Pflege sollten nicht später gewährt werden als ambulante Leistungen. Bei den ambulanten Leistungen verlangte Dreßler eine „kräftige Nachbesserung“ und bei der stationären Pflege „die volle Kostenübernahme der pflegebedingten Kosten“.

Die PDS/LL nannte in ihrem Pressedienst vom 30.6.93 „die in Aussicht gestellten Summen ... ein(en) Hohn für alle“. Der Bundestagsabgeordnete Gregor Gysi sagte in der Bundestagsdebatte, das Gesetz sei „ein indirekter Zwang zur Heimpflege ... Es gibt nach wie vor keine Berücksichtigung der häuslichen pflegenden Tätigkeit in der Arbeitslosenversicherung, bei Umschulungen etc. Das heißt, nach wie vor wird die Pflege nicht als wirklich gleichwertige Leistung in der Gesellschaft anerkannt, und das bedeutet, daß das Modell der Koalition indirekt ein Heimeinweisungsgesetz darstellt.“ Gysi nannte den Gesetzentwurf einen „Ausstieg aus dem Sozialversicherungssystem“.

Der PDS/LL-Bundestagsabgeordnete Ilja Seifert stellte fest: „Die Privatversicherungen machen doch den Reibach bei der Sache; denn das, was Sie Grundversorgung nennen, zwingt regelrecht dazu, nebenbei noch eine Privatversicherung abzuschließen.“ Seifert nannte das Gesetz eine „mickrige Pflegeversicherung, die einen einzigen Fortschritt enthält, nämlich die Rentenrechnung.“ Seifert forderte die Bundesregierung auf, die seit Jahren bestehende Regelung der steuerfinanzierten Absicherung für Beamte und Kriegssopfer für alle Menschen auszuweiten. Gregor Gysi stellte zur Frage der Finanzierung in der Debatte fest, daß es „nur eine wirklich gerechte Lösung“ gibt. „Das ist die Steuerfinanzierung, bei der diejenigen, die am meisten verdienen, auch am meisten bezahlen. Das wäre eine Art von Solidarität.“

Die Kapitalisten wollen nur eine private Pflegeversicherung

In einem Gespräch mit Bundeskanzler Kohl wiederholte der BDI-Präsident Tyll Necker am 6.7.93 seine „grundsätzliche Ablehnung des Modells der umlagefinanzierten Pflegeversicherung.“ Der Präsident des BDA, Klaus Murrmann, machte der Bundesregierung am 24.6.93 ein „Friedensangebot ...“, wenn die Bonner Koalition auf ihr Projekt einer gesetzlichen Pflegeversicherung verzichtet. Die *Frankfurter Rundschau* schreibt weiter: „Nach den Worten Murrmanns ist der Regierungsentwurf zur Pflegeversicherung für die Wirtschaft unannehmbar. Die darin vorgesehene Kompensation der Pflegekosten für Arbeitgeber über Karenztage bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall stehe ‚auf tönernen Füßen‘, da sie verfassungsrechtlich nicht abgesichert sei.“ Wie sich die Unternehmensverbände eine für sie kostenneutrale Pflegeversicherung vorstellen, ist dem „Kompromißmodell“ zu entnehmen, das Murrmann am 24.6.93 vorstellte. Danach soll für Berufsanfänger eine private Pflicht-Pflegeversicherung mit einer Monatsprämie von 20 DM eingeführt werden. Ein Steuerfreibetrag in gleicher Höhe solle bereitgestellt werden. Für ambulante Pflegebedürftige sollen die Leistungen der Krankenkasse ausgebaut werden. Die Gelder dafür sollen durch verschärfte „Mißbrauchsbekämpfung“ eingespart werden. Karenztage seien dafür nicht erforderlich, betonte Murrmann. Die stationäre Pflege für etwa 450 000 Bedürftige solle weiter von der Sozialhilfe bezahlt werden.

Die Finanzierung ist unsolid

Das *Handelsblatt* vermeldet am 15.7.: „Blüm sucht drei Milliarden zur Anschubfinanzierung“. Der Gesetzentwurf der Pflegeversicherung beginnt mit einer Liquiditätslücke. Es sollen ab dem 1.1.94 Gelder für die ambulante Pflegeleistung gezahlt werden. Beiträge stehen aber erst Mitte Februar zur Verfügung. Weiterhin entstehen Vorlaufkosten, da das Gesetz den Aufbau der Verwaltung ab dem vierten Quartal 1993 den Krankenkassen zuweist, aber die Frage der Finanzierung offen läßt. Bundesarbeitsminister Blüm beabsichtigt, diese Kosten den Krankenkassen aufzubürden. Ob sie jemals ersetzt werden, ist ungewiß, da es dafür keine gesetzliche Grundlage gibt.

In der Koalitionsvereinbarung vom Mai 1993 hatten die Regierungsparteien festgelegt, daß die Einsparungen der Sozialhilfe „der Länder und Gemeinden dem Bund zugeführt werden und dieser sie im Wege eines Bundeszuschusses der Pflegeversicherung zur Verfügung stellt“. Wie diese Vorstellung von Beschlagnahme der freiwerdenden Gelder bei den Gemeinden vonstatten gehen soll, hat bisher noch kein Bürokratenhirm ausgetüftelt. Es findet sich nichts in den Gesetzentwürfen. Bedeutsam ist daher, daß der Finanzminister Theo Waigel bei der Verabschiedung der Gesetzentwürfe im Bundeskabinett am 23.6.93 in einer Protokollnotiz „den vorgesehenen Bundeszuschuß in Höhe von 3,6 Mrd. DM jährlich davon abhängig“ machte, „daß er diese Mittel von Ländern und Kommunen erstattet bekommt“. Die Finanzierung des Bundeszuschusses zur Pflegeversicherung ist danach also auch nicht gesichert.

Gesetzentwurf der PDS/LL wird totgeschwiegen

Seit Januar 1993 liegt dem Bundestag ein „Pflege-Assistenz-Gesetz“ der PDS/LL vor. Ziel des Gesetzentwurfes ist es, „den Menschen, die auf Assistenz, Anleitung und/oder Pflege angewiesen sind, ein würdiges Leben bei Sicherung ihrer verfassungsmäßigen Rechte (auch als Staatsbürger) zu garantieren. Dazu zählen nicht nur die verschiedenen Formen animalischer „Körperpflege“, sondern auch die Versorgung des eigenen Haushaltes, die Teilnahme am allgemeinen Verkehr, die allgemein übliche Kommunikation mit anderen Personen, mit privaten und staatlichen Einrichtungen“.



Foto: af/mz

gen, die Teilnahme am kulturellen und gesellschaftlichen Leben sowie die Gewährleistung staatsbürgerlicher Rechte und Pflichten.“ Dies soll gewährleistet werden durch Geldleistungen für den Betroffenen und durch die umfassende Bezahlung der Pflegeleistungen nach Anfall der Stunden in Höhe der Bundes-Angestelltentarifvertrages. Die soziale Sicherung der Pflegepersonen wird durch die Zahlung aller Sozialversicherungsbeiträge gewährleistet. Die PDS/LL legt Wert auf die Sicherung der Selbstbestimmung des Betroffenen, der frei zwischen häuslicher Pflege und stationärer Pflege wählen kann. Die Kosten der stationären Pflege werden voll übernommen. Weiterhin soll eine Ausweitung des Rehabilitationsbegriffes über das Erwerbsleben hinaus stattfinden. Die Finanzierung geschieht ausschließlich durch das Steueraufkommen des Bundes. Die PDS/LL hat einen jährlichen Finanzbedarf für Pflegeleistungen, stationäre Pflege und Sozialversicherungsbeiträge für die Pflegenden in Höhe von 103 Milliarden Mark DM errechnet. Dieser Betrag ist viermal so groß wie das von der Bundesregierung angesetzte Budget von ca. 25 Milliarden Mark.

DGB ruft zu Aktionen auf

Der DGB fordert seine Mitglieder zu massiven Protestaktionen ab September „insbesondere während der Arbeitszeit“ auf. Die Protestaktionen sollen die Beratung des Gesetzes begleiten. Der DGB-Vorsitzende Heinz-Werner Meyer sagte am 7.7. in Bonn, „daß der DGB und seine Einzelgewerkschaften entschlossen seien, die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall mit allen Mitteln zu verteidigen. Dazu gehörten auch Streiks in ganz Deutschland“. Zur Pflegeversicherung sagte Meyer, „daß die Gewerkschaften eine Pflegeversicherung für unbedingt erforderlich hielten.“

Der BDA forderte den DGB tags darauf sofort auf, seinen Beschluß zu revidieren. „Bundesweite Aktionen wäh-

rend der Arbeitszeit und in den Betrieben sind ein schwerer Verstoß gegen die Friedenspflicht.“ Der BDA hält es für eine „Aufforderung zu rechtswidrigen Streiks“ und betont, „es seien politische Streiks, wenn damit gegen eine veränderte Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zur Finanzierung der Pflegeversicherung vorgegangen werde.“

Auf der Pressekonferenz am 7.7. wandte sich der DGB-Vorsitzende Meyer „gegen das Argument, daß es sich bei den Aktionen um einen unerlaubten politischen Generalstreik handle. Vielmehr gehe es um einen ‚normalen Tarifstreik‘, da die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall Bestandteil der meisten Tarifverträge sei.“ Ob die SPD die Karenztage verhindern könne, sei unsicher, sagte Meyer. Man werde mit einer tarifpolitischen Offensive zur Sicherung der Lohnfortzahlung reagieren. „Im Osten hätten die Arbeitgeber bereits vorerzählt, daß man auch laufende Tarifverträge in besonderen Situationen kündigen könne“, sagte Meyer. Der amtierende IG-Metall-Vorsitzende Klaus Zwickel sagte in einem Interview der Hamburger Wochenzeitung *Die Woche*, eine Kampfmaßnahme gegen die geplanten Karenztage sei kein unerlaubter politischer Streik. Seine Gewerkschaft habe die Karenztage im Jahr 1957 weggestreikt. Die IG Metall würde nach Änderung des Lohnfortzahlungsgesetzes „erneut von den Arbeitgebern die Abschaffung der Karenztage fordern, notfalls erzwingen.“

Die Gefahr ist groß, daß der Kampf auf die Verhinderung der Karenztage beschränkt bleibt. Das wird uns dann eine nicht ausreichende Pflegeversicherung bringen, die den Pflegebedürftigen wenig nützt und durch Abschaffung oder unbezahlte Feiertage ohne Beitrag der Kapitalisten bleibt. Nicht zu vergessen die geplanten Kontrollen von Kranken. Es gilt in den gewerkschaftlichen Aktionen, den Forderungsrahmen zu erweitern. — (kaq)

Quellen: Pressedienst und Gesetzentwurf der PDS/LL; Bundestagsprotokoll vom 1.7.93

OECD, Internationaler Währungsfonds (IWF) sowie Weltbank glauben nicht, daß die Türkische Republik sich bei der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung aus dieser Situation befreien kann. Zur Finanzierung ihrer Politik und zum Ausgleich der Defizite muß die türkische Regierung unter Ministerpräsidentin Çiller auf die internationalen Finanzmärkte zugreifen. Die staatliche Auslandsverschuldung der Türkische Republik betrug Ende 1992 schon 51 Mrd. US-Dollar, Tendenz steigend.

Die Türkische Republik gerät in diesem Jahr international immer mehr unter Zahlungsdruck. Die Inflationsrate betrug im Mai 65 %. Bis Mai stieg das Staatshaushaltsdefizit auf 35 Billionen TL (3,28 Mrd. US-Dollar) um 212 % gegenüber der Vorjahresperiode. Das Handelsbilanzdefizit stieg um 6,6 % auf 2,31 Mrd. US-Dollar (Exporte +3,5 %, Importe +19,5 %). Das Leistungsbilanzdefizit explodierte von Januar bis Mai um 922 Mill. US-Dollar. Das ganze Jahr 1992 betrug dieses Defizit demgegenüber 923 Mill. US-Dollar, 1991 gab es hier noch ein Plus von 653 Mill. US-Dollar.

Internationale Finanzagenturen, so die US-Agentur Standard & Poors, stufen die Türkische Republik in ihrem neuesten Untersuchungsbericht in der Bonität zurück, d.h. Kredite werden zu erheblichen schlechteren Bedingungen gewährt. Die Agentur kündigte weitere Herabstufungen noch für dieses Jahr an. In ihrem Bericht, der für OECD, IWF und Weltbank maßgebliche Bedeutung hat, bezeichnet die Agentur die hohe Inflation, vorrangig aber die durch die Staatsunternehmen entstandenen Verluste als Haupthindernis der Sanierung der Wirtschaft. Ein stetiges Wachstum der Wirtschaft, wie von Ministerpräsidentin Çiller prognostiziert, wird bezweifelt.

Die Staatsunternehmen waren 1992 mit ca. 6,5 Mrd. US-Dollar verschuldet. Bis Mai 1993 stieg diese Schuldenlast auf 13,6 Mrd. US-Dollar an. Die staatlichen Kredite an die Staatsunternehmen stiegen in den ersten vier Monaten 1993 um 45 %. Etwa ein Drittel des Budgetverlustes der Türkei stammen von diesen Staatsunternehmen. Die Istanbuler Industriekammer errechnete, daß 1991 die Gesamtverluste der 86 Staatsunternehmen fast doppelt so hoch lagen wie die Gesamtgewinne der 414 privaten Firmen.

Die internationalen Finanzorganisationen glauben, daß bereits im Herbst eine schwere Finanzkrise ins Haus steht. Ihre Vorschläge bedeuten drastische Abwälzung der Wirtschaftskrise auf die Lohnabhängigen und die Bauern: Entwertung der Lira, Streichung der Lohn erhöhungen besonders im öffentlichen

Türkische Staatsfinanzen zerrüttet — 106 Staatsbetriebe vor der Privatisierung

Dienst, Kürzung der Subventionen auf dem Agrarsektor und in erster Linie Vorantreibung der Privatisierung der Staatsunternehmen sowie Schließung der „unrentablen“ Staatsbetriebe.

1993 will die Regierung Çiller 106 Staatsbetriebe privatisieren aus den Bereichen Eisen- und Stahlhütten (darunter Ereğli), Lebensmittelverarbeitung, chemische, Kunststoff- und Petroindustrie (darunter Tüpraş und Petkim), Autoherstellung und Banken. Ganz oben auf der Liste steht aber die Privatisierung der PTT (Post, Telefon, Telegraf), von deren Privatisierung sich die türkische Regierung zehn Mrd. US-Dollar erhofft. Unklar ist, ob der Textil-, Leder- und Porzellankonzern Sumerbank bei der derzeitigen Schuldenlage einen Käufer findet.

Die Privatisierung, so die Wünsche von IWF und Weltbank, solle die Betriebe umfassen, die Gewinne abwerfen. Die Betriebe, die keine Gewinne erwirtschaften, sollen beim Staat verbleiben und ein Großteil von ihnen geschlossen werden. Damit die gewinnträchtigen Betriebe überhaupt verkauft werden können, so IWF und Weltbank, müssen Modernisierungsmaßnahmen und Umstrukturierungen zur Produktivitätssteigerung vorgenommen werden. Dafür stellt die Weltbank 1993 der Regierung der Türkischen Republik einen Kredit von 60 Mio. US-Dollar zur Verfügung. IWF und Weltbank fordern dafür aber eine Beschleunigung der Privatisierung und drängen auf die Schließung der nicht „rentablen“ Betriebe.

Bereits im März forderte die türkische Regierung bei dem BRD-Wirtschaftsminister Rexrodt zur Privatisierung und Sanierung der Staatsunternehmen die deutsche TOB (Treuhändergesellschaft) an. Es soll sich dabei zumindest um die Branchen Zement-, Textil- und Nahrungsmittelproduktion handeln. Große deutsche Konzerngelüste sind auch im Bereich Telefon und Telekommunikation vorhanden.

Bei den Staatsunternehmen sind rund 650 000 Lohnabhängige beschäftigt. Von der Beschäftigung in diesem Firmen sind also mit Familienmitgliedern rund 2,5 Millionen Menschen finanziell abhängig. Durch die Umstrukturierungen in den Betrieben, die Privatisierung und drohenden Schließungen werden Entlassungen im großen Umfang erwartet.



Die Privatisierung und Umstrukturierung der türkischen Staatsunternehmen ist nicht ohne ausländische Investoren und Kapitalgruppen möglich. Durch die hohe Auslandsverschuldung der Türkische Republik, die sich rapide verschlechternde Wirtschaftslage und die damit international sinkende Bonität der Türkische Republik wird es den ausländischen Firmen immer mehr erleichtert, die Türkische Republik zu größeren wirtschaftlichen Zugeständnissen zu erpressen. So wird die türkische Regierung jetzt einen gesetzlichen Rahmen erlassen, der sogenannte BOT-Projekte (build-operate-transfer) ermöglicht. Das bedeutet, daß die Firmen, die die Privatisierung betreiben, dann auch so lange den Betrieb übernehmen, bis ihre Kosten für Umstrukturierungen und Modernisierungen und ihr kalkulierter Gewinn eingebracht sind. Zur Steigerung der Lukrativität bot die türkische Regierung der Treuhänd-Tochter TOB neben der Sanierung der oben genannten Branchen zu BOT-Bedingungen parallel den Einstieg in den Markt der Türkischen Republik an. Der Vertrag zur Privatisierung in der

Türkei soll die Privatisierung gleicher Branchen zu ähnlichen Bedingungen in Usbekistan und Kasachstan umfassen.

Den Konzernen langt dies alles noch lange nicht. Sie wollen an weitere Schlüsselindustrien der Türkei herankommen. Auch die Beendigung des Staatsmonopols auf Energie- und Wasserwirtschaft wird bei den internationalen Finanzorganisationen diskutiert.

Die imperialistischen Staaten wollen die Wirtschaftskrise in der Türkei ausnutzen. Sie wissen, daß der türkische Staatshaushalt sich wegen des Kolonialkrieges der Türkei in Kurdistan nicht wird erholen können. Der Krieg in Kurdistan und dadurch die Militärausgaben fressen etwa die Hälfte des türkischen Staatshaushaltes. Die Rüstungsausgaben gehen in die zig Milliarden. Allein die Aufrechterhaltung nur des enormen Unterdrückungsapparates in den kurdischen Provinzen kostete 1992 13,4 Mrd. DM: Sonderzulagen für Offiziere, Justiz- und Staatsangestellte in den kurdischen Provinzen 1,4 Mrd. DM; Dorfschützersystem 2 Mrd. DM, Unterhaltung der 353 Gendarmerie-Kasernen

und der 7 195 Polizeistationen 6 Mrd. DM, Bau von 55 Gefängnissen 4 Mrd. DM. Nun hat die türkische Regierung angekündigt, daß sie diesen Unterdrückungsapparat durch die Aufstellung einer neuen über 100 000 Mann umfassenden Sonderarmee ausbauen will. Diese Killertruppe soll die sog. „Özel-Teams“ ablösen. Die Löhne für Söldner dieser Spezialarmee sollen mit 3 000 DM weit über dem Durchschnitt in der Türkei liegen.

Ministerpräsidentin Çiller sagte: In den vergangenen Jahren wurden Lösungen in der Kurdistan-Frage hinausgezögert. Sie habe ein Wrack übernommen. „Die Inflationsrate geht solange nicht zurück, solange in diesem Gebiet der Terror herrscht.“ Sie will die kurdische Frage durch Krieg lösen. Für die internationalen Gläubiger und die ausländischen Konzerne eine willkommene Einladung, den wirtschaftlichen Druck auf die Türkei zu erhöhen.

Quellen: Handelsblatt vom 30.3. und 11.8. 1993; Neues Deutschland vom 1.7.1993; Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 22.7.1993 — (rub)

Von Tag zu Tag wird der wahre Charakter der Intervention in Somalia offensichtlicher. Anfangs von einigen noch als Helfer begrüßt, können sich die UN-Truppen heute in Somalia nur noch in größeren Verbänden, gesichert in Panzerwägen, bewegen. Allgemein wächst die Ablehnung gegen die Invasoren, denn als solche werden sie vom somalischen Volk wahrgenommen. Viele erinnern sich noch an die Zeit des offenen Kolonialismus, die noch keine zwei Generationen her ist. Und die neuen Herren, von niemandem in Somalia gerufen, benehmen sich wie ihre Väter, nicht zuletzt Bilder in italienischen und britischen Magazinen belegen dies. Somalische Gefangene, der Einfachheit halber alle zur „Aidid-Fraktion“ gerechnet, werden wie geschlachtetes Vieh, an Stöcken aufgehängt, abtransportiert. Die unabhängige Organisation Africa Watch wirft den UN-Truppen

„Für Killer ist in Somalia kein Platz!“

wiederholte Grausamkeiten und Folter an der somalischen Bevölkerung vor; hier bekannt geworden sind die Schüsse der pakistanischen Truppen in eine Demonstration. Als die US-amerikanischen Helikopter eine angebliche Sendeanlage des von ihnen gesuchten „Gangsters“ Aidid bombardierten, zerstörten sie u.a. auch das Wohnhaus, in dem sich gerade Intellektuelle und Älteste des Landes zur Beratung getroffen hatten: 73 von ihnen starben!

Der Widerstand in Somalia wächst zusehends. Von all dem erfahren wir hier jedoch sehr wenig: Immerhin wissen

wir, welche Marke Bier „unsere Jungs“ am Horn von Afrika jeden Abend trinken, doch das ist auch schon wieder alles.

Im folgenden dokumentieren wir eine Erklärung der „United Kingdom Somali Welfare Organisation“, die sich zum Ziel gesetzt hat, auch den Widerstand im Ausland gegen die Intervention in ihr Land zu organisieren und die im Exil lebenden Somalis unter der Parole „Fremde Truppen raus aus Somalia“ zu einer Front zusammenzuschließen.

— (rüg, aus Info Heidelberg 17/93)

Folgendes zum angegebenen Hauptziel

der Vereinigten Staaten, in Somalia die Hoffnung wieder aufleben zu lassen: was für eine Hoffnung ist das für das Volk, wenn unschuldige Zivilisten unter dem Deckmantel einer humanitären Aktion niedergeschossen werden. Das somalische Volk hat genug eigene mörderische Führer, ohne daß fremde Nationen sich so einmischen, daß sie das Blutbad vergrößern und eine ohnehin schon inakzeptabel fürchterliche Situation nur verschlimmern.

Das somalische Volk hat nicht um eine ausgedehnte und blutige militärische Intervention in seinem Land gebeten. Es bat nicht darum, bevormundet, kolonisiert und ermordet zu werden. Es willigte nicht dazu ein, Teil einer öffentlichkeitswirksamen Aktion zu sein, die einem US-Präsidenten erlaubte, sich unter dem Applaus einer Nation, die er vergiftet hat, zu erheben, und einem anderen, von der Woge der militärischen Aktion, die den Einwohnern Scheuklappen anlegt, damit sie die Krise vor ihrer eigenen Haustür nicht sehen, hoch getragen zu werden. Die Somalis haben nach humanitärer Hilfe gefragt, nicht nach einer gierigen Medienmaschinerie, die die Leiche einer zerwühlten Nation auseinandernimmt, um Bilder von sterbenden Kindern und heldenhaften Soldaten zu haben.

Vielleicht klingt es ironisch, daß die US-Soldaten die Zivilbevölkerung vor denen „beschützen“, die in dem gerne vergessenen Kampf um das Horn von Afrika mit amerikanischen Waffen ausgerüstet sind. Wie können sich die USA

brüsten und sich selbst auf die Schulter klopfen, wenn ihre frühere Einmischung dazu verholfen hat, daß es zu den schrecklichen Ereignissen, die nun Somalia auseinanderreißen, kommen konnte.

Warum habe ich nur von der US-Intervention gesprochen, wenn die Speerspitze der Operation doch die Vereinten Nationen sind? Könnte es daran liegen, daß die Offensiven der USA eigenmächtig und ohne sich an UN-Abmachungen zu halten erscheinen? Könnte es daran liegen, daß Boutros-Ghali nicht mehr als ein Handlanger in diesem makaberen Stück zu sein scheint, das von einem amerikanischen Präsidenten inszeniert und geleitet wird, der von einer wahn sinnigen Besessenheit ergriffen ist, ernst genommen zu werden und starken Eindruck zu machen?

Was auch immer meine Gründe sein mögen und abgesehen davon, was Sie selbst glauben, wer nun genau die führende Rolle in dieser Operation übernimmt, eines steht jedenfalls fest — für Killer ist in Somalia kein Platz. Fremde militärische Plumpheit muß aufhören, denn solange sich die somalischen Führer in die Ecke gedrängt fühlen, ohne einen würdevollen Ausweg zu haben, werden sie um so härter und wütender kämpfen, was wenig Hoffnung auf Erholung läßt.

Der einzige Wunsch des somalischen Volkes — ein Wunsch, von dem es will, daß er verwirklicht wird — ist der sofortige Abzug fremder Truppen aus seinem Land, um Somalia wiederaufbauen zu können, und Hilfe von Organisationen, die ehrlich um das Leben der Menschen besorgt sind. Alle Somalis müssen zusammenkommen, um eine vereinigte Front gegen die fremde militärische Intervention zu formieren.

— (The United Kingdom Somali Welfare Organisation, Übersetzung: nih, rüg)



Köln, im Januar 1992
Bild: af/mz

Israel eskaliert Krieg gegen Palästinenser

In der letzten Juli-Woche hat die zionistische Rabin-Regierung mit der größten Offensive gegen Ziele im Libanon seit der Invasion von 1982 den Konflikt mit dem palästinensischen Volk erneut eskaliert. Dabei wurden auch elf Dörfer in dem von der UNO kontrollierten Gebiet angegriffen sowie drei nepalesische UN-Soldaten verletzt. In Israel wurde diese Aktion lediglich von der „Demokratischen Front“ und der „Arabischen Demokratischen Partei“ kritisiert. Begründung der brutalen Angriffe, bei denen rund 100 Menschen getötet wurden, sind Angriffe der Hisbollah auf Nordisrael, denen in diesem Jahr sechs Menschen zum Opfer fielen. Ziel war es laut Rabin, die libanesische Regierung mittels einer riesigen Fluchtwelle innerhalb Libanons zum Einschreiten gegen die Hisbollah zu zwingen. Nach Vermittlung des Waffenstillstands Anfang August durch US-Außenminister Christopher S. Clinton scheint dieses Ziel erreicht. Die Zionisten wissen aber, und das gehört zu ihrem Kalkül eines eskalierten Krieges, den sie als religiösen Konflikt führen und mit Hilfe einer internationalen „Legitimation“ gewinnen wollen, daß die Hisbollah und andere palästinensische Gruppen im Südlibanon ihre Aktionen nicht einstellen werden, solange Israel die von ihm kontrol-

lierte „Sicherheitszone“ im Südlibanon nicht räumt, wo sie weiter die Lebensgrundlagen der dort lebenden Libanesen und palästinensischen Flüchtlinge untergräbt. Zur Erreichung des Ziels ist der Rabin-Regierung jedes völkerrechtswidrige Mittel recht: beispielsweise die nach wie vor aufrechterhaltene Ausweisung einiger Hundert Palästinenser in die „Sicherheitszone“.

Auf palästinensischer Seite führt diese zunehmende Eskalation zu großen internen Konflikten. Die Bereitschaft der PLO-Führung, bei den Nahost-Verhandlungen weitgehende Zugeständnisse an die Zionisten zu machen (zuletzt die fast vollständige Ausklammerung des Status Ost-Jerusalems), die die in den 1967 besetzten Gebieten ansässige Aufstandsführung schon seit längerem ablehnt, führte mittlerweile auch zu Rücktrittsdrohungen palästinensischer Delegierter bei den Verhandlungen. Der PLO-Exekutivrat beschloß daraufhin, der Delegation erweiterte Selbständigkeit zu gewähren. Ob dies aus dem strategischen Zielkonflikt — Notwendigkeit des Friedens mittels einer irgendwie akzeptablen Lösung, äußerer Zwang zur Fortführung des Krieges durch die zionistische Politik — heraushelfen kann, ist mehr als fraglich. — (uga)

Italien: Hungerstreik in Gefängnissen

Den Zuständen in den Gefängnissen schenkt die italienische Öffentlichkeit normalerweise wenig Aufmerksamkeit. Kritische Fragen sind in den letzten Monaten erst aufgetaucht, als einige prominente Untersuchungshäftlinge — wegen Korruption angeklagte Spitzenmanager — Selbstmord begingen. Nun hat Mitte August eine große Zahl Gefangener mit einem dreitägigen Hungerstreik auf die unerträglichen Zustände aufmerksam gemacht. Nach Angaben des Justizministeriums verweigerten durchschnittlich 45 % aller Gefangenen das Essen, nach den Zahlen der Vereinigung Opfer des Unrechts, die zu der Aktion aufgerufen hatte, waren es noch mehr.

Die ca. 200 Gefängnisse sind völlig überfüllt. Sie sind für etwa 30000 Gefangene gebaut, heute sind mehr als 50000 Menschen dort zusammengepfercht. Die Gefangenenzeitung *Grande promessa* hat folgende Zahlen über die dramatische Entwicklung veröffentlicht: Von 1990 bis 1993 hat sich die Zahl der Gefängnisinsassen von 25000 auf etwas über 50000 mehr als verdoppelt. Etwa 1800 sind im letzten Jahr durch die Anti-Korruptions-Kampagne dazugekommen. Die große Masse machen aber andere aus: z.B. mehr als

8000 inhaftierte Einwanderer aus Nicht-EG-Ländern oder die in die Zehntausende geschätzte Zahl von inhaftierten Drogenabhängigen. Hier hat sich das Ergebnis eines Referendums aus dem April — eine knappe Mehrheit für die Aufhebung der Haft für Drogenabhängige — bisher nicht ausgewirkt.

Die Regierung und die Behörden haben die Verzweiflung, die diese Entwicklung hervortreiben muß, noch verschärft. Sie haben mit einem formal gegen Mafiaverdächtige gerichteten Haftverschärfungsgesetz 1992 die Bedingungen für praktisch alle Gefangenen zusätzlich erschwert, Erleichterungen aufgehoben, Urlaub eingeschränkt usw.

Die Vereinigung Opfer des Unrechts hat als Sofortmaßnahmen gefordert: Aufhebung der Strafbarkeit kleinerer Vergehen; Hausarrest als Alternative; Entlassung der Drogenabhängigen; Anwendung des Reformgesetzes von 1986, das durch das „Anti-Mafia-Gesetz“ von 1992 ausgehebelt ist; Rücknahme der verschärften Bedingungen für Untersuchungsgefangene. Von der Regierung sind bisher nur inhumane Alternativen zu hören: Schnellerer Gefängnisneubau, Ausweisung straffälliger Einwanderer usw. — (rok)

USA blockieren Freundschaftskonvoi

Durch über hundertzwanzig Städte und Dörfer der USA zog der zweite Freundschaftskonvoi USA-Kuba mit circa dreihundert Teilnehmern, um gegen die Blockadepolitik der US-Regierung gegen Kuba zu protestieren und gleichzeitig aktiv die Blockade zu durchbrechen mit der Übergabe von hundert Tonnen Hilfsgütern und einem Kleinbus für Kinder und alte Menschen in Havanna. Organisiert werden diese Aktionen von den „Pastors for Peace“ (Pfarrern für den Frieden).

Etliche Teilnehmer des Konvois wurden nun an der mexikanischen Grenze in Laredo festgehalten und der Bus beschlagnahmt. Vierzehn Personen begannen einen Hungerstreik, der solange fortgesetzt werden soll, bis der Bus zurückgegeben und die Ausreise nach Mexiko genehmigt ist.

Jesse Jackson sandte eine Grußbotschaft an die Streikenden und bezeichnete die Blockade als Relikt aus den Zeiten des Kalten Krieges. Derzeit läuft eine Telefonkampagne an. Mit einer Million Anrufen im Weißen Haus soll die Freigabe des Busses mit den Pazifisten und Ordensleuten gefordert werden. Unter-

stützungsaktionen gab es in San Francisco, San Diego, Seattle, Chicago, Detroit, New York, Washington, Baltimore, Denver, Phoenix und Dallas. Die Proteste wurden auch von fünf Kongreßabgeordneten unterstützt.

Die Teilnehmer des Freundschaftskonvois, von denen bislang 207 in Havanna von Fidel Castro empfangen wurden, erklärten u.a.:

„Wie können die Verantwortlichen für die Invasion in Grenada, Panama und Somalia, wie können diejenigen, die die Waffen geliefert und den Tod von Tausenden von Lateinamerikanerinnen und Lateinamerikanern von Chile bis El Salvador verursacht haben, wie können die Verantwortlichen für das Massaker am irakischen Volk behaupten, sie seien in Sorge um die Menschenrechte in Kuba?“

Die kubanische Botschaft in Bonn bittet alle Freunde Kubas, gegen die Behinderung des Konvois bei der US-Regierung oder aber beim Generalsekretär der Vereinten Nationen zu protestieren. — (fr)

Adresse der Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba: Theodor-Heuss-Ring 26, 50668 Köln

Internationale Umschau



Die riesigen Überkapazitäten der Luftfahrtkonzerne und die damit einhergehende Vernichtungskonkurrenz zwischen den großen Luftfahrtgesellschaften hat jetzt auch in Belgien zu Lohnsenkungsplänen des dortigen Luftfahrtkonzerns SABENA geführt. Durch Lohnsenkungen und Entlassungsprogramme sollen die Profite wieder gesteigert werden. Bis zum 15. Oktober will der Konzern in Verhandlungen mit den Gewerkschaften bereits 300 Millionen belgische Franken (umgerechnet ca. 14,5 Mio. DM) „einsparen“, bis 1995 2,5 Mrd. belgische Franc (ca. 120 Mio. DM). Für Lohnabhängige, die zwischen 2400 und 4800 DM im Monat verdienen, verlangt die Betriebsführung Lohnsenkungen zwischen 2,5 und 17 Prozent. Sowohl die Pilotenvereinigung wie die Gewerkschaft CMB lehnen den Plan ab und wollen Kampfmaßnahmen vorbereiten (Bild: eine frühere Protestkundgebung bei Sabena). — (rül, Bild: Solidair)

„Hansebund“: Neue Pläne für Nowgorod und Gdansk

Der „Hansebund“, im Mittelalter ein gefürchteter Bund räuberischer Kaufleute in Westeuropa und beteiligt an zahlreichen blutigen Verbrechen, insbesondere im Zusammenhang mit der mittelalterlichen Kolonisierung des Ostens Europas durch den Westen, soll wiederbelebt werden. Das beschlossen am 15. August in Münster Delegierte von 111 Hansestädten aus zwölf europäischen Staaten zum Abschluß der „13. Hansestage“. Es wurde ein „Hilfsfonds“ für Projekte in einzelnen Hansestädten beschlossen. Geplant ist u.a., der russischen Stadt Nowgorod beim „Wiederaufbau eines Hansehofes“ zu helfen. Der nächste „Hansestage“ soll 1997 in Gdansk stattfinden, aus Anlaß des 1000-jährigen Jubiläums der Stadt. — (rül)

Treffen von ukrainischen SS-Veteranen

In Lwow, im Westen der Ukraine, haben sich etwa 500 ukrainische SS-Veteranen getroffen, um „mit ausländischen Gästen den 50. Gründungstag der SS-Division Galizien zu feiern“. 1943, nach der Niederlage in Stalingrad gegen die Rote Armee, hatten die Hitlerfaschisten unter der Fahne einer unabhängigen und antibolschewistischen Ukraine SS-Angehörige rekrutiert. Gegen das Treffen protestierten ehemalige Angehörige der Roten Armee und baten den ukrainischen Präsidenten Krawtschuk zu verhindern, daß Gruppen nationalistischer Ukrainer, die für Hitler kämpften, mit den sowjetischen Kriegsteilnehmern gleichgestellt werden. — (alk)

Arbeitszeitgesetze in Frankreich

Die französische Regierung unternimmt derzeit verschiedene Vorstöße, um Einschränkungen der Arbeitszeit zugunsten der Beschäftigten abzuschaffen. Publizistisch eröffnet wurde die Kampagne durch den Fall des großen Musik- und Freizeitgeschäftes Virgin Megastore in Paris. Das Unternehmen verstieß gezielt gegen das bestehende Ladenöffnungs-gesetz, das zwar Sonntagsöffnung vorsieht, aber nur für eine eingeschränkte Zahl von Branchen (Bäckereien, Metzgereien und Blumenläden) und eben nicht für Einkaufszentren. Mit Erpressung (der britische Eigentümer drohte, wir schließen das Geschäft) schien die Rechnung aufzugehen; als allerdings die Gewerkschaft CGT vor Gericht zog und das Unternehmen zu einer Geldbuße von 1 Mio. Franc verurteilt wurde, zog der Kapitalist zunächst wieder zurück und hat jetzt sonntags geschlossen. Der Arbeitsminister Giraud ebenso wie der Kulturminister versprachen aber, im Herbst das Ladenöffnungs-gesetz entsprechend zu ändern. In einem Gesetz-entwurf, den die Regierung inzwischen vorlegte, wird außer dem Sonntagsverkauf auch die relativ strenge Begrenzung der Wochenarbeitszeit aufgehoben. Die 39-Stunden-Woche, die von der sozialistischen Regierung eingeführt worden war, soll von einer Durchschnittsregelung abgelöst werden. — (alk)

Kurdistan: „Ein Volk schreit um Hilfe“

Unter dieser Überschrift hat eine Delegation von Frauen aus Europa, die derzeit in Nordwestkurdistan zu Besuch ist, am vergangenen Sonntag dem Kölner Kurdistan-Komitee eine Protesterklärung gegen die anhaltenden türkischen Massaker geschickt. Wir dokumentieren die Erklärung leicht gekürzt.

„In dieser Woche ist in Diyaridin, Digor, Malazgirt, Yüsekova, Cukurca der Genozid am kurdischen Volk erprobt worden“, sagte am 21.8. Remzi Kartal, DEP-Abgeordnete von Van im türkischen Parlament, im Gespräch mit Vertreterinnen von Menschenrechtsvereinen. „Wenn nicht sofort die Öffentlichkeit reagiert, fühlt sich der türkische Staat ermutigt, einen vollständigen Genozid am kurdischen Volk zu begehen.“

„Ich kann die Situation, die ich gesehen habe, nur mit einem einzigen Wort beschreiben: bestialisch“, beschreibt der Bürgermeister der Stadt Van, Mesut Öztürk, das Vorgehen der Sicherheitskräfte in Yüsekova.

Auch er war Mitglied der Delegation, die vom 17. bis 18. August den Ort der Zerstörung besucht hatte. Als die Delegation abgereist war, wurde Yüsekova am 19.8. erneut angegriffen. Von 10.30 bis 14.30 Uhr schossen Sondereinheiten, Militär und Polizei auf den Straßen gezielt auf die Bevölkerung. Waffen aus NVA-Beständen waren nach Augenzeugenberichten wiederum in der Mehrzahl. 6 getötete Personen sind bekannt, über die restliche Zahl der Todesopfer gibt es zur Zeit keine Angaben, u.a. weil die Toten sofort begraben wurden. Während der Angriffe sollen Soldaten und andere Sicherheitseinheiten Kriegstänze aufgeführt haben und gerufen haben: „Wir werden euch alle vernichten!“

Bei den Angriffen auf Cukurca am 15.8. wurden 2 Menschen (offizielle Angaben) getötet. Unter ihnen befand sich eine hochschwangere Frau, die mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht wurde. Das Krankenhaus verweigerte jedoch eine Behandlung, so daß sie verblutete.

Wie der Menschenrechtsverein IHD weiter berichtete, wurden in Cukurca 350 Menschen verhaftet, von denen alle ausnahmslos Männer ab 12 Jahren waren, die schwersten Folterungen unterzogen wurden (Palästinenserhaken). Ein großer Teil der Inhaftierten befindet sich noch in Haft. Wir, die Delegationsmitglieder, haben Anlaß zu befürchten, daß in Zukunft auch größere Städte in den kurdischen Provinzen angegriffen werden. 3 Schwerverletzte aus Yüsekova, die uns namentlich bekannt sind, konnte die Delegation am 21.8. im Krankenhaus besuchen.

Der Spezialkrieg gegen das kurdische Volk hat unbegreifliche Dimensionen angenommen ... Wir und alle unsere kurdischen Gesprächspartner appellieren dringend an die europäischen Regierungen, den Genozid am kurdischen Volk sofort zu stoppen und ... bei der türkischen Regierung zu intervenieren.

Die deutsche Regierung fordern wir auf, sofort sämtliche Waffenlieferungen und Militärhilfen, die fortwährend zur Vernichtung der kurdischen Bevölkerung eingesetzt werden, einzustellen ...

Van, 22.8.1993, gez. Angelika Weyer, im Namen aller Delegationsmitglieder



Wahrscheinlich eine der wenigen Protestaktionen in Europa Aggression gegen Südlibanon fand am 4. August in Brüssel protestierten vor der schwer bewachten israelischen Botschaft, bei der mindestens 140 Menschen durch israelische Bums Leben kamen. Unter den Protestierenden waren auch die Untätigkeit der arabischen Regierungen gegenüber dieser kritisierten. — (rül, Bild: Solidair)

BGS-Seelsorger: Verständnis für GSG 9

Norderstedt. Der Leiter der Evangelischen Seelsorge im Bundesgrenzschutz, Dekan Rolf Sauerzapf (Kassel), hat sich vor die in die Kritik geratene Spezialeinheit GSG 9 gestellt.

Bekanntlich war diese „Spezialeinheit“ bei dem Einsatz am 27. Juni im mecklenburgischen Bad Kleinen beteiligt, bei dem Wolfgang Grams erschossen und Birgit Hogefeld als RAF-Mitglied festgenommen wurde.

In einem Beitrag für die evangelikale Nachrichtenagentur „idea“ äußerte er sich frisch von der geistlichen Leber weg und vergönnt so den Außenstehenden einen tiefen Blick in den Korpsgeist der GSG 9.

So schreibt Sauerzapf nicht nur, die Bundesbürger hätten der GSG 9 viel zu verdanken. Die international anerkannte Einheit habe Hervorragendes im Kampf gegen „Schwerstkriminallität, Terrorismus und politischen Extremismus“ geleistet, etwa 1977 in der somalischen Hauptstadt Mogadischu.

Sauerzapf selbst hat nach eigenen Angaben seit 1972 engsten Kontakt mit der GSG 9. Der Kirchenrat betreute über viele Jahre hinweg die Beamten und ihre Angehörigen. Der Grenzschutz-Seelsorger warnte im Zusammenhang mit der Medien-Kritik an dem Polizeieinsatz vor einer „Bullenhatz“.

Aber dies nicht allein: Ein Opfer der „tagelangen Medienkampagne“ sei der „erfolgreiche und integere“ Bundesinnenminister Seiders. „Empört“ äußert sich auch Sauerzapf darüber, daß von dem getöteten Polizeibeamten in den meisten Medien nicht mehr die Rede sei. Alles spreche nur noch von den Möglichkeiten, daß ein Angehöriger einer „Szene, die ein gutes Dutzend von Morden an Persönlichkeiten unseres Landes auf dem Gewissen hat“, möglicherweise von Polizisten umgebracht worden sei. Auch wenn Grams durch einen Schuß aus nächster Nähe zu Tode gekommen sei, so der Theologe, müsse eine faire Presse der Affekthandlung eines Polizeibeamten dasselbe Verständnis entgegenbringen wie den Taten eines Terroristen. Ihnen werde häufig zugebilligt, daß das Milieu, in dem sie gelebt hätten, an den Verbrechen schuld sei.

Wahrhaftig interessant ist das hier zum Ausdruck gebrachte Selbstverständnis der GSG 9, die sich hier in den Äußerungen ihres Seelsorgers selbst als völlig gleichstrukturiert wie die von ihnen gejagten „Verbrecher und Kriminellen“ begreift.

Also doch der „verhinderte Bandit in jedem Bullen“?

Quelle: *Erneuerung und Abwehr*, Heft August/September 1993, Seite 37f. — (hel)

14. 8.: Die Polizei schützt Nazi-Aufmarsch in Fulda



Frankfurt. Christoph Kulenkampf (SPD), Staatssekretär im hessischen Innenministerium, muß gehen. Ihm wurde die öffentliche Reaktion auf den polizeigeschützten Faschistenaufmarsch in Fulda zum Verhängnis.

Ignatz Bubis, Vorsitzender des Zentralrats der Juden, kritisierte: in Fulda habe sich eine neue Dimension gezeigt, da Neonazis offen ihre Parolen rufen und Embleme gezeigt hätten. Er warf Politik und Justiz vor, den rechten Extremismus weniger ernst zu nehmen als seinerzeit den linken.

Hessens Ministerpräsident Eichel räumte eine „Verkettung von Pannen“ ein. Wer sich im rechtsextremen Umfeld bewege, dürfe „nicht am politischen Leben teilnehmen, sich nicht öffentlich äußern und auch nicht demonstrieren“. Er wolle ein Verbot weiterer rechtsextremer Organisationen erreichen.

Der Kölner Schriftsteller Ralph Giordano erklärte in einem offenen Brief an Eichel: „Aus der jüdischen Gemein-

schaft in Deutschland erreichen mich Aufschreie des Entsetzens über die nazistische Demonstration in Fulda unter dem Begleitschutz hessischer Polizeikordons.

Tief verunsichert ... stellt sich der jüdischen Gemeinschaft brennender denn je die Frage, ob dieser Staat und seine Politiker mit der braunen Pest fertig werden wollen und können. Der Fuldaer Triumph der zeitgenössischen Variante des Nationalsozialismus unter objektiver Helfershelferschaft staatlicher Schutzorgane und ihrer Führung hat abermals und dringlich das Problem jüdischer Sicherheit in Deutschland aufgeworfen ... Die polizeiliche Energie, die dann dennoch übrig war, um antisemitische Gegendemonstranten an der Ausübung ihres Grundrechtes zu hindern, bekräftigte überflüssigerweise, daß auch in einem sozialdemokratisch geführten Bundesland der Staat auf dem rechten Auge blind ist ...“

Quelle: *Frankfurter Rundschau*, 19. 8. — (udi)



Fotos: af/mz

Demonstration am Antikriegstag

Karlsruhe. Zum 1. 9. 1993 hat sich ein Bündnis „Widerstand gegen die Kriegspolitik der BRD“ gebildet, dem Grüne, DFG-VK, sozialistische, antifaschistische, antiimperialistische Gruppen, DIDF und kurdische Organisationen angehören. Aus dem Aufruf: „... Sofortiger Abbruch der Bundeswehreinätze in Somalia, im ehemaligen Jugoslawien und in Kambodscha! Keine Unterstützungsleistungen für Kriegshandlungen wie im Irak und in der Türkei! Kein Einsatz von Bundeswehr, Bundesgrenzschutz und Polizei außerhalb der Grenzen der BRD! Keine Grundgesetzänderung! Drastische Kürzung der Militär- und Rüstungsausgaben! ... Verbot und Ächtung von Waffenexporten! ... Einstellung von Waffen-, Militär- und Wirtschaftshilfe an die Türkei! Verweigert den Kriegsdienst!“ — (rub)

Macht Sonntagsarbeit Stuttgart attraktiver?

Stuttgart. Gegen die Proteste von Betriebsräten und der HBV haben die großen Kaufhäuser durchgesetzt, daß am Sonntag, 15. August, aus Anlaß der Leichtathletik-Weltmeisterschaften in der Innenstadt und in Bad Cannstadt die Läden geöffnet waren. Vorreiter und Anführer war wieder einmal das Kaufhauscenter Breuninger. Wie die HBV befürchtet hatte, haben unmittelbar darauf Breuninger und die Mietvereinsigung Klett-Passage begonnen, auf weitere Sonntagsarbeit zu drängen. Mögliche Termine seien das Stadtfest oder das Volksfest. Das Ladenschlußgesetz erlaubt anlässlich von „Märkten, Messen oder ähnlichen Veranstaltungen“ jährlich bis zu vier (!) Verkaufssonntagen.

Die Stadt hat Unterstützung signalisiert, die CDU bringt im Gemeinderat einen Antrag ein. Auch die *Stuttgarter Zeitung* ist begeistert und hofft, daß der Widerstand der Beschäftigten schneller als beim „langen Donnerstag“ ausgeschaltet werden könne. — (evc, ulk)

Telekom diskriminiert Asylbewerber

Soltau. 1462,70 DM an Vorauszahlung für einen Telefonanschluß verlangt die Telekom von einem rechtlich „geduldeten“ Kriegsflüchtling aus dem ehemaligen Jugoslawien, der in Schneverdingen wohnt. Die Summe enthält neben der üblichen Bereitstellungsgebühr von 65 DM die Grundgebühr für ein Jahr, die Gebühren für 450 Einheiten sowie eine „Sicherheitsleistung“ von 1000 DM. Laut Pressesprecher der Telekom werde das so mit allen Asylbewerbern gemacht, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen sei. Zynisch empfahl der Sprecher den betroffenen Flüchtlingen als Alternative zu der Vorauszahlung die Beibringung einer Bankbürgschaft. — (sts, gekürzt aus: NNZ)

DGB gewährt Roma Unterkunft

Konstanz. Nach Wochen und Monaten, in denen rund 120 Roma von einem Ort zum anderen gejagt wurden — zuletzt im Bodenseeraum — hat jetzt, endlich, der DGB-Landesvorstand Baden-Württemberg gehandelt. In einer außerordentlichen Sitzung am 17. August hat sich der Vorstand mit der Lage der Roma-Gruppe befaßt: Der DGB bietet der Gruppe als Unterkunft für vier Wochen sein Jugendhaus Kandelblick bei Vöhrenbach im Schwarzwald an. In einer Pressemitteilung des DGB heißt es: „Angesichts

der historischen Schuld der Deutschen gegenüber Sinti und Roma bezeichnet es der DGB als Schande für unser Land, wie die Roma-Gruppe bis heute in Bayern und Baden-Württemberg herumgeschoben wurde. Der DGB erinnert daran, daß 500 000 Sinti und Roma in den Vernichtungslagern der Nazis ermordet und Zehntausende verstümmelt wurden, ohne daß die Bundesregierung bisher die geringste Wiedergutmachung leistete. Bis zur rechtlichen und politischen Klärung ihres Status ... muß die Gruppe — so die Forderung des DGB — in Baden-Württemberg bleiben können.“ Jasar Demirov, der Präsident der Roma-Union Süddeutschland, dankte dem DGB für seine Unterstützung und erklärte, jetzt könnte die Gruppe die geplanten politischen Schritte für Genf (UNHCR), Straßburg (Europäisches Parlament, Gerichtshof für Menschenrechte) und Bonn unternehmen. Dazu benötigen die Roma dringend öffentliche Unterstützung. — (aus: *Kommunale Berichte Konstanz*)

NRW will Mordvorwurf wegen W. Grams verfolgen

Bielefeld. Das NRW-Justizministerium hat die Generalstaatsanwaltschaft Hamm angewiesen, ein bereits eingestelltes Ermittlungsverfahren wieder aufzunehmen. Dabei geht es um ein Transparent mit der Aufschrift „Wolfgang Grams vom deutschen Staat ermordet!“, das an einem Jugendzentrum ausgehängt wurde. Die Polizei hatte dagegen Anzeige erstattet, die Bielefelder Staatsanwaltschaft sah in dem Transparent jedoch keine „Verunglimpfung des Staates“. Ein FDP-Landtagsabgeordneter hält das für einen „empörenden Justizskandal“, das Justizministerium wurde tätig. — (wof)



DVU-Parteitag in München fand statt

München. Nahezu unbeachtet von der Öffentlichkeit führte die rechtsradikale Deutsche Volksunion (DVU) am 14. August ihren Bundesparteitag im Münchener Stadtteil Hasenberg (im Mathäserkeller) durch. Tags zuvor fand eine Anti-„Infodemo“ im Stadtteil statt, auf der ein Flugblatt in deutscher und türkischer Sprache verteilt wurde. Am Samstag hatte die Polizei den Veranstaltungsort hermetisch abgeriegelt. 80 Personen beteiligten sich an einer Gegenkundgebung. — (aus *Münchener Lokalnachrichten*, Bild: af/mz)

Haushaltssperre im Sozialbereich Konzerne diktieren Sozialabbau

Köln. Mit einem Haushaltsloch von etwa 204 Mio. DM zusätzlich rechnet Oberstadtdirektor Ruschmeier für dieses Jahr. Mit dieser Begründung legte er am 13. August dem zuständigen Ratsausschuß einen ganzen Katalog von Streichungs- und Kürzungsmaßnahmen vor. Ein Teil der noch nicht im Rat beschlossenen Maßnahmen ist bereits durch Ruschmeier per Haushaltssperre in Kraft gesetzt, andere sollen vom Rat am 14. September beschlossen und auf der Stelle wirksam werden.

Ruschmeier erklärt, daß insbesondere das Gewerbesteueraufkommen erheblich niedriger sein wird als im Vorjahr — bis Mai dieses Jahres belief sich der Fehlbetrag bereits auf 163 Mio. DM. Die beiden Konzerne Bayer und Ford sind die größten Gewerbesteuerzahler der Stadt. Konzerne, die jahrelang fette Gewinne eingestrichen haben, zahlen nun keine bzw. geringfügige Gewerbesteuer, weil sie in ihren Bilanzen steuerungünstige Verluste ausweisen können. Dividenden auf Aktien, d. h. Gewinn an die Eigentümer, haben beide Konzerne durchaus zahlen können. In eine Auseinandersetzung über diesen Skandal will sich die SPD im Rat allem Anschein nach nicht begeben.

Statt dessen wird die Stadt — so sieht es der Antrag des Oberstadtdirektors vor — rabiate Streichungen im sozialen Bereich vornehmen: Selbsthilfegruppen, Bürgerzentren und Wohlfahrtsverbän-

den wird per Haushaltssperre bereits das Wasser abgegraben. Sie müssen zum Teil Beschäftigte entlassen — allein der DPWW hat bereits 80 Kündigungen aufgrund der städtischen Mittelkürzungen ausgesprochen — eine Einschränkung ihrer Tätigkeiten scheint der Stadt unvermeidlich. Eingeschränkt wird z. B. die Betreuung Behindertener, die allein wohnen, die Essensversorgung von Rentnern, die Öffnungszeiten von Alten- und Jugendzentren, die Tätigkeiten von Arbeitslosenzentren ...

Im Bereich der Sozialhilfe durch Streichung einmaliger Leistungen, durch Senkung der Kleiderpauschale, durch Streichung der Windel-Zuzahlung und durch Verwindung von Sozialhilfeleistungen in Kredite, die direkt mit der Sozialhilfe aufgerechnet werden können, will die Stadt einen Gesamtbetrag von sechs bis sieben Millionen DM den vorenthalten, die bereits am Rande des Existenzminimums leben müssen.

Im Bereich des Kinder- und Jugenddezernats sollen elf Millionen DM gestrichen werden, indem die Bauspielplätze geschlossen, die Eröffnung neuer Kindertagesstätten hinausgezögert und die Zuschüsse der Beratungsstelle für sexuell mißbrauchte Kinder abgeschafft werden.

Die Stadtbibliothek darf seit Ende Juli keine neuen Bücher mehr anschaffen. In Diskussion ist ebenfalls die Umwandlung der Volkshochschule in einen Bil-

dingsverein mit privaten Trägern. Im Bereich der gesamten Gebäudepflege — Instandhaltung und Reinigung — soll durch „Standardreduzierung“ gespart werden. D. h. Verschieben von Renovierungsmaßnahmen in ungewisse spätere Jahre und weiteres Zusammenstreichen der Reinigung der Schulen und der städtischen Verwaltungsräume.

Gegen das Streichungskonzept gibt es Widerstand. Klar ist, daß die diesjährigen Streichungen im nächsten Haushalt fortgeschrieben und z. T. verschärft werden.

Die ÖTV hat bereits im Juli in einem Brief an die Stadt gegen die diskutierten Maßnahmen protestiert und fordert die Einbeziehung der Gewerkschaften und der Personalräte in die Diskussion.

Die Grünen im Rat haben ein sogenanntes Bürgertelefon eingerichtet, an dem sie „Spärvorschläge“ der Bürger und Beschwerden über unsinnige Ausgaben der Stadt sammeln.

Vom 6. bis 11. September soll eine Aktionswoche gegen Sozialabbau stattfinden. In dieser Aktionswoche wollen vor allem Selbsthilfegruppen, Bürger- und Arbeitslosenzentren, Frauengruppen und Wohlfahrtsverbände ihren Protest zum Ausdruck bringen. An den Vorbereitungen der Aktionswoche beteiligten sich bis jetzt Vertreter aus etwa 40 Gruppen und Organisationen. Die Aktionswoche soll mit einer Demonstration abgeschlossen werden. — (wk)

Wer will denn den Schwarzen Peter?



Arbeiter
Blum-Geschädigte
Chronisch Kranke
Demokraten
Einwanderer
Friedensfreunde
Gewerkschafter
Homosexuelle
Internationalisten
Jugendliche
Kleine Leute
Linke
Mietler
Normalverbraucher
Obdachlose
Paragraf-218-Gegner
Quereiniger
Rassismuskritiker
Sozialhilfeempfänger
Türken (Freunde)
Umweltschützer
Verlierer-Typen
Wohnungssuchende
X-Beliebige
Y-Kennzeichen-Feinde
Zugruote

Wir wollen ihn nicht.

AWO befürchtet massiven Stellenabbau im Zivildienst

Karlsruhe. Seit 1. Juli müssen die Wohlfahrtsverbände die Aufwandsentschädigung für Zivildienstleistende, die bisher das Bundesamt für Zivildienst zahlte, selber tragen. Weiter sollen die Verbände an den Soldzahlungen beteiligt werden. Das bedeutet allein für den Kreisverband der Arbeiterwohlfahrt ein Defizit von 70000 DM in diesem Jahr. Eine erste Folge ist die Erhöhung der Preise für Essen auf Rädern um eine Mark auf 8,50 DM. Eine weitere Maßnahme wird der Abbau der Zivildienstplätze um ein Drittel sein, so daß die Kosten für die Zivildienstleistenden von zwischen zehn und 15 DM pro Stunde auf 22 DM erhöht werden müssen. Das könnten sich nur noch reiche Rentner leisten, kommentiert die AWO. Eine weitere Folge sei ein Ansteigen der Sozialhilfe bei alten Menschen. Gegen die ebenfalls beschlossene Kürzung des Entlassungs- und Verpflegungsgeldes für Zivildienstleistende haben die Zivildienstleistenden der Arbeiterwohlfahrt mit einem Brief an Bundeskanzler Kohl protestiert: „Sie bitten damit nämlich die sozial Schwächsten zur Kasse.“ — (map)

Gerichtliche Wahlhilfe für die DVU

Hamburg. Das Oberverwaltungsgericht Hamburg hat ein Urteil des Verwaltungsgerichts bestätigt, das der DVU drei statt, wie vorgesehen, zwei kostenlose Wahlkampfspeakers jeweils in Rundfunk und Fernsehen zugesteht. Begründung: Die DVU repräsentiere das rechte Wählerspektrum, es müsse deshalb als „in hohem Maße wahrscheinlich gel-

München. Am 11.9. wird in München ein Aktionstag stattfinden unter dem Motto „Gebt Gauweiler keine Chance! In dem Aufruf heißt es u.a.: „Ein Oberbürgermeister Gauweiler — mit seinem ‚rechtsradikalen und antidemokratischen Gedankengut‘ (Süddeutsche Zeitung, 1.4.88) — wäre eine schwere Belastung für ein demokratisches München und für das solidarische Zusammenleben der MünchnerInnen deutscher und anderer Nationalität!“ Für die „Republikaner“ kandidiert Dr. Heinz F. Kremzow, Richter am Landessozialgericht. — (jöd)

ten“, daß sie die 5%-Hürde überspringe. Daß die Gerichte die Auffassung verbreiten, die DVU sei nicht aufzuhalten, ist der erste Skandal. Daß sie sich so beflissen zeigen, den erwarteten Siegeszug zu unterstützen, der zweite. — IG Medien und NDR-Beschäftigte protestieren mit Unterschriftenaktion, Demonstration und Veranstaltung. — (scc)

Hamburger Senat beantragt Verbot der NL

Hamburg. Der Senat hat am 17.8. beschlossen, beim Bundesverfassungsgericht das Verbot (Feststellung der Verfassungswidrigkeit) der Nationalen Liste zu beantragen. Vorausgegangen waren mehrere Monate Verhandlung mit dem Bundesinnenministerium — Zeit, die die NL u.a. zur Vorbereitung des Aufmarsches am 14.8. aus Anlaß des Heß-Todestages zu nutzen wußte. In seiner Presseerklärung hebt der Senat als für den Antrag maßgebliche Punkte hervor: „Ihre Propaganda im NS-Jargon ist extrem ausländerfeindlich und antisemitisch und bereitet den Nährboden für Diskriminierung und Angriffe.“ Ihr Ziel sei die „Wiederbelebung des Nationalsozialismus... letztlich also die Errichtung eines Vierten Reiches als eines nach dem ‚Führerprinzip‘ organisierten ‚Volksstaates‘.“ Und: Die „Veröffentlichung von Namen und Anschriften politischer Gegner, die unter dem Stichwort Anti-Antifa läuft“, initiiere „nicht nur Telefonterror, sondern verursacht auch die Gefahr tätlicher Angriffe...“ Ein Verbot der NL könnte die faschistische Organisation treffen, ließe die gleichzeitige Duldung, ja Förderung z.B. der DVU nicht den Raum für die Reorganisation auch der militantesten Faschisten. — (scc)

Das Gesundheitsstrukturgesetz aus hausärztlicher Sicht

Augsburg. Am 12. Juli 1993 erhielten die Bayerischen Kassenärzte die Unterlagen ihrer Kassenabrechnung für das erste Quartal 1993, also die Zeit vom 1.1. bis zum 31.3.1993. Stand bisher in dieser Abrechnung ein genau aufgeschlüsselter Endbetrag für das Honorar, begründet und bezogen auf die in Ansatz gebrachten Einzelleistungen, so wurde diesmal nur eine vorläufige Restzahlung geleistet. Eine genaue Endabrechnung sollte bis Mitte August erfolgen, ist aber bis dahin nicht eingegangen.

Dieses Vorgehen wird begründet mit dem Gesundheitsstrukturgesetz. Ein Ergebnis dieses Gesetzes ist die Einschränkung der Niederlassungsfreiheit für Ärzte: Wer bis 1. Oktober keine Praxis eröffnet hat, darf sich in bestimmten, festgelegten Gebieten nicht mehr niederlassen, weil angeblich kein Bedarf mehr besteht. Dies gilt für die meisten Gebiete Bayerns und hat in einigen Gebieten dazu geführt, daß sich eine ganze Reihe von Ärztinnen und Ärzten noch in den letzten Monaten niedergelassen haben. Die Krankenkassen sagen nun, mehr niedergelassene Ärzte verursachen mehr Kosten. Aus diesem Grunde waren sie bisher nur bereit, den Mindestsatz zu zahlen, und haben damit die Honorierung der Einzelleistung erst einmal herabgesetzt. Das hat zu erheblichen Einnahmeverlusten geführt, die im einzelnen noch nicht abzusehen sind, zu rechnen ist mit ca. 20 Prozent minus in vielen Kassenpraxen. Dieses Vorgehen ist für diejenigen, der sich mit dem komplizierten Kassenarztrecht nicht auskennt, unverständlich und bedarf der Erklärung.

Als im Frühsommer dieses Jahres über einigen Gebieten Süddeutschlands ein Hagelunwetter Unmengen von Dachfenstern zerstörte, machten die Glaser ein Riesengeschäft und die Versicherungen hatten das Nachsehen. Im Gesundheitswesen ist das anders: Es ist nicht so, daß die Ärzte daran verdienen, wenn viele krank sind. Das Gesamthonorar wird vielmehr für alle Ärzte verhandelt zwischen den Vertragspartnern Krankenkassen und Kassenärztliche Vereinigung, zunächst einmal unabhängig von der Krankheitshäufigkeit. Dieses Honorar müssen alle niedergelassenen Ärzte aller Fachrichtungen untereinander aufteilen. Hierzu erstellt die Kassenärztliche Vereinigung einen Verteilungsmaßstab. Danach erhalten die hausärztlich Tätigen wie die Hausärzte, Kinderärzte und ein Teil der Internisten die geringere Menge; diejenigen, die eine große Anzahl Maschinerie einsetzen müssen wie z.B. die Röntgenärzte, den

größeren Anteil des Gesamtvolumens. Das hat eine gewisse Berechtigung, denn ein größerer Einsatz von teurer Maschinerie verursacht natürlich auch höhere Kosten. Dennoch stimmt es nachdenklich, daß die ärztliche Tätigkeit um so schlechter honoriert wird, je näher sie am Patienten ist. Wer als Hausarzt von Haus zu Haus geht, Tag und Nacht erreichbar sein muß, verdient absolut und relativ am wenigsten bei zunehmender unerträglicher Verausgabung von Lebenskraft.

Gegen die erhebliche Honorarsenkung erhebt sich kaum Widerstand. Dies mag teilweise an der Ferienzeit liegen. Es liegt aber auch daran, daß die Ärztinnen und Ärzte untereinander uneins sind — sie sind durch das Honorierungssystem in Konkurrenz gesetzt. Auch können sie nicht einfach auf Unterstützung aus anderen Bereichen bauen: Man hat den Eindruck, viele meinen, es sei gut, wenn es den Ärzten an den Kragen geht.

Teilweise speist sich diese Unzufriedenheit wohl daraus, daß das derzeit bestimmende Verhältnis zwischen Arzt und Patient den Kranken wenig Möglichkeiten bietet, Eigeninitiative in der Auseinandersetzung mit ihrer Krankheit zu ergreifen. Die vielen zunehmend komplizierteren Lebensverhältnisse und Arbeitsverhältnisse, die gesellschaftliche und politische Verunsicherung in den letzten Jahren erzeugen neue komplizierte Krankheitsbilder: Erkrankungen

durch Umweltgifte, Gifte der Arbeitswelt, schwere körperliche und psychische Erschöpfungszustände, schwere Angstzustände, Störungen schon in ganz jungen Jahren wie Konzentrations- und Koordinationsstörungen bei Schulkindern, schwere Allergien. Hier auf weiß die an den Hochschulen gelehrt Medizin oft nur eine ungenügende Antwort. Viele Patienten haben deshalb das Vertrauen in ihre Ärzte verloren und versuchen, selbständig weiter zu kommen.

Andererseits gibt es eine wachsende Anzahl von Ärztinnen und Ärzten, die sich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen und sich entsprechend weiterbilden, teils mit sehr großem finanziellen und zeitlichem Aufwand. Für sie gibt es oft erst recht keine Möglichkeit, sich im Rahmen des gängigen Kassenarztsystems überhaupt noch zu bewegen. So geben nicht wenige — zermürbt durch tagtägliche Streitereien und kleinlichste Auseinandersetzungen mit Versicherungsgrägern und Standesverbänden — die Kassenarztpraxis auf, weil sie körperlich und psychisch selbst erschöpft sind.

In diesem Zusammenhang wäre eine Diskussion über Inhalte und Aufgaben einer medizinischen Mindestversorgung dringend erforderlich, um entgegen den zunehmenden Leistungseinschränkungen in der gesetzlichen Krankenversicherung einen Mindestkonsens zu erreichen. — (elf)



Schwere, krankmachende Arbeit

Tarifverhandlungen für Rechtsanwaltsbüros

Hamburg. Seit mehr als einem halben Jahr warten die Rechtsanwaltsgehilfen jetzt bereits auf einen Tarifabschluß. Obwohl Mantel- und Gehaltstarifvertrag rechtzeitig zu Ende des Jahres 1992 gekündigt worden sind und auch bereits im letzten Jahr die Forderungen den Anwälten zugegangen sind, haben diese es verstanden, zunächst einmal ein halbes Jahr nicht zu verhandeln, vielmehr haben sie Termine platzen lassen. Zu den ersten regulären Verhandlungen Anfang Juli 1993 brachten sie nur ganze zwei Stunden Zeit mit.

Tarifverhandlungen in einer Branche, in der nur eine verschwindende Minderheit der „jeweiligen“ Seiten tarifgebunden ist, sind schwierig. Bei den Anwälten sind es eher die fortschrittlichen, linken Büros, die tarifgebunden sind, während die großen Sozietäten fast völlig fehlen. Die Kolleginnen sind eher die selbstbewußten Einzelkämpferinnen, die in einer Branche arbeiten, wo der weit überwiegende Teil ihrer Kolleginnen Gewerkschaftspolitik allenfalls aus den Medien kennt, selbst aber nie damit in Berührung gekommen ist und aus der Existenz eines Tarifvertrages kaum Nutzen ziehen kann, z.B. weil er weitgehend unbekannt oder der Arbeitgeber nicht tarifgebunden ist.

Als bei den ersten Verhandlungen aber außer einem Einlenken auf die 150-DM-Forderung bei gleichzeitiger Bereitschaft der HBV, sich in Zukunft an

anderen HBV-Abschlüssen zu orientieren, nur noch rauskam, daß die Anwälte auf keinen Fall einen Anschlußtarifvertrag oder irgendeine Form von Abschlagszahlung für den ausschließlich von ihnen verschleppten Verhandlungszeitraum zu zahlen bereit waren, waren die Kolleginnen sauer.

Die HBV hat dann zu einer Aktion im Büro eines der Verhandlungsführer aufgerufen, und an die zwanzig Kolleginnen haben ihre Mittagspause geopfert und sind gekommen. Der Verhandlungsführer war im Urlaub, das war Pech — gewirkt hat die Aktion aber trotzdem: In den meisten tarifgebundenen und einigen nichttarifgebundenen Büros sind die Gehälter jetzt rückwirkend ab 1.1.93 oder ab 1.7. um hohe Beträge (250 bis 500 DM) erhöht worden, obwohl offiziell die Verhandlungen erst am 2.9.93 weitergehen.

Bislang hat die Gegenseite lediglich Entgegenkommen bei der Gehaltsforderung — weitere Forderungen betreffen Tarifstruktur und Gesundheitsschutz — signalisiert (150 DM mehr, aber nicht rückwirkend).

Im Gegenzug will sie aber in Zukunft eine Anbindung an die Abschlüsse in den anderen Branchen der HBV, also auch die Durchsetzung von Prozentforderungen, während bislang immer einheitliche DM-Beträge durchgesetzt worden sind.

— (mek, gekürzt aus Lokalberichte Hamburg)

Zäher Kampf beim Aufbau eines Betriebsrats der Zeitungsträgerinnen

Freiburg. Nach langen und hartnäckigen Auseinandersetzungen mit den Eignern des Badischen Verlags haben die 1400 Zeitungsausträgerinnen und -austräger der Badischen Zeitung (BZ) mit arbeitsgerichtlicher Hilfe im vergangenen Jahr durchgesetzt, daß auch sie eine betriebliche Interessenvertretung erhalten. Zunächst wurde den Trägerinnen und Trägern seitens der Verlagsleitung das Wahlrecht zum Betriebsrat streitig gemacht. Nachdem ein Urteil des Arbeitsgerichts diese langjährige rechtliche Schlechterstellung eines zahlenmäßig bedeutenden Teils der Belegschaften der Zeitungsverlage beendet hatte, wurde bei der BZ ein eigener Betrieb „Universal-Zustell-GmbH — UZG“ ausgeteilt und dort der neue 15köpfige Betriebsrat gewählt.

Erste, zaghafte Erfolge wurden bereits erzielt: sogenannte Niedriglohnbezirke, Zustellbereiche, bei denen die Trägerinnen und Träger auf unter zehn DM pro Stunde kommen, wurden mit einer Erschwerungsulage etwas angehoben. Zwei weitere Tage Urlaub konnten durchgesetzt werden.

In einer Sendung des „Arbeitsweltraums“ von Radio Dreyeckland wird jetzt über die Erfahrungen des neuen Betriebsrats berichtet. Der folgende Bericht stützt sich auf die Sendung.

Mit der Neuwahl des Betriebsrats begannen bei der UZG die Kämpfe um die Arbeitsmöglichkeiten der Betriebsräte.

Einer der wichtigsten Streitpunkte hängt mit der zersplitterten Struktur und den Beschäftigungsbedingungen zusammen: der „Betrieb“ der UZG ist der gesamte Einzugsbereich der BZ.

Die Beschäftigten arbeiten wenige Stunden am Tag, höchstens vier und dies grundsätzlich in der Nacht. Die Verlagsleitung stellt sich nun auf den Standpunkt, daß die Arbeit der Betriebsräte eben in diesem Rahmen abzuwickeln sei: Betriebsratssitzungen nachts, zeitliche Grenze je nach dem jeweiligen Arbeitsvertrag.

Betriebsratsvorsitzender Christ zu RDL: „Das würde bedeuten, daß der eine Betriebsrat nur anderthalb Stunden und der andere vielleicht, wenn es hoch kommt, drei Stunden am Tag tätig sein dürfte. Das ist eine Sache der Unmöglichkeit, was schon daraus klar wird, daß wir in einem dreiviertel Jahr 700 Abgänge und 650 Neueinstellungen hatten. Alleine die Arbeit dafür zeigt, welcher Zeitaufwand erforderlich ist, diese Betriebsratsaufgaben überhaupt wahrnehmen zu können. Dazu kommt natürlich, daß der Aufwand für den Kontakt, den wir pflegen müssen zu unseren Trägern, enorm ist — das ist ja nicht wie in einem normalen Betrieb, der auf einem arrondierten Gelände sitzt — unser Betrieb ist flächendeckend auf 5000 qkm.“

Dazu muß man wissen, daß die gewählten Betriebsräte ihre Austrägerarbeit jede Nacht fortsetzen und dann ihren

Pflichten als Betriebsräte tagsüber, zu den üblichen Geschäftszeiten, nachgehen. Der Betriebsrat der UZG hat nun das Arbeitsgericht angerufen, um u.a. seinen Anspruch auf einen ausreichenden Ausgleich für diese Zusatzbelastung durchzusetzen.

Betriebsratsmitglied Nölke: „Wir hoffen, daß das hier einmal grundsätzlich abgeklärt werden kann — auch zugunsten der Austrägerinnen und Austräger in anderen Verlagen... man braucht einen finanziellen Ausgleich für den zusätzlichen Zeitaufwand, weil anderweitige Verdienstmöglichkeiten z.B. tagsüber entfallen. Die Trägerbewegung insgesamt in der BRD könnte gestärkt werden, das wäre dann auch gewerkschaftlich interessant, daß wir mehr rausholen können für unsere Kollegen.“

Eine Betriebsrätin zu den Argumenten der Verlagsleitung: „Es stimmt einfach nicht, wie die Geschäftsleitung das behauptet, wir würden Stunden schinden bei unserer Arbeit und unnötig lang rum-sitzen. Ich bin gerne Betriebsrat, aber es ist so viel Arbeit und wir haben einen so großen Nachholbedarf — z.B. vernünftige Betriebsvereinbarungen zum Lohn, Urlaub usw., bei all den Sachen, die in anderen Bereichen schon selbstverständlich sind, das müssen wir ja alles aufholen...“

Das Freiburger Arbeitsgericht verhandelt am 24. August über die Anträge des Betriebsrats. — (ji/kh)

Kurz berichtet

GEW plant Streik gegen Pflichtstundenerhöhung

Sachsen. Ende Juni streikten mehrere tausend Lehrer in Sachsen gegen die Erhöhung der Pflichtstundenzahl von 24 auf bis zu 27 Unterrichtsstunden pro Woche ohne entsprechende Gehaltserhöhung. Uplötzlich fehlen 20000 Unterrichtsstunden, nachdem etwa 12000 Lehrer zuvor wegen „Systemnähe“ u. ä. aus dem Schuldienst entfernt und die restlichen ein Jahr zuvor noch zur Annahme von Teilzeitarbeitsverträgen „genötigt“ worden sind (vgl. *Politische Berichte* 15/93). Gegen diese per *Verwaltungsvorschrift* geplante Maßnahme klagte die GEW vor dem Arbeitsgericht Dresden — und unterlag. Das Arbeitsgericht sah in der Vereinbarung über die Teilzeitschäftigung vom 15. Juni 92 keinen Tarifvertrag und somit in der Erhöhung der Pflichtstundenzahl auch keinen Tarifvertragsbruch. Die GEW will das Gerichtsurteil anfechten. Darüber hinaus will sie bei der Großen Tarifkommission die Urabstimmung für flächendeckenden und unbefristeten Streik beantragen. Kultusstaatssekretär Nowak (SPD) warnte sogleich vor einem illegalen Streik. — (har)

Magere Ergebnisse im Sachsenhausenprozeß

Im Prozeß um die Brandstiftung an der jüdischen Baracke in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen hat der Angeklagte Ingo K. mittlerweile gestanden, daß er und sein Mitangeklagter am Tatort waren. Allerdings seien sie völlig betrunken gewesen und hätten auch an der Brandstiftung nicht aktiv teilgenommen. Die bisherigen Prozeßergebnisse entsprechen den staatsanwaltschaftlichen Anstrengungen. In der Zeit vor dem Prozeß waren nur noch zwei Kriminalbeamte mit den Ermittlungen befaßt, der Staatsanwalt war bei Prozeßbeginn in Urlaub und sein Stellvertreter schlecht informiert. Dies Verhalten paßt ins politische Umfeld: Zehn Monate nach der Tat ist die Baracke nicht wieder aufgebaut. Ein Angebot von Zimmerleuten, dies kostenlos zu machen, wurde abgelehnt. Ein Antrag der PDS im brandenburgischen Landtag zur Wiedereröffnung des „Museums des antifaschistischen Kampfes der europäischen Völker“ auf dem Gelände wurde abgelehnt, obwohl die Verbände ehemaliger KZ-Häftlinge sich mit einer Umstrukturierung einverstanden erklärt hatten. Dagegen ging's mit der Ausstellung zum Gedenken an die Häftlinge des Internierungslagers Sachsenhausen (1945 bis 1950) zügig. Am 24. Juni war sie eingeweiht mitten in der Gedenkstätte im Gegensatz zu der Entschließung des Europäischen Parlamentes, die sich gegen eine „Vermengung zwischen der Realität der Nazi-Lager und einer möglichen (anderweitigen) Nutzung nach dem Krieg“ ausspricht. — (chk)

REP als Schloß-Befürworter Berliner gegen Schloß

Berlin. Unter den aktiven Befürwortern eines Wiederaufbaus des Berliner Stadtschlosses befand sich auch der Funktionär der Republikaner, Dieter Lieberwerth. Lieberwerth ist Mitglied der Stuttgarter Fraktion der Republikaner und war zweiter Vorsitzender des Vereins für den Wiederaufbau des Berliner Stadtschlosses. Er ist inzwischen zurückgetreten.

60 Prozent der Berliner lehnen den Wiederaufbau des Stadtschlosses ab, 37 Prozent befürworten ihn. — (har)

Bischofferode: Versagen die Gewerkschaften?

Der Vorstand der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie hat zusammen mit dem Betriebsrat der westdeutschen Kali & Salz AG für den 17. August in Kassel zu einer Demonstration aufgerufen, die direkt gegen den Kampf der 700 Bergleute in Bischofferode um den Erhalt des Standortes gerichtet war. Dieser Vorgang ist unerhört. Elementare Grundsätze der Gewerkschaftseinheit wurden gebrochen. Die Verantwortung des Hauptvorstandes einer bundesweit organisierten Gewerkschaft ist mit anderer Elle zu messen als die eines Betriebsrates. Die Forderungen der Kali-Kumpel in Bischofferode beziehen sich auf das Recht einer eigenständig organisierten Förderung von Kali. Sie wollen ihre Arbeit weitermachen und sie wehren sich dagegen, in die Arbeitslosigkeit geschickt zu werden. Sie wenden sich also keineswegs gegen die Interessen anderer Beschäftigter, auch nicht gegen die in Kassel. Was veranlaßt einen Gewerkschaftsvorstand, dagegen Stellung zu nehmen? In einem Offenen Brief an die Kolleginnen und Kollegen der Kali & Salz AG in Kassel und die Mitglieder der Gewerkschaft Bergbau und Energie vom 16. August legen die Kumpel aus Bischofferode dar, daß die bisherigen Abnehmer ihrer Förderung andere sind als die des westdeutschen Kali-Bergbaus. Sie wollen diese Abnehmer weiter beliefern. Was hat der Vorstand der Gewerkschaft Bergbau und Energie dagegen einzuwenden? Der Gewerkschaftsvorstand will die Durchsetzung des Fusionsvertrages und damit die Schließung von Bischofferode. Soviel ist klar. Sie haben der Fusion zugestimmt. Wäre es nicht angemessen, diese Entscheidung kritisch zu überprüfen? Vielleicht war sie falsch. Stattdessen wird die Gewerkschaftsspaltung provoziert. Solcherlei Vorgehen fordert die Reaktion auch aus anderen DGB-Gewerkschaften heraus. In Berlin haben Funktionäre der HBV aus Protest das Büro der Gewerkschaft Bergbau und Energie besetzt. Die IG Medien organisiert bundesweit Diskussionsveranstaltungen und Solidarität und auch aus der IG Metall gibt es starke Unterstützung für die Forderungen aus Bischofferode. Die Gewerkschaftseinheit darf nicht länger aufs Spiel gesetzt werden. — (brr)

Intelligenzlerarbeitslosigkeit — gebildete Würstchenverkäufer

Wir bezweifeln, daß jemals außerhalb von Kriegs- und Nachkriegszeiten das Leben so vieler Menschen in so kurzer Zeit in solche Ungewißheit, Ratlosigkeit und Not gestürzt worden ist“, schrieb Pastor Dr. Frielinghaus, Präsident des Kuratoriums der „Gesellschaft für Bürgerrecht und Menschenwürde“ (GBM) im Vorwort zum ersten Weißbuch der Gesellschaft, das sich mit der Diskriminierung in den neuen Ländern, der Deindustrialisierung, dem Ruin der Landwirtschaft, der Massenarbeitslosigkeit, der Kolonisierung Ostdeutschlands überhaupt auseinandersetzt. Jetzt übergibt die GBM der Öffentlichkeit ein weiteres Weißbuch, in dem grundlegende Aussagen über das Schicksal der Wissenschaft und der Kultur in Ostdeutschland gemacht werden. Es liegt in Form einer Dokumentation, geschrieben von betroffenen Augenzeugen und Chronisten, vor und charakterisiert die entwürdigende Behandlung einer ganzen Schicht der Bevölkerung der ehemaligen DDR: der Intelligenz, der Intellektuellen östlich der Elbe.

Ergebnisse des Anschlusses der DDR-Wissenschaft und Kultur

Von den im Dezember 1992 nach Angaben der Bundesregierung 195073 Beschäftigten in Forschung und Lehre hatten zu diesem Zeitpunkt noch 23600 eine Vollzeitstelle, d. h. 12,1 %. Von den ehemals 30000 Künstlern in der DDR können sich heute nach vorliegenden Schätzungen noch rund ein Drittel von ihrem Beruf ernähren. Von 8000 Unterhaltungskünstlern haben ca. 80 % ihren Beruf aufgeben müssen. Von den Beschäftigten in den Bereichen Film, Fernsehen, Hörfunk, Verlagswesen und Printmedien verfügt höchstens noch ein Viertel über einen Arbeitsplatz. Insgesamt sind von den etwa zwei Millionen Hoch- und Fachschulabsolventen der DDR über eine Million dauerhaft aus dem Berufsleben ausgegrenzt, gedemütigt und durch politisches Rentenrecht anderweitig bestraft worden. Etwa eine halbe Million ist — zumindestens zeitweilig — in große Existenzsorgen versetzt worden: Ostdeutschland ist heute das Land mit der größten Intelligenzlerarbeitslosigkeit und das Land mit den gebildetsten Würstchenverkäufern.

Methoden der Abwicklung der ostdeutschen Wissenschaft

„Wir werden sie nicht in Lager sperren, das haben wir nicht nötig. Wir werden sie an den sozialen Rand drängen.“ Worte, unter Zeugen gesprochen im Frühjahr 1991 von einem CDU-Vertreter in Wildbach Krentz zu dem beabsichtigten Umgang mit den Intellektuellen Ostdeutschlands, wie sie seit dem Beitritt der DDR zur BRD in Ostdeutschland verwirklicht wurden.

Mit dem Beitritt der DDR wurden rund 600000 Menschen in die Warteschleife geschickt. Parallel dazu erfolgte die massenhafte Auflösung von DDR-Institutionen. Mit Beendigung der Warteschleife begann ohne jedwede Kündigung automatisch für die Betroffenen sofort die Arbeitslosigkeit. In die Warteschleife gingen Institutionen mit einem hohen Anteil an Intelligenz. Darauf folgten Kündigungswellen größten Stils, die auf den Sonderkündigungsrechten des Einigungsvertrages basierten. Die Beseitigung der Grundlagen für eine ostdeutsche Intelligenz, auch für eine Forschung in dieser Region, kann als großangelegte Hexenjagdoperation gesehen werden. Unliebsame Konkurrenten und Konkurrenzinstitutionen wurden ausgeschaltet, vorwiegend abgewickelt und aufgelöst von westdeutschen „Liquidatoren“. In einer Untersuchung, die am Institut für Theorie, Geschichte und Organisation der Wissenschaften an der Akademie der Wissenschaften der DDR über einen längeren Zeitraum hinweg durchgeführt wurde, heißt es: „Man muß davon ausgehen, daß Wissenschaft, Forschung und industrielle Forschung und Entwicklung in der DDR in einigen Bereichen international äquivalent, in anderen potentiell äquivalent waren. Freilich gab es auch eine Menge Provinzialität und Mittelmäßigkeit.“ Die zweifellos vorhandene Kapazität der ostdeutschen Wissenschaft, die auch international Anerkennung gefunden hatte —

und das nicht nur durch ihre Verbindungen und Kontakte zu Osteuropa — wurde zumindest stark dezimiert, wenn nicht gar gänzlich beseitigt. Unter den so abgewickelten Institutionen befanden sich Dutzende, die kaum etwas mit Ideologie oder Parteipolitik zu tun hatten. Darunter fallen sowohl die Auflösung der Akademie der Wissenschaften, die Demonstration des Biomedizinischen Forschungszentrums in Berlin-Buch, die Provinzialisierung der Humboldt-Universität zu Berlin als auch die Abwicklung des Meteorologischen Dienstes der DDR als die prägnantesten Fälle. Die Realität hält noch viele andere Beispiele parat, die kaum an die Öffentlichkeit kamen, in denen es aber auch um das Schicksal Hunderte Wissenschaftler, wissenschaftlicher Mitarbeiter und auch zahlreicher Studenten ging, die von heute auf morgen ihren Studienplatz wegrationalisiert sahen. Nicht nur in Fachkreisen bekannte Persönlichkeiten wie Prof. Klinkmann, Prof. Heinrich Fink oder Prof. Porstmann sondern auch viele andere zählten dazu, die ihren Arbeitsplatz verloren, degradiert und gedemütigt wurden. Auszug aus einem „Gutachten“ des Prof. Hans-Ulrich Wehler der Fakultät für Geschichtswissenschaft und Philosophie von der Universität Bielefeld über Prof. Siegfried Prokop, bis dato Geschichtsprofessor an der Berliner Humboldt-Universität: „Die gelegentlichen Lektüre seiner Veröffentlichungen vermittelte den Eindruck dogmatischer Strengegläubigkeit, ganz abgesehen davon, daß die Sprache von dem Parteichinesisch nicht zu unterscheiden war.“

Die Methoden der Auslöschung der DDR-Wissenschaft waren sehr vielfältig, begannen mit der einfachen Denunzierung als Stasi-Spitzel bis hin zur Nichtanerkennung von Hochschulabschlüssen. So wurde z. B. auf der Kultusministerkonferenz im Oktober 1991 der Unterschied zwischen verschiedenen „Gleichwertigkeiten“ herausgearbeitet, nach dem viele Abschlüsse keine „inhaltliche materielle“ Gleichwertigkeit besäßen. Die Entscheidungen über Abwicklung und Evaluation oblag den ins Land geschickten westdeutschen Wissenschaftlern, die in voller Selbstgerechtigkeit bei der Beurteilung ihrer Biografien die der ostdeutschen Wissenschaftler keinesfalls für gleichwertig anerkannten. Gehandelt wurde aber auch offen und direkt mit der Sprache der „Sieger“: „... von Mitarbeitern habe ich erfahren, daß Sie unter Berufung auf Ihren Status als früherer Hochschullehrer der Universität Leipzig beanspruchen, deren Mittel wie ein Emeritus zu benutzen ... Ich kann Ihr Verhalten nur als eine ganz bewußte Provokation einstufen ... daß es den Bürgern unseres freiheitlichen Landes nicht zuzumuten ist, Sie weiter in einer staatlichen Funktion zu beschäftigen ...“

Die Abrechnung erfolgt gründlich

Aufkeimender Widerstand in den betroffenen Institutionen und seitens vieler Wissenschaftler, wenn auch durchweg im Rahmen bundesdeutscher Rechtsprechung, wurde durch politische und administrative Maßnahmen eingedämmt und in der Phase der Hilflosigkeit rundweg abgeschmettert. So erklärte das Bundesverfassungsgericht in einem Urteil vom 24. 4. 1991 die Warteschleife für rechtens. Ermächtigungsurkunden verschafften den mit der Abwicklung beauftragten Personen alle Vollmachten. Die im Einigungsvertrag vorgesehenen unterschiedlichen Formen der Kündigung, die nicht automatisch hätten erfolgen dürfen, wurden rigoros angewandt, so daß die ostdeutschen Wissenschaftler zum Objekt einer verschärften Rechtsanwendung wurden.

„Schwarze Listen“ wurden erstellt und dienten den Abwicklern als interne Richtschnur für die Erteilung von Berufsverbot und Kündigungen. Solche Listen wurden vom Innenministerium bereits vor dem Beitritt verfaßt und legten Kategorien von Menschen fest, die nicht mehr im öffentlichen Dienst beschäftigt werden durften. Im Freistaat Sachsen wurden Listen bekannt, die namentlich unliebsame Personen aufführten, die zur Kündigung vorgeschlagen oder zur Nichtwiedereinstellung verfügt wurden. Die Praxis der diskriminierenden Fragebögen gehört nun zum alltäg-

lichen Leben in Ostdeutschland. Biografische Daten werden erfragt, die in der Regel zur politischen Einordnung des sich Bewerbenden führen. Sie enthalten Grundsätze, die zur Selbstbeziehung und Selbstaufgabe führen. Ein solcher diskriminierender Fragebogen, ausgearbeitet von der Universität Hannover-Historisches Seminar, nennt sich „Forschungsprojekt: Ärztliches Handeln und politische Verfolgung in SBZDDR“, das der Erhebung von Daten von Studenten, Hochschullehrern und Ärzten in der DDR diente.

Beispielhaft ist der Brief der Senatsverwaltung für Wissenschaft und Forschung Berlins an den damaligen Rektor der Hochschule für Ökonomie in Berlin. Herrn Professor Streich. Nachdem erklärt wird, daß die Landesregierung die Schließung der Hochschule beschlossen hat, wird deutlich der Hintergrund genannt, der zur sofortigen Schließung führte: „Es bedarf aber umgehender Klarheit hinsichtlich des Fortbestandes und der Entwicklung der Hochschulen im Ostteil der Stadt: Der Auftrag zur Herstellung einheitlicher Lebensverhältnisse auch im Land Berlin duldet keinen Aufschub ... Die abgewickelten Einrichtungen haben mit einem entsprechend geprägten Personalkörper jahrzehntelang wesentlich dazu beigetragen, die ideologischen, rechtlichen, pädagogischen und wirtschaftlichen Grundlagen für die Festigung und den Erhalt des SED-Regimes zu schaffen und bedürfen daher dringend der personellen und strukturellen Erneuerung.“

Mit Konsequenz wird die Ausgliederung der Intellektuellen Ostdeutschlands schließlich durch die Rentenreform betrieben. Der „soziale Rand“ wird erreicht, wenn man weiß, daß nach Berechnungen des Akademischen Ruhestandsvereins e.V. Berlin die Rente eines Universitätsprofessors Ost nur rund 40 bzw. 46 % der Rente eines Universitätsprofessors West betragen wird.

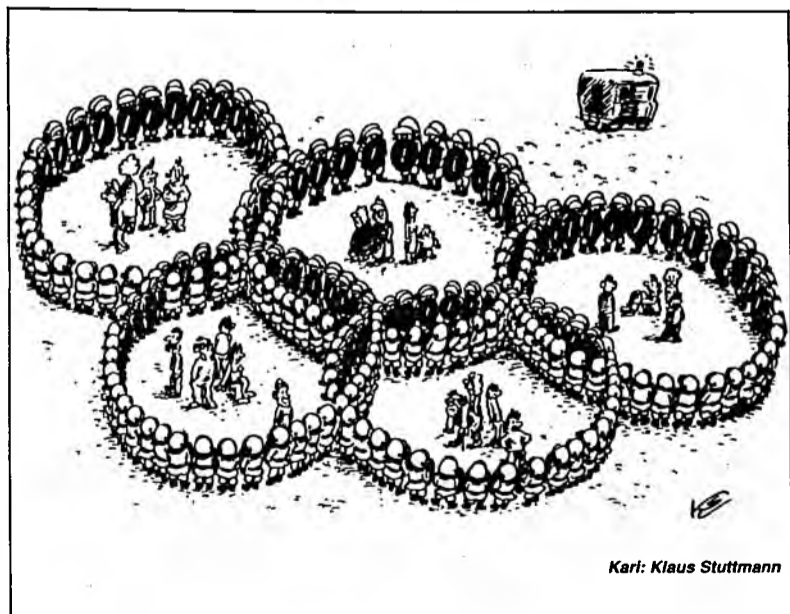
Kulturloser Umgang mit der Kultur der DDR

Zur Einführung einige Zahlen: In der DDR gab es rund 9500 Bibliotheken, 213 Theater, 821 Kinos, 88 Orchester, 190 Musikschulen. In den kulturellen Einrichtungen arbeiteten 1987 rund 30000 Berufskünstler. Die Ausgaben des Staatshaushaltes hatten sich seit 1975 bis zum Jahre 1987 auf 176,3 % erhöht. Der Kulturbund der DDR umfaßte 268033 Mitglieder. Es gab 79 Verlage, in denen z. B. 1987 6572 Bücher und Broschüren produziert wurden, die eine Auflagenhöhe von 148 Millionen erreichten. In der DDR existierten 719 Museen mit 1987 36,8 Millionen Besuchern. Vieles davon wurde abgewickelt, evaluiert und als unerwünschte Konkurrenz abgeschafft. Mittel wurden gestrichen und Existenzen zerstört.

Die geistige Elite Ostdeutschlands soll ausgewechselt werden, ein Vorgang, der in der Geschichte einmalig ist. Lebensleistungen werden vergessen gemacht und ein Teil der Identität des Volkes aus seinem Gedächtnis gestrichen. Unvergessen bleiben für Augenzeugen die massenhafte Vernichtung von Büchern und Tonträgern, die keineswegs nur politische Inhalte hatten. Es waren Kunstbände, Werke von Goethe und Schiller, Sachbücher und typografische Kleinodien, die auf Müllhalden gebracht und vernichtet wurden. Einige 10 Millionen Bücher wurden weggeworfen, um die Lager für das bunte westdeutsche Angebot freizumachen. Aufgelöst und geschlossen wurden nicht nur Buchstuben und Bibliotheken, abgewickelt wurden das DDR-Fernsehen, der DDR-Film und Rundfunksender. Die Akademie der Künste der DDR mußte weichen. Selbst Versuche, sich zu verkleinern, um zu überleben, scheiterten.

Von Gisela Steineckert: „Krieg ist im Lande der Sieger erklärt dem Besiegten den Schlachtenlärm zu lang entbehrtem Kolibri friß Staub und zeig Dein Leben her Mea Culpa, ich habe gelebt ein großes Wort und wie erklärt es sich ...“

Quelle: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde: „Unfrieden in Deutschland“ 2. Weißbuch, Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet, Berlin, Kolog-Verlag — (abe)



Geschafft! Die Schallmauer von 60 % Olympia-Befürwortern ist endlich durchbrochen, sogar um 1 % (!) übertroffen. Immer mehr Bundesprominenz macht sich für Berlin als Austragungsort stark. BMI Kanther will die Berliner Delegation aus Diepgen, Nawrocki, Edzard Reuter und Steffi Graf am 23. 9. in Monte Carlo stärken. Da es nur noch 5 Bewerbungen gibt (Sydney, Peking, Manchester, Istanbul, Berlin), und nach dem Besuch von IOC-Präsident Samaranch am 16. 8. rechnet sich Berlin bessere Chancen aus, sagte dieser doch: „Wenn die Deutschen etwas wollen, bekommen sie es normalerweise.“ — Auch, wenn die Mittel rechtswidrig sind, wie die Olympia-Werbung an den Polizeifahrzeugen beispielsweise. Für den 23. September wird eine große Jubelfeier am Brandenburger Tor vorbereitet. Die Olympia-Gegner bereiten ihrerseits ein Fest im „Tränenpalast“ vor. Hoffentlich können sie Tränen lachen.

Karikatur aus Berliner Linke Nr. 33/93 — (har)

Regierung nicht bereit, ausgetretene Pfade der Ausländerdiskriminierung zu verlassen

Zweimal beschäftigten sich die sächsischen Landtagsabgeordneten mit Asylfragen, zum einen zur von der CDU beantragten Aktuelle Debatte zur Asylreform, zum anderen zur Großen Anfrage der Fraktion Linke Liste-PDS.

MdL Steffen Tippach, Ausländerbeauftragter der LL-PDS, entlarvte die Demagogie der CDU schon am Thema „Asylreform“. Zwei Wochen Praxis bekräftigten, daß nichts reformiert ist, daß das Asylrecht als individuelles Grundrecht de facto abgeschafft ist. Asylunterkünfte leerten sich, Massenabschiebungen und Zurückweisungen funktionierten prima.

Dabei störte nicht mal, daß sämtliche sogenannte Nichtverfolgerstaaten im letzten Report von „Amnesty International“ zum Teil massiver Menschenrechtsverletzungen beschuldigt wurden. Demagogisch seien die Diskussionen zu Fluchtursachen.

Die BRD gewährte laut VOX dem früheren somalischen Staatschef S. Barre 89 Mio. DM Militärhilfe und schickt nun als Friedensengel ihre Kolonialtruppen nach Belet Uen, um das Zeug auch wieder einzusammeln. Mit China und

dem Irak erkindele die BRD profitable Handelsbeziehungen trotz Massenhinrichtungen und illegaler Oppositionsunterdrückung.

Indonesiens Diktator Suharto bekommt locker 39 NVA-Kriegsschiffe aus Kohls Schatztruhe, so als ob 200000 tote Menschen nicht ausreichen.

Demokratie in Algerien ist auch nur so lange gut und richtig, wenn nicht die Falschen bei freien und geheimen Wahlen die Mehrheit erringen. Nicht zuletzt: Deutschlands Vorstoß auf Platz drei der weltgrößten Waffenexporteure, nur um Haaresbreite von Rußland verdrängt, zeige doch wohl sehr unterschiedliche Auffassungen von Entwicklungshilfe.

Menschenrechte sind teilbar, wenn es denn der Nation und der Kasse nutzt. Hier schließt sich der Kreis, betonte Steffen Tippach. Einerseits tatkräftigst Fluchtursachen mit hervorgerufen, und andererseits den Fliehenden die Tür weisen. Diese Auffassung von pragmatischer Politik ist widerlich und menschenverachtend.

Das politische Antwortsegment der Regierung auf die Große Anfrage der LL-PDS fiel so aus wie erwartet, be-

merkte MdL Tippach. Nämlich nichts-sagend bis ausweichend, maufaul und am Thema vorbei.

Auf die Frage nach Verletzung der Menschenwürde durch Zwangs-Aids-tests erfolgte ein cooles Nein, und solche Begründung, wie: Man wolle „die Befürchtung der Bevölkerung widerlegen, die Flüchtlinge würden massenweise ansteckende Krankheiten ins Land schleppen“.

Sei der Innenminister schon mal auf die Idee gekommen, sein Vermögen offenzulegen, um die Befürchtung der Bevölkerung zu widerlegen, Politiker würden massenhaft illegal „Knete abzocken“?

Während der Innenminister sich dank geballter Kraft mehrerer Deutschlehrbücher die Begründung abringt, warum Herr Geisler sich nicht von 8 DM täglich ernähren könne, mutmaßt sein Ministerium dagegen, daß mit fast demselben Betrag AsylbewerberInnen rundum mit Nahrungsmitteln aus Kartons und Asietten „abgefüttert“ werden können. Fast zynisch die Begründung, warum AsylbewerberInnen weniger Fläche zu steht als dem durchschnittlichen kern-

deutschen Hund, denn „der Flüchtling ist nur vorübergehend da, im Gegensatz zum Hund“...

Das Innenministerium unterstelle den Flüchtlingen global, sie würden ihre Kinder verhungern lassen, so sie Bargeld in die Hand bekämen. Defizite in der Sozialbetreuung sollten zwar ausgeglichen werden, aber wie, von wem und womit, ist wohl eine Frage für das Orakel von Delphi, aber nicht eine für die Staatsregierung...

Nach der vollmundigen Ankündigung einer großzügigen Bleiberechtsregelung für VietnamesInnen und den tatsächlichen Inhalten der Beschlüsse der Innenministerkonferenz stelle sich doch die Frage, was im Endeffekt übrigbleibe bei sechs Wochen und dann Abschiebung, wenn keine Arbeit gefunden ist.

Das bei der Arbeitsmarktlage und der Stellung als nachrangig vermittelbar...

MdL Tippach zog das Fazit: Die sächsische Regierung ist nicht bereit, die ausgetretenen Pfade der Diskriminierung von AusländerInnen in Deutschland zu verlassen.

entnommen aus: *Parlament von links* vom 29.7.1993

Zahlen und Fakten

- * Am 31.12.1992 hatten 51393 Ausländer ihren Wohnsitz im Freistaat Sachsen, davon 33761 Männer, 12078 Frauen und 5554 Kinder.
- * Eingebürgert wurden im Jahre 1991 609 Personen, im Jahre 1993 1779 Personen.
- * Die Zahl der Gewerbeanmeldungen von Ausländern und die dadurch geschaffenen Arbeitsplätze sind der Staatsregierung nicht bekannt.
- * Nach dem Stand vom 27.4.1993 befanden sich 26509 Asylbewerber in Sachsen im Asylverfahren. Herkunftsländer sind Rumänien (37%), ehemaliges Jugoslawien (15%), Vietnam (9%) und Bulgarien (7%). Die Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber beim Regierungspräsidium Chemnitz hat 1992 12410 Asylanträge angenommen. Per 31.12.1992 weist der Ausländerzentralregister-Auswertungsdienst für Sachsen 664 abgelehnte und 37 zurückgenommene Anträge aus. 11678 Verfahren sind offen. Zum gleichen Zeitpunkt lebten in Sachsen 31 Asylberechtigte, 76 Ausländer mit Duldungen und 66 Asylbewerber haben eine asylunabhängige Aufenthaltsgenehmigung nach Rücknahme des Antrages (hauptsächlich nach Heirat mit einer/einem Deutschen).
- * Von Oktober bis März 1993 wurden in Sachsen 300 abgelehnte Asylbewerber abgeschoben, davon 1992 178.
- * Im Freistaat Sachsen gibt es mit Stand Ende April 1993 111 Asylbewerberunterkünfte mit rund 11000 Plätzen. Von den Unterkünften werden 7 vom Land, 45 von kreisfreien Städten, 7 von freien Trägern und 52 von Privatbetrieben betrieben.
- * Die Staatsregierung plant in Chemnitz und Leipzig Sammelunterkünfte durch den Umbau früherer russischer Kasernen mit einer Kapazität von 1500 bzw. 1000 Plätzen. Die Betreuung ist noch offen.
- * Im Dezember 1992 besuchten in Sachsen 836 ausländische Kinder öffentliche Schulen, 98 Kinder besuchen regelmäßig eine Kindertagesstätte. Diese Zahlen erfassen ausländische Kinder allgemein, nicht nur Kinder von Asylbewerbern.
- * Der Haushaltsplan des Landes Sachsen enthält keine Mittel für Sprachkurse oder die berufliche Aus- und Weiterbildung von Flüchtlingen.
- * Im Freistaat Sachsen wurden 1991 4879 und 1992 9005 Aussiedler aufgenommen. Im Jahr 1993 wird eine Zuwanderung von 13000 Aussiedlern erwartet. Zur Zeit sind in Sachsen 8565 Aussiedler vorläufig untergebracht, etwa 900 wohnen in eigenen Wohnungen. Die ersteren stammen hauptsächlich aus der ehemaligen Sowjetunion (7908 Personen), Polen und Rumänien. Für sie stehen insgesamt 156 Objekte mit einer Kapazität von 11239 Plätzen zur Unterbringung zur Verfügung.
- * 7317 Ausländer, die nach Regierungsabkommen der DDR mit den jeweiligen Staaten in der DDR ein Ausbildungs- bzw. Arbeitsverhältnis hatten, befinden sich derzeit in Sachsen, davon 92,7% Vietnamesen. Insgesamt haben 2031 eine Aufenthaltserlaubnis, davon 1640 befristet. Die übrigen haben Aufenthaltsbewilligungen oder Duldungen.
- * 1992 wurden in Sachsen 604 rechts-extremistische Straftaten festgestellt, davon 287 fremdenfeindlich motivierte.
- * Gegen Ausländer wurden 1992 vier Straftaten gegen das Leben, drei Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung und 148 Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit begangen.
- * Die Aufklärungsquote bei Straftaten gegen Ausländer gesamt betrug 1992 55,5%. Bei rechtsextremen Straftaten lag die Quote bei 37,6%.
- * Aufgrund der im Vergleich zur Gesamtkriminalität geringen Anzahl von Straftaten, die gegen Ausländer verübt wurden, erfolgte in der Statistik für 1991 keine detaillierte Auswertung der gegen Ausländer verübten Straftaten.

Die Daten wurden der Antwort der Sächsischen Staatsregierung auf die Große Anfrage der LL-PDS entnommen. Der vollständige Wortlaut kann angefordert werden bei: Fraktion Linke Liste-PDS im Sächsischen Landtag, Holländische Straße, 01067 Dresden

Welch ein Zynismus oder:

Wer den Schaden hat, braucht für den Spott...

Unter der Überschrift „Roma-Familien verließen auf eigenen Wunsch die Stadt“ veröffentlichte die *Leipziger Volkszeitung* in ihrer Ausgabe vom 23. Juli die-

wortung los. Abgeschoben auf eigenen Wunsch — so hätte eigentlich die Überschrift in der LVZ lauten müssen.

Als die Roma in Deutschland einrei-

72 Asylbewerber wollten wieder nach Rumänien

Roma-Familien verlassen Leipzig

Leipzig (EB/tv). Innerhalb von wenigen Stunden hat gestern die Stadt Leipzig die Ausreise von 72 als Asylbewerber in der Teslastraße lebenden Roma ermöglicht. Sie hatten nach der Umstellung von Verpflegungsgeld auf Lebensmittelgutscheine am Mittwoch gesagt, unter den veränderten Umständen wieder zurück in ihre Heimat zu wollen. „Wir haben ihrem Wunsch entsprochen“, sagte Doris Michalke von der Ausländerbehörde. Zwei Busse brachten die Familien zum Flughafen Berlin-Schönefeld, wo eine

Chartermaschine sie noch am Abend nach Rumänien fliegen sollte.

Die Stadt erhoffte sich von der Ausreise auch eine „allgemeine Entspannung der Situation“, sagte Lutz Burger vom Dezernat Recht, Ordnung, Sicherheit. In der Vergangenheit waren Roma immer wieder in Zusammenhang mit Straftaten genannt worden.

75 Roma hatten sich am Mittwoch zur Ausreise bereit erklärt. Gestern vormittag war ihre Zahl sogar auf 94 gestiegen. Etliche waren zur Abreise aber nicht erschienen. Seite 9

ses Jahres auf Seite 9 einen Bericht über die Rückkehr von AsylbewerberInnen nach Rumänien. „Den ganzen Vormittag waren Gruppen von Asylbewerbern mit prallgefüllten Einkaufstüten die Teslastraße entlanggezogen. Fast alle der ausreisewilligen Roma hatten noch einen Großeinkauf gemacht und die Lebensmittelgutscheine der Stadt in den nahen Supermärkten eingelöst: Weinbrand, Haarspray, Shampoo, Kaffee lugt aus den Tüten heraus.“ Wie groß können ein Einkauf und wie prall Einkaufstüten sein, die mit Waren im Werte von 42,50 DM oder 17 DM gefüllt sind? Denn dies sind die Summen, die Asylbewerber in Leipzig seit dem 19. Juli zweimal alle 14 Tage in Form von Gutscheinen erhalten (siehe auch untenstehenden Kasten).

Verfolgung und Rassismus in Rumänien, dem Land, aus dem die Roma kamen und in dem sie die Ärmsten der Armen sind, nehmen einige der Asylbewerber lieber in Kauf als neben dem offenen den hinter Papierwänden, Gesetzen, Verordnungen und Schreibtischen versteckten, formalen Rassismus in Deutschland. Sie zogen ihre Asylanträge zurück. Bei LVZ-Autor J. ter Vehn liest sich das so: „Innerhalb weniger Stunden hat gestern die Stadt Leipzig die Ausreise von 72 als Asylbewerber in der Teslastraße lebenden Roma ermöglicht. Sie hatten nach der Umstellung von Verpflegungsgeld auf Lebensmittelgutscheine am Mittwoch gesagt, unter den veränderten Bedingungen wieder zurück in ihre Heimat zu wollen. Wir haben ihrem Wunsch entsprochen“, sagte Doris Michalke von der Ausländerbehörde.“ Gegen 15 Uhr startete der Bus. Die Stadt erhoffte sich von der Ausreise auch eine allgemeine Entspannung der Situation in Leipzig, sagte Lutz Bergner vom Dezernat Recht, Ordnung, Sicherheit. Dies wird er sicher erleichtert gesagt haben, denn nun ist die Stadt jegliche Verant-

sten, war ihr einziger Wunsch, Asyl in diesem Land zu erhalten, nach ihren Traditionen menschenwürdig leben zu können. Was ihnen entgegenschlug, war Kälte, Vorurteile und daraus resultierend Mißtrauen. Kälte, weil dem größten Teil der deutschen Bevölkerung noch immer das Hemd näher ist als der Rock. Vorurteile und Mißtrauen, weil die Vorstellung vom „bettelnden, stinkfaulen Zigeuner“ tief verwurzelt und gut geschürt wurde. Auch in der DDR.

Hinzu kam deutsche Gründlichkeit und Bürokratie. Ganz unbürokratisch allerdings wurde in kürzester Zeit die Reise zum Berliner Flughafen und noch am selben Abend der Flug mit einer Chartermaschine nach Rumänien ermöglicht. „Wir haben ihrem Wunsch entsprochen“ — so die Ausländerbehörde. Der Wunsch nach Asyl verhält in deren Räumen. — (Beate Roch)

Umtauschaktion

Die Autonome Flüchtlingshilfe Kahina organisierte in Leipzig solidarische Umtauschaktionen: Deutsche tauschen die Lebensmittelgutscheine gegen Bargeld. Sie werden damit in den entsprechenden Kaufhallen einkaufen gehen.

Kahina ruft alle Humanisten auf, es ihr gleich zu tun. In Städten und Gemeinden, in denen Asylbewerber leben, sollten konkrete Adressen oder Treffpunkte bekanntgegeben werden, wo Lebensmittelgutscheine eingetauscht werden. Mit diesem zivilen Ungehorsam soll dem „Asylbewerberleistungsgesetz“ ein Strich durch die Rechnung gemacht werden.

Weg mit dem Asylbewerberleistungsgesetz

Seit Montag, dem 19. Juli 1993 sind AsylbewerberInnen in der Stadt Leipzig einer weiteren Reglementierung und Schikane unterworfen. Entsprechend dem sogenannten „Asylbewerberleistungsgesetz“, das im Zusammenhang mit der Abschaffung des Grundrechts auf Asyl verabschiedet wurde, erhalten Flüchtlinge zur Deckung ihres Bedarfs an Lebensmitteln künftig nur noch Gutscheine. Noch diskriminierender ist die Regelung im Landkreis, wo neben monatlichen 60 DM Lebensmittelpakete verteilt werden, in denen — wie die Erfahrungen der letzten beiden Wochen zeigen — oft auch verdorbenes Brot u.ä. angeboten werden.

In Leipzig Stadt erhalten Flüchtlinge alle 14 Tage 119 DM in Gutscheinen (zweimal à 42,50 DM und zweimal à 17 DM). Diese Scheine sind allerdings nur 10 Tage gültig, d.h. an vier Tagen kann überhaupt nicht eingekauft werden. Außerdem muß jeder Gutschein seinem Wert entsprechend vollständig eingelöst werden, weil die Kaufhallen der Kette *markt frisch*, die per Vertrag mit der Stadt als einzige diese Scheine entgegennimmt, kein bares Wechselgeld herausgeben dürfen. Auf frisches Brot z.B. wird weitgehend verzichtet werden müssen.

Neben den Gutscheinen erhalten AsylbewerberInnen alle 14 Tage noch 28 DM in bar, d.h. 2 DM täglich! So kann ein Flüchtling aus Grünau z.B. täglich mit der Straßenbahn in die Innenstadt und zurück fahren. Mehr nicht! Allerdings: Flüchtlingsberatungsstellen, Orte, wo Deutschkurse angeboten und genutzt werden oder für AusländerInnen attraktive Veranstaltungsorte liegen zumeist im Stadtzentrum. Es bleibt also kein Geld mehr für ein Getränk in einem Cafe, einen kleinen Imbiß auf der Straße, eine ausländische Zeitung (denn die gibt es bei *markt frisch* nicht!), Telefon und sonstige Postgebühren, Veranstaltungen wie Kino oder Disko.

Flüchtlinge sollen also in ihrer Mobilität noch weiter eingeschränkt werden. Abgesehen davon kann mit 56 DM monatlich kein Rechtsbeistand bezahlt werden. Ja nicht einmal die Fahrt nach Chemnitz, wo Flüchtlinge vor einem Entscheider des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge im Rahmen ihres Asylverfahrens angehört werden müssen.

Die Anwendung des „Asylbewerberleistungsgesetzes“ entspricht in Leipzig Land und Stadt keinesfalls den realen Gegebenheiten. Dieses Gesetz ist zugeschnitten auf die seit Inkrafttreten des neuen Asylgesetzes am 1. Juli 1992 gesetzlich geforderten ZASTen, d.h. Aufnahmelager für mehr als 1000 Flüchtlinge, die in einem diskriminierenden Schnellverfahren abgefragt werden sollen. Wir fordern die sofortige Wiedereinführung von Geldleistungen für die AsylbewerberInnen in Leipzig Land und Stadt!

— Autonome Flüchtlingshilfe Kahina

Sachleistungen gewährleisten eine vollwertige und spezifische Ernährung

Aus der Antwort der Sächsischen Regierung auf die Anfrage der LL-PDS:

Was veranlaßt die Staatsregierung, die Versorgung von Asylsuchenden künftig mit Sach- statt mit Geldleistungen zu praktizieren?

Schon jetzt erhalten Asylbewerber im Freistaat Sachsen Gemeinschaftsverpflegung oder, soweit ihre Unterkünfte Kochgelegenheiten enthalten, Paketverpflegung. ... Damit wird vermieden, daß bar ausgezahltes Verpflegungsgeld sachfremd eingesetzt wird (Bezahlung von Schleppern, Kauf von Autos u.a. Konsumartikeln, Kauf von Genußmitteln, Zurücksetzung des Ernährungsbedürfnisses von Kindern).

Ist die Staatsregierung der Auffassung, daß die Versorgung von AsylbewerberInnen mit Sachleistungen derzeit und in Zukunft eine vollwertige und spezifische Ernährung gewährleistet?

Ja. Plant die Staatsregierung im Zusammenhang mit der Kürzung von Soziallei-

stungen für AsylbewerberInnen um 25 % ebenfalls eine Einschränkung finanzieller Zuwendungen?

Im Vollzug des im Entwurf vorliegenden Flüchtlingsaufnahmegesetzes muß die Verwaltungsvorschrift überarbeitet werden, die derzeit die Erstattung der Kosten für die Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern regelt. Dabei müssen die Leistungen für Ernährung, Bekleidung und persönliche Bedürfnisse auf das in der Beratung befindliche Asylbewerberleistungsgesetz des Bundes abgestimmt werden. Zu welchen Veränderungen es kommen wird, kann noch nicht gesagt werden.

Ist der Staatsregierung das Urteil des Obergerichtes Lüneburg (Aktenzeichen 4 M 317-93) bekannt, in dem ausgesagt wird, daß AsylbewerberInnen „in der Regel“ Anspruch auf Bargeld haben?

Ja. Die Staatsregierung hält sich jedoch an die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, die Sachleistungen für Asylbewerber billigt.

Zur Neuwahl der Hamburger Bürgerschaft — nötig geworden durch ein Urteil des Verfassungsgerichts, das verfassungswidrige Praktiken der CDU bei der Aufstellung der Listen rügt — kandidiert die WählerInnenvereinigung Linke Alternative — Wehrt Euch. Trotz der knappen Frist von wenigen Wochen gelang die Bildung eines relativ breiten linken Bündnisses, das von Mitgliedern aus Alternativer Liste, BWK, DKP, Lesbenring e. V., MLPD, PDS/LL, Volksfront, VVN-BdA unterstützt wird und inzwischen die formalen Hürden für die Kandidatur genommen hat. Mit der Politischen Erklärung liegt ein Dokument vor, das den in der Diskussion erreichten Stand festhält und Basis für die Zusammenarbeit auch über den Wahltag hinaus ist.

Politische Erklärung

Warum wir kandidieren

Die Neuwahlen im September 1993 zur Hamburger Bürgerschaft, die den HamburgerInnen verordnet wurden, sind nicht Folge vermeintlicher parlamentarischer Selbstheilungskräfte. Vielmehr handelt es sich um den Versuch, dem zunehmenden Zweifel an der Glaubwürdigkeit und Lauterkeit von Repräsentanten des parlamentarischen Systems in der Bevölkerung zu begegnen. Das Urteil des Hamburger Landesverfassungsgerichts verlangt aber lediglich das Aufstellen einer KandidatInnenliste nach formal-demokratischen Prinzipien. Das ändert nichts daran, daß das oberste Prinzip der Rathausparteien Machterhalt mit allen Mitteln ist. Auch zunehmende Nichtbeteiligung an Wahlen ist nicht gleichzusetzen mit einer generellen Absage an den Parlamentarismus. Sie, allein genommen, ist auch noch keine eindeutige Äußerung linker Politik.

- In einer Situation, in der
- Mordanschläge gegen ImmigrantInnen, Flüchtlinge, Behinderte und Obdachlose,
 - die Abschaffung des Asylrechtes,
 - das reaktionäre Paragraph-218-Urteil,
 - die Ausbeutung von Gewerkschaftsrechten,
 - massenhafte Verelendung, Wohnungsnot und Obdachlosigkeit

dazu führen, daß viele Menschen die Schnauze voll haben und parlamentarischen Wahlen den Rücken kehren, fühlen sich Neofaschisten bestätigt und versuchen, ihre Politikvorstellungen über die Ordnung der Welt noch dreister durchzusetzen als bisher.

Die Entprechung menschenfeindlicher Innenpolitik ist eine aggressive Außenpolitik der Bundesregierung, die versucht, in andere Länder hineinzuregieren, bis hin zum klaren Kriegskurs unter dem Deckmantel humanitärer Blauhelmeinsätze in aller Welt.

Salonfähiger Rassismus, gigantische Umverteilungspolitik von unten nach oben und nationalistisches Großmachtstreben, Positionen, an denen die SPD eifrig mitwirkelt, schaffen zu den Hamburger Bürgerschaftswahlen eine Situation, in der wir unseren Anspruch auf ein befreites Leben ohne Krieg und Ausbeutung aufgeben müßten, wenn wir als Hamburger Linke keine deutliche Gegenposition beziehen würden.

Wir haben uns gefragt: Ist denn die zersplitterte Linke fähig, diese Kritik gemeinsam zu formulieren und diese z. B. auch in Zeiten von Wahlen vorzubringen?

Lohnt es sich überhaupt zu kandidieren? Werden wir damit nicht zu Erfüllungshelfen eines Parteiensystems, das wir als korrupt ablehnen? Sollten wir nicht lieber die Wahl boykottieren, wie es viele Nicht-WählerInnen tun?

Wir halten es stattdessen für sinnvoller, diese Kritik am kapitalistischen System laut und überall zu formulieren und sie auch in Wahlen zählbar zu machen.

Wir haben uns zusammengeäußert und legen ein Ergebnis vor:

Wir sind überzeugt, daß eine konsequent oppositionelle Wahlplattform all denen eine Möglichkeit gibt, für linke Inhalte zu demonstrieren, die es nicht durch Stimmenthaltung den Wahlforschern überlassen wollen, zu entscheiden, welchem politischen Lager sie zugerechnet werden. Es gibt die Opposition links von der GAL! Der nützliche Nebeneffekt: Durch eine höhere Wahlbeteiligung können wir dafür sorgen, daß der prozentuale Anteil faschistischer Parteien gedrückt wird. Über einen Einzug unseres Bündnisses in die Bürgerschaft hegen wir allerdings keine Illusionen. Für uns kommt es darauf an, gemeinsam Politik im außerparlamentarischen Kampf zu entwickeln.

Wir kandidieren als ein Wahlbündnis, das aus Personen verschiedener linker

„Linke Alternative — Wehrt Euch“ kandidiert zur Hamburger Bürgerschaftswahl

Gruppierungen, Initiativen und Parteien besteht. Wir wissen, daß die Krise der bürgerlichen Parteien auch die nichtbürgerlichen Parteien trifft. Deshalb wurden auch Initiativen aufgerufen, sich zu beteiligen.

Wir können kein geschlossenes Programm vorlegen, und wir haben auch keine Regierungsverantwortung im Hinterkopf. Wir sind uns aber in den zentralen Punkten der Kritik der herrschenden Politik einig:

- gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus
- gegen das Patriarchat
- gegen Kriegskurs und Rüstungsexporte
- gegen die weitere Stärkung der Staatsgewalt
- gegen die Politik der Umverteilung von unten nach oben
- gegen menschenfeindliche Stadtpolitik

Von vielen Leuten, die mit der Stadtpolitik unzufrieden sind, hören wir von der Hoffnung auf „Rot-Grün“; mit der Wahl der GAL werden vage Hoffnungen auf Schadensbegrenzung durch Eindämmung der SPD-Macht und kurzfristige Verbesserungen im sozialen Bereich sowie der Besitzstandswahrung im Kampf um Staatsknete verbunden. Der ÖTV-Bezirksvorstand und die Hamburger Vorsitzenden von DGB und GEW teilen diese Hoffnungen. Dies halten wir angesichts der GAL-Wahlplattform, in der auf jede konkrete Forderung verzichtet wird, für eine Illusion. Im „Teile und Herrsche“-Kalkül der SPD kann die GAL herangezogen werden, um dieses oder jenes soziale Projekt kurzfristig zu befrieden. Denn je mehr sich die GAL kapitalistischer Sachzwanglogik unterwirft, desto weniger kann sie sich aus dem Rahmen der Deregulierung herausmogeln.

Antipatriarchalisch, antinational, antikapitalistisch, antirassistisch — gegen den Zeitgeist

Gegen Rassismus, Nationalismus und Faschismus

Leitlinie unserer antirassistischen Grundhaltung ist die Ablehnung sogenannter Rassenstheorien. Es gibt keine genetisch festgelegten sozialen Merkmale. Eine solche biologische Unterscheidung, die Menschen auf einen niederen oder höheren Wert festlegt, bekämpfen wir. Der Versuch, das eigene Selbstwertgefühl, Macht und Privilegien auf diese Weise zu sichern, ist rassistisch und dient vorrangig der Stärkung von Hierarchien. Deshalb haben viele Leute zutage die Befürchtung, die Gesellschaft werde sich faschistoid entwickeln.

Jeder Form von Verharmlosung des latenten und offenen Rassismus und Nationalismus in Deutschland treten wir entgegen. Deutschland hat über das Maß der sonst üblichen imperialistischen und kapitalistischen Erscheinungen wie Rassismus, Antisemitismus, Kolonialismus hinaus mit zwei Weltkriegen und dem Faschismus eine besonders aggressive Strategie verfolgt, die in der bürgerlichen Demokratie wirkt.

Die Kritik, der herrschende Repressionsapparat sei „auf dem rechten Auge blind“, geht also von völlig falschen Voraussetzungen aus. Die Herrschenden instrumentalisieren rassistische Ideologie und Terror zur Unterstützung ihrer reaktionären und konservativen Politik. Die Abschaffung des Asylrechtes durch den Bundestag bestätigt die Argumentation der Faschisten und macht sie damit gesellschaftsfähig.

Die Integration von Rassisten und Rassistinnen, Faschisten und Faschistinnen über Dialoge, Sozialarbeit und Zulassung der Massenverbreitung durch Medien ist nicht unser Anliegen. Aber auch Verbote rassistischer/faschistischer Organisationen/Parteien werden obrigkeitshörige Menschen nicht davon abbringen, ihre Entscheidungen und Positionen zurückzunehmen. Die Diskussion hin zu einem Verbot solcher Parteien, die Anwendung von Gesetzen gegen Diskriminierung und Rassismus kann dennoch neben dem erforderlichen Schutz der Opfer struktureller Gewalt auch einen politisch aufklärenden Sinn haben und teilweise den Parteibildungsprozeß und das öffentliche Auftreten der rassistischen und faschistischen Parteien und Organisationen behindern.

Das erforderliche gesellschaftliche Klima und eine andere aktive politische Grundhaltung in der Mehrheit der Bevöl-

kerung sind die wichtigsten Voraussetzungen zur Verhinderung von sich gewaltsam ausbreitendem Sexismus, Rassismus, Nationalismus und Faschismus. Deshalb wirken wir für die gesellschaftliche Ächtung und Unduldsamkeit gegenüber VertreterInnen dieser Politik und Praxis. Wir werden uns den Ideologien und Praktiken der Neuen Rechten (z. B. auch Öko-Kulturalismus, Esoterik-Bewegung) entgegenstellen, gleich in welcher Weise sie sich äußern. Rassismus begründet sich auch durch die Ablehnung „kultureller Durchmischung“ und die Hervorhebung „kultureller Eigenarten“ in Konzepten wie der sogenannten multikulturellen Gesellschaft. Wir lehnen jede staatliche Abschottungs- und Abschiebepolitik ab. Als Teil dieser Politik lehnen wir die Debatte um Einwanderungsgesetze und Zwangsarbeit generell ab.

Kriegerische, gewalttätige Auseinandersetzungen und politische Unterdrückung nehmen zu, die Zahl ökologischer Katastrophen steigt dramatisch, Millionen von Menschen sind arm bis hin zum Hungertod, sexistische Verfolgung und Menschenhandel mit Kindern und Frauen nehmen zu. Deshalb müssen Menschen notwendigerweise solche anderen Regionen aufsuchen, die ihnen, wie sie hoffen, eine Überlebenschance bieten.

Jeder Mensch muß ein Bleiberecht in Deutschland und Europa erhalten. Das nunmehr gänzlich seines Gehalts entkleidete Asylrecht hat diesem Sachverhalt schon bisher bewußt nicht Rechnung getragen.

Hamburg rühmte sich immer schon, die höchste Abschieberate in der Bundesrepublik zu haben. Gleichzeitig monierte Innensenator Hackmann, daß immer noch zu viele ImmigrantInnen und Flüchtlinge Aufenthalt in Hamburg hätten. Er benannte nicht die Tatsache, daß dieses seine Gründe hat: Zum einen haben viele Begegnungs- und Beratungsstellen, politische SozialarbeiterInnen, ÄrztInnen, AnwältInnen und engagierte Einzelpersonen — bis hin zur eigenen Existenzgefährdung — für die Rechte von ImmigrantInnen und Flüchtlingen geradegestanden. Zum anderen leben viele in der Illegalisierung, oftmals nur kläglich von Bekannten und Verwandten unterstützt. In den 80er Jahren wies die sozialdemokratische Regierung die Kritik an der Unterbringung von ImmigrantInnen und Flüchtlingen zurück: Dieses wären keine „Lager“, sondern „Gemeinschaftsunterkünfte“. Heute ist Hamburg wieder dabei: Die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) kann 2500 Menschen auf Schiffen verwalten. Die Sozialdemokraten lehnten Zuzugssperren ab: Heute fordern sie sie ein, so z. B. für das Karo-Viertel.

Gegen den aufkommenden Rassismus in Hamburg setzte Bürgermeister Vöscherau das Verbalprojekt „Hamburg hat ein Herz für Fremde“ — reicht den Fremden die Hand! — Wenn heute die Hand gegen ImmigrantInnen und Flüchtlinge gehoben wird, und dieses in allen staatlichen Institutionen, stellt sich der Innensenator schützend vor diese GewalttäterInnen in der Ausländerbehörde und der Polizei. SozialdemokratInnen in Hamburg haben in vielen Bereichen eine Vorreiterrolle übernommen: so z. B. in der Abschiebung in Krisen- und Kriegsgebiete, in der Kürzung der Sozialhilfe für Flüchtlinge, in der Vornahme der Abschiebung in sogenannte gesicherte Drittländer.

Als Bündnis konsequenter AntifaschistInnen lehnen wir es ab:

- SchreibtischtäterInnen, AnstifterInnen, BrandstifterInnen und MitläuferInnen aus der Verantwortung zu nehmen,
- Argumente zur antifaschistischen Arbeit zuzulassen, die die gegenwärtige Gefahr verharmlosen, indem sie sie etwa zum pädagogischen Problem erklären,
- die Diskussion um Faschismus zu reduzieren auf Gewalt und/oder Rassismus und/oder Jugendprobleme und/oder Perspektivlosigkeit und Werteverlust,
- die Forderung nach konsequenter Emanzipation sowohl des Individuums als auch von Gruppen von Menschen, aus welchen Gründen auch immer, aufzugeben,
- antifaschistische und antirassistische Forderungen zur Verschärfung der staatlichen Repression und zum Ausbau des Überwachungsstaates mißbrauchen zu lassen.

Wir halten an dem Gleichheitsgrundsatz fest, auch wenn wir noch weit davon entfernt sind, die Ursachen von Rassismus,

Nationalismus und Faschismus wirksam zu bekämpfen und andere emanzipatorische, soziale, ökonomische, politische Systeme aufzubauen. Dieser Gleichheitsgrundsatz beinhaltet die Akzeptanz der Unterschiedlichkeit von Menschen, auch die Akzeptanz der Wahrnehmung unterschiedlicher Interessen.

Ein Teil der Übernahme von Verantwortung für unsere vorteilhaftere Lebenssituation in diesem Land — im Gegensatz zu der anderer Länder — ist das Festhalten an diesen Grundsätzen und der Einsatz für die existentielle und politische Gleichstellung für alle.

Offene Grenzen — Bleiberecht ist Menschenrecht

Mit der faktischen Abschaffung des Rechts auf Asyl und der Ausweitung des rassistischen Sondergesetzes gegen MigrantInnen hat die Forderung „Bleiberecht ist Menschenrecht“ an Bedeutung zugenommen. Mit der Abschaffung des individuellen Rechts gegenüber dem Staat ist dieser noch in seiner Willkür und Macht gestärkt.

Wir unterstützen jede emanzipatorische Forderung, die MigrantInnen und Flüchtlinge darin stärkt, ihr Leben selbstbestimmt zu gestalten. Wir müssen jede Kraft nutzen, die sie darin unterstützt, ihre Möglichkeiten zur Freizügigkeit, Existenzsicherung und politischen Betätigung zu erweitern.

Gegen das Patriarchat

Anti-patriarchale Politik bedeutet, auf allen Ebenen politischer und kultureller Arbeit patriarchale Strukturen und Prinzipien sichtbar zu machen, dagegen und an der Vision einer nicht-patriarchalen Gesellschaft zu arbeiten. Feministische Politik bedeutet, die besondere Situation von Frauen und Lesben im Patriarchat, ihre Benachteiligung und Diskriminierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen auf Grund des Geschlechts zu thematisieren und dagegen zu handeln.

Benachteiligung auf Grund des Geschlechts ist eine Erfahrung, die Frauen und Lesben bereits in der patriarchalen Familie erleben, ebenso sind viele Mädchen hier sexueller Gewalt von seiten männlicher Familienangehöriger ausgesetzt. Innerhalb der patriarchalen Familie sowie über das Umfeld (Schule, Kindergarten etc.) wird Mädchen die „Frauenrolle“ ansozialisiert. „Weibliche“ Eigenschaften sind nicht angeboren, und die biologische Fähigkeit, Kinder zu gebären, darf nicht der Grund für die Zuweisung der Mutterrolle sein.

Die Zuordnung von Menschen in zwei Kategorien war und ist die Voraussetzung für die Etablierung und Aufrechterhaltung des Patriarchats. Die entscheidende Stütze patriarchaler Herrschaft ist das Prinzip der Hierarchie. Dies beginnt mit Sexismus in der Sprache, sexueller Belästigung im Alltag, realer physischer und psychischer Gewalt und der besonderen Benachteiligung von Frauen bei der Wohnungsvergabe und dem Zugang zum Arbeitsmarkt und endet in vermehrter Obdachlosigkeit von Frauen und Altersarmut.

Vergewaltigung betrifft insbesondere Mädchen und Frauen und ist auch heute innerhalb der Ehe nicht strafbar.

Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Paragraphen 218 wird den Frauen das Selbstbestimmungsrecht weiterhin verweigert.

Wir fordern:

- weg mit dem Paragraphen 218
- finanzielle Absicherung sämtlicher Frauen- und Lesbenprojekte
- keine Benachteiligung der autonomen Frauenhäuser gegenüber Frauenschutzhäusern; schnelle Versorgung der Frauen mit Wohnungen
- verstärkte Interventionsmöglichkeiten bei sexueller Gewalt in der Familie
- flächendeckende Einführung von Nachtaxis

Gegen Kriegskurs und Rüstungsexporte

Während die BRD bis zur Wiedervereinigung in das NATO-Bündnisystem fest eingebunden und ihr militärischer Handlungsspielraum auf das NATO-Territorium eingegrenzt war, wird seit der „Wiedererlangung der vollen Souveränität“ die Militarisierung der deutschen Außenpolitik auf der Grundlage nationaler Interessen vehement vorangetrieben. Vor dem Hintergrund der Konkurrenz zwischen den

imperialistischen Staaten wird das Ziel verfolgt, die ökonomische und politische Vormachtstellung Deutschlands in Europa auch militärisch behaupten und ausbauen und weltweit „zur Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen“ und zur „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher und ökologischer Stabilität“ intervenieren zu können. Neue Feinde sind schon ausgemacht: „instabile Regimes, islamischer Fundamentalismus, hohes Bevölkerungswachstum, Armut verbunden mit Neid sowie die Verbreitung von Massenvernichtungsmitteln und modernen Waffen“ (Verteidigungspolitische Richtlinien 26. II. 1992).

Durch die Bundesregierung werden systematisch Tatsachen geschaffen, um den Handlungsspielraum der Bundeswehr zu erweitern. Angefangen vom Einsatz von BGS-Beamten in Namibia, über den Blauhelmeinsatz in Kambodscha zu den Kampfeinsätzen im ehemaligen Jugoslawien und in Somalia soll schrittweise eine Grundgesetzinterpretation durchgesetzt werden, nach der ohne Verfassungsänderung Kampfeinsätze im Rahmen der NATO, WEU oder UNO möglich sind.

Darüber, daß die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr erweitert werden sollen, gibt es einen großen Konsens von der CDU/CSU und FDP über die SPD bis hin zu Teilen von Bündnis 90/Die Grünen. Lediglich das Ausmaß der Erweiterung ist umstritten.

Zum Erlangen der weltweiten Interventionsfähigkeit der Bundeswehr muß ein gewaltiges Umrüstungsprogramm stattfinden. Dieses umfaßt zwar eine quantitative Abrüstung, ist aber mit einer qualitativen Aufrüstung hin zu weltweit einsetzbaren und angriffsfähigen Eingreiftruppen verbunden, die sich z. B. auf modernisierte Luftstreitkräfte und Hochtechnologie-Waffensysteme stützen können.

Wir fordern die Entmilitarisierung der Gesellschaft und des Staates. Wir wenden uns gegen die Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr, unter welchem Helm und wo auch immer. Statt dessen befürworten wir den Austritt der BRD aus NATO und WEU. Wir fordern die Abschaffung der Bundeswehr als Teil einer grundlegenden gesellschaftlichen Veränderung. Wir unterstützen die Totalverweigerung von Wehr- und allen Zwangsdiensten.

Hamburg ist in der BRD einer der bedeutendsten Rüstungsstandorte. Es gibt rund 80 Rüstungsfirmen — vor allem in den Bereichen Schiffbau, Militärtechnik und Militärcomputer-Software. Der Hafen ist ein wichtiger Umschlagplatz für den Rüstungsexport. Mit mehreren Bundeswehrkasernen, der Bundeswehruniversität, der Führungsakademie und einem Bundeswehrkrankenhaus sowie weiteren Bundeswehreinrichtungen ist Hamburg nach wie vor ein wichtiger Bundeswehrstandort. Wir fordern das Verbot jeglicher Rüstungsproduktion und verlangen deren Konversion zu ziviler Produktion. Rüstungsforschung in Hamburger Betrieben und Hochschulen hat zu unterbleiben. Der Export von Rüstungsgütern und der Transport von Truppen über Hafen und Flughafen hat zu unterbleiben. Bundeswehreinrichtungen in Hamburg sind aufzulösen.

Gegen die weitere Stärkung der Staatsgewalt

Seit Bestehen der BRD wird, vorangetrieben vor allem durch die CDU/CSU und auch durch die SPD, die Sicherheitsgesetzgebung schrittweise verschärft und die Staatsgewalt ausgebaut. Ausdruck findet diese Entwicklung in einer zunehmenden Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen Geheimdiensten, Polizei, Staatsanwaltschaft und anderen Behörden und dem Erlassen schärferer Gesetze. Die Internationalisierung der Zusammenarbeit der Sicherheitsorgane in Europa und die Angleichung der Gesetzgebung zwischen den europäischen Staaten, insbesondere im Zuge des Maastricht-Prozesses (Schengen, TREVI), treibt diesen Ausbau weiter.

Die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen BKA, Verfassungsschutz und der Bundesanwaltschaft fand auf Bundesesebene einen vorläufigen Höhepunkt in der Bildung der Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung (KGT) im Jahr 1991.

Von unserer Vorstellung einer Gesellschaft ohne Knäste sind wir weiter entfernt denn je. Wir stellen fest, daß die Hälfte

Jugungen für Gefangene sich zunehmend verschärfen. Geringfügige Verbesserungen sind so angelegt, daß sie jederzeit zurückgenommen werden können. Praktisch bedeutet dies, daß wir für bessere Haftbedingungen streiten müssen. Wir fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und die sofortige Entlassung aller Haftunfähigen. Wir fordern die Zusammenlegung derer, die es wünschen, und unterstützen es, wenn Gefangene nicht mit Rassistinnen und Faschistinnen untergebracht werden wollen. Eine getrennte Unterbringung von Gefangenen nach Nationalitäten lehnen wir ab.

Wir fordern die Rehabilitierung (politische Anerkennung und Entschädigung) der während der Zeit des „Kalten Krieges“ politisch Verfolgten und die Rehabilitierung der durch den Radikalerlaß von Berufsverboten Betroffenen.

Geplant ist des weiteren eine Grundgesetzänderung, mit der der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel durch die Polizei in Wohnungen legalisiert werden soll („großer Lauschangriff“).

Hier ist der Hamburger Senat Vorreiter: Was im Bund unter dem Stichwort des großen Lauschangriffs noch umstritten ist, ist in Hamburg mit der Einführung des neuen „Sicherheits- und Ordnungs-Gesetzes“ schon Realität. Durch dieses Hamburger Gesetz werden die Unterschiede zwischen Geheimdiensten und Polizei verwischt. Die Polizei wird zum Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel, verdeckter Ermittler und Datenerfassung und -abgleich im weiteren Umfang ermächtigt.

Weitere Beispiele für die abgestimmte Zusammenarbeit zwischen Polizei und Behörden sind das Vorgehen gegen die BewohnerInnen der Hafenstraße und gegen die „Rote Flora“. Ein weiteres organisiertes Zusammenwirken mit rassistischem Charakter ist im Karolinenviertel zu beobachten. Während in früheren Jahren faschistische Organisationen hauptsächlich mit dem Thema „Ausländer = Drogen“ Politik machten und ihr Hauptinteresse der Vertreibung von MigrantInnen und Flüchtlingen und sozial schwacher Menschen aus bestimmten Stadtvierteln so verbreiten konnten, übernehmen jetzt andere das Geschäft. Die Zunahme von illegalisiertem und kriminalisiertem Erwerb und Verkauf von Drogen wird in rassistischer Weise von einigen AnwohnerInnen, der Polizei, Medien, PolitikerInnen benutzt, um sog. „soziale Brennpunkte“ wie das im Zentrum liegende Karo-Viertel zu verunsichern und eine andere Bevölkerungs- und Stadtentwicklungsstrategie durchzusetzen. Durch Zuzugssperren in Wohngebieten mit höherem Anteil an ihrer Existenz bedrohten Bevölkerungsanteil wird über den Trick der „Deeskalation von Gewalt“ und „Zurückdrängen von Armut, Diebstahl“ ein Viertel „entmisch“t. So wird ein weiterer Schritt in einer konsolidierten Gemeinschaft von Saubermännern und Schreibtischlättern vollzogen, die ein Viertel reif machen für Pogrome.

Immer wieder wird versucht, politisch handelnde Menschen zu kriminalisieren, wie im Prozeß gegen zwei „Rote-Flora“-Aktivistinnen. Hierbei wird selbst der Anschein der Rechtsstaatlichkeit verlassen.

Mittels Polizeisondereinheiten, wie die Einheit FD 942 des Landeskriminalamts, der Bereitschaftspolizei und den E-Schichten (besonders berüchtigt für willkürliche Festnahmen, Mißhandlungen und Übergriffe ist die E-Schicht der Wache 16), soll in der Stadt ein Klima der Einschüchterung geschaffen werden.

Jegliche Ansätze von Interessenvertretung durch die betroffenen Menschen sollen kriminalisiert und zerschlagen werden.

Wir fordern die Auflösung aller Geheimdienste, die Entflechtung der Zusammenarbeit von Polizei und Senatsbehörden, die Aufgabe aller geheimdienstlichen Ermittlungsmethoden und die Auflösung der Sondereinheiten der Polizei. Die Hafenstraße und das autonome Stadtteilzentrum „Rote Flora“ dürfen nicht geräumt werden.

Gegen Umverteilung von unten nach oben

Vor dem Hintergrund eines sich verschärfenden internationalen Konkurrenzkampfes findet in der Bundesrepublik nunmehr verstärkt ein Programm zur sozialen Spaltung, Entsolidarisierung und zur Senkung der Sozialausgaben statt. Diese unter dem Begriff „soziale Deregulierung“ betriebene Strategie zielt auf die Verbesserung der Verwertungsbedingungen des Kapitals.

Keine Woche vergeht, ohne daß nicht neue Pläne zur Beseitigung sozialer Rechte aufzutauchen. „Soziale Deregulierung“ ist Programm der CDU, und die SPD gibt Rückendeckung. Die Aufrechterhaltung sozialer Standards wird bereits als

„Schmarotzertum“, als „sozial nicht verträglich“ diffamiert. Verzicht wird als soziale Tat propagiert. Nichts Soziales soll mehr gelten, wenn es nicht der Profitmacherei der Konzerne nützt. Und da ist alles im Weg, was die Konkurrenzkämpfe der westdeutschen Konzerne auf dem Weltmarkt behindert.

Das bedeutet konkret:

- Aushöhlung der Tarifverträge durch Öffnungsklauseln, die den Tarifvertrag als Mindestsicherung für alle Lohnabhängigen beseitigen
- Verschlechterung des Betriebsverfassungsgesetzes, der Kündigungsschutzfristen für Angestellte und andere Gesetze
- drastische Senkung des Lohnniveaus und Bindung des Lohnanspruchs an den Geschäftsverlauf
- Verlängerung der Arbeitszeit durch Wiedereinführung der 40-Stunden-Woche
- Flexibilisierung der Arbeitszeit durch Beseitigung des Sonntagsarbeitsverbots und Ausdehnung von Nacht- und Schichtarbeit
- Beseitigung von bislang geschützten Standards der Sozialversicherungen (Rentenreform, Gesundheitsreform, Kürzung von Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe)
- Angriff auf die Lohnfortzahlung durch die beabsichtigte Wiedereinführung der Karenztage
- Entlastung der öffentlichen Haushalte von „Sozialkosten“ (Sozialhilfekürzung, Wohngeldkürzung)
- Steuerentlastung für die Unternehmen und Steuererhöhung für die Lohnabhängigen
- Aufrechterhaltung der Billiglohnzone im Osten und arbeitsmarktpolitischer Steuerung der Ausländerbeschäftigung, um den Druck auf Lohn- und Arbeitsbedingungen im Westen aufrechtzuerhalten.

In Tausenden von ungeschützten Arbeitsverhältnissen ist bereits durchgesetzt, was auf alle Arbeitsverhältnisse ausgedehnt werden soll. Jede Senkung des Lohnniveaus senkt auch die Ansprüche auf Arbeitslosengeld und Sozialhilfe. Jede Verschlechterung des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe verstärkt wiederum den Druck auf das Lohnniveau und die Arbeitsbedingungen, ein Kreislauf, der den Unternehmern viel Spielraum gibt, ihr Programm durchzusetzen.

Ausgeschlossen sind z. B. Kranke, Frauen, Flüchtlinge, Behinderte und Menschen, die sich entfremdeter Arbeit verweigern. Ohne jede Zukunftsperspektive fallen sie durch die forcierte Ansiedlung von High-Tech- und Dienstleistungsindustrien den Modernisierungsplänen zum Opfer. Die einzige Überlebenschance bieten ihnen vielfach unsichere Beschäftigungsverhältnisse, Schwarzarbeit sowie Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe.

Während zu Beginn der 80er Jahre Linke die ABM-Tätigkeiten politisch ablehnten, weil sie z. B. keine Zusagen auf Einstellungen nach deren Ablauf enthielten, zu geringe Chancen boten, um Vertrauen zu den zu begleitenden Menschen in den Projekten aufzubauen, weil sie schlecht entlohnt wurden und nur geringes Arbeitslosengeld einbrachten, nahm die Lautstärke der vorgebrachten Kritik mit der Zunahme der Besetzung von solchen Stellen ab. Der derzeitige Abbau selbst dieser ABM-Stellen führte zu einem zögerlichen leisen Aufmucken, obwohl mit der Streichung von ca. 60 % aller ABM-Maßnahmen insbesondere soziale Projekte zunichte gemacht werden.

Der Widerstand in Betrieben und Gewerkschaften entwickelt sich in vielfältigen Aktionen. Mit dem ÖTV-Streik im Frühjahr '92, mit der Aktion „Gegenwehr“ (Demo vom 24. 4. 93), mit vielen anderen Aktionen, wie z. B. den Streiks bei EuropCar und dem Computerkonzern DEC, in Initiativen gegen Sozialabbau, Privatisierung und Entrechtung haben Menschen begonnen, sich zu wehren.

Der Widerstand wird aber gebremst, wenn er sich der Logik des kapitalistischen Weltmarkts, der Sicherung des „Standorts Deutschland“ verpflichtet. Es ist ja gerade die hier beschriebene „Standortpolitik“, welche die Lebensinteressen angreift.

Ohne Streik, das sind die gegenwärtigen Erfahrungen, ist meist nichts mehr zu verzeichnen — geschweige denn zu verbessern.

Die Standort- und Privatisierungspolitik des SPD-Senats hat sich seit längerem dem fast widerspruchsvollen Gehorsam vor den Kapitalinteressen verschrieben. Die Haushalte der Stadt Hamburg tragen dem Rechnung.

Keine andere Stadt in der BRD hat einen so hohen Anteil von SozialhilfeempfängerInnen wie Hamburg, und keine andere Stadt hat so viele Millionäre.

Im Januar gab es ca. 22000 Menschen, die Arbeitslosengeld (durchschnittl. 1400,— DM) bezogen, und 17000 Menschen, die ausschließlich Arbeitslosenhilfe bezogen (durchschnittl. 1000,— DM). Im Mai waren zum Vergleich insgesamt 61000 Menschen (8,3 %) in HH arbeitslos gemeldet. Hinzu kommen ca. 150000 SozialhilfeempfängerInnen, die in der Arbeitslosenstatistik nicht mehr auftauchen. Besonders auffällig ist der Anstieg der Erwerbslosigkeit bei Jugendlichen bis 25 Jahren, die nach der Ausbildung oder der Schule keine Stelle mehr finden. Fast jeder dritte Jugendliche wird nach der Ausbildung nicht mehr übernommen. Ausbeutung und Leistungsdruck haben sich auch in Hamburg drastisch erhöht.

Wir setzen uns für folgende Forderungen ein:

- Einführung einer Grundsicherung, unabhängig von Nationalität, Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt oder evtl. Unterhaltsansprüchen;
- Abschaffung aller Vorschriften, die MigrantInnen und Flüchtlinge auf dem Arbeitsmarkt diskriminieren;
- finanziell abgesicherte Freiräume für eine wirksame Interessenvertretung der Armen in Hamburg
- drastische Reduzierung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohn, keine Flexibilisierung
- keine Privatisierung öffentlicher Aufgaben, kein Abbau sozialer Errungenschaften

Gegen menschenfeindliche Stadtpolitik

Nicht erst seit gestern wird diese Stadt vom Rathaus aus wie ein Unternehmen geführt: Politik für Investoren, Unternehmer und Touristen. Diesen Belangen der Wirtschaft werden die übrigen politischen Bereiche (Sozial-, Wohnungs-, Frauen-, Umwelt-, Verkehrs- und Kulturpolitik) gnadenlos untergeordnet, und der „Werkschutz“ namens Polizei schlägt zu, wo sich Widerstand regt.

Noch schnellere, noch giftigere, noch größere, noch rücksichtslosere Umsetzungen von Autobahnabbindungen, Flughafen- und -neubau, Realisierung von Großprojekten, Raubbau an natürlichen Ressourcen. Die Stadt hat in den letzten Jahren bereits merklich ein anderes — un-menschlicheres — Gesicht bekommen.

Die Produktionsweise der kapitalistischen Industriegesellschaft hat zur Kommerzialisierung all unserer Lebensbereiche geführt. Die Unterordnung von Erwerbsarbeit und Freizeitaktivität unter die Zwänge von Gewinn und Profit ist bis auf kleine Ausschnitte in unserem Alltag perfekt. Der Einfluß der Menschen unter den bestehenden Eigentumsverhältnissen auf Sinn, Zweck und Organisation ihrer Tätigkeit und ihres Lebens ist minimal.

Diejenigen, denen es materiell gut geht, können sich trotz der derzeitigen Entwicklung in Hamburg noch bequem einrichten. Auf der Strecke bleiben jedoch:

SozialhilfeempfängerInnen, KleinverdienerInnen, RentnerInnen, Erwerbslose, Wohnungssuchende, MigrantInnen und Flüchtlinge, Kranke, StudentInnen, etc.

Menschenfeindliche Stadtplanung wirkt in erster Linie gegen sie über Verdrängung und Verteuerung, die „Verbesserung des Wohnumfeldes“ von Reichen und Yuppies ist dabei gewollt.

In Hamburg fehlen z. B. Grünanlagen, preiswerter Wohnraum, Kommunikationszentren, ungiftige und menschengerechte Arbeitsplätze, Kindertagesstätten und eine menschenwürdige Hilfe für Pflegebedürftige, Alte und Kranke.

Umstrukturierungs- und „Aufwertungs“-Maßnahmen beginnen Wirkung zu zeigen: Es gibt in Hamburg über 100000 Wohnungssuchende (davon über 50000 Obdach- und Wohnungslose), und in den innenstadtnahen Bereichen schießen die Bürohochhäuser und Gewerbezentren trotzdem weiter aus dem Boden: Wohnungen werden kaum gebaut.

Für Spekulanten werden Bebauungspläne geändert oder Grundstücke zu Schleuderpreisen verkauft, z. B. Kehrriederspitze, Fleetinsel. Ganze Stadtteile sollen ihr Gesicht verändern — und nicht zum positiven: Der Trend geht zum „Zweit-Einkaufszentrum“ pro Stadtteil. MieterInnen von billigem Wohnraum werden genauso vertrieben wie alteingesessene Ladengeschäfte.

Ob es die Pinnaßberg-Häuser in St. Pauli, die „Rote Flora“ im Schanzenviertel, die Speicherstadt, die von Eigenbedarfskündigungen bedrohten MieterInnen in Ottensen oder die Hafenstraße sind: Überall sollen Strukturen zerstört und Wege für neue Möglichkeiten der Gewinnmaximierung für wenige (z. B. Hertie-Quarree in Ottensen, Kinozentrum in Wandsbek) geschaffen werden. Gebaut wird das, was wir

garantiert nicht brauchen und wo wir es nicht wollen!

Wenn neue Wohnungen gebaut werden, sind sie so teuer, daß die alteingesessene Bevölkerung sie nicht mehr bezahlen kann.

Wir fordern nicht einfach Sozialwohnungsbau, sondern einen, der 100 %ig in kommunaler Hand verbleibt, mit Mieten von 5,— DM/Quadratmeter, und qualitativ den Bedürfnissen der BewohnerInnen gerecht wird. Andere Formen, Wohnraum zu schaffen, wie z. B. Genossenschaften, müssen gefördert werden. Gegen das Maklerunwesen und Wuchermieten muß eingeschritten, der Hamburger Mietspiegel ohne Berücksichtigung dieser Mieten erstellt werden. Die Fehlbelegungsabgabe ist kein geeignetes Instrument, um eine sozial gerechte Verteilung von Wohnraum herbeizuführen.

Zwangsraumungen von Menschen, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können, sind einzustellen.

Wichtige öffentliche Dienste liegen darnieder: Kindergärten, Jugendeinrichtungen, Universitäten und Ausbildungsstätten haben nicht nur zu wenig Stellen, sondern sind schlecht ausgestattet und „planmäßig“ überfüllt. Etwa 20000 Kinder (und Eltern) warten schon viel zu lange auf einen Kindergartenplatz.

Investiert wird lediglich in gut verwertbare und verkäufliche Bereiche, u. a. in die Gentechnologie (UKE) und in die Projekt-Kooperation zwischen Hochschulen und Wirtschaft — nicht zuletzt in Rüstungsfirmen.

Bildungsinstitutionen werden zunehmend den Marktgesetzen unterworfen. Das führt zu Privatisierung und Wettbewerb von Schulen und Hochschulen und einer an Kapitalverwertungsinteressen ausgerichteten Auswahl der Lehr- und Forschungsinhalte. Wir fordern dagegen die Verbesserung der jetzigen Standards (Klassenfrequenzen, Personalversorgung, Lehrmittel) und die Demokratisierung von Schule und Hochschule.

Im Gesundheitswesen leiden PatientInnen, PflegerInnen und ÄrztInnen an mangelhafter Ausstattung und geplanter Personalknappheit — die Einrichtungen der Altenpflege sind häufig Orte des Grauens, ein menschenwürdiger Lebensabend ist für die Mehrheit der Alten ein Wunschtraum. Einrichtungen für Drogenabhängige werden als einzelne Vorzeigemodelle geschaffen, aber nicht flächendeckend errichtet, sondern ständigem staatlichem Repressionsdruck unterworfen.

Mit dem Senatsprogramm „Soziale Brennpunkte“ wird einerseits Geld als Wahlkampf-Hilfe für die SPD ausgeschüttet, andererseits in Projekte investiert, von denen der Senat hofft, daß sie über eine sozialarbeiterische Betreuung ohne Hilfe zur Selbsthilfe nur Ruhigstellung und ein verschwiegenes „Weg von der Straße“ bedeuten sollen. Hilfestellung zur Selbständigkeit hat dieses Programm nicht zum Ziel, sondern die Befriedung ausgesuchter, „förderungswürdiger“ Zielgruppen. So wird nach der Logik des Hamburger Senats weiter unterschieden zwischen noch „verwertbaren“ Menschen und solchen, die man bereits aufgegeben hat oder bekämpft.

Hamburgs Wasser, Boden und Luft sind in den letzten Jahren noch giftiger geworden. Umweltbedingte Krankheiten (Krebs, Fehlgeburten, Allergien, Schädigungen durch Alltagsgifte, insbesondere bei Kindern, chronische Erkrankungen der Atemwege) — besonders im Hamburger Osten — häufen sich. Der Hamburger Senat setzt der Giftstoff-Spirale kein Ende, sondern versucht, die Grenzwerte hochzuschrauben und die Gefährdungen zu verharmlosen.

Für alle krebserzeugenden und krebverdächtigen Stoffe hat der Grenzwert 0,0 zu gelten. Wir wollen das generelle Verbot der Einleitung von Schwermetallen und Kohlenwasserstoffen in die Elbe und Kanalisation. Auf die geplante Vertiefung der Elbe und jegliche Hafenerweiterung (z. B. Altenwerder) ist zu verzichten.

Wir wollen den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie und das Verbot von Atomtransporten, egal ob auf Schiene oder Straße, durch das Hamburger Stadtgebiet, FCKW-Ausstieg sofort, drastische Senkung des CO₂-Ausstoßes.

Die Müllmenge und die Schadstoff-Fracht des Mülls nehmen jedes Jahr zu. Statt einer Politik der konsequenten gewerblichen und privaten Müllvermeidung werden die Verbraucher durch scheinökologische Maßnahmen wie das „Duale System“ betrogen. Die hier als „Wertstoff“ zur Gewissensberuhigung des Konsumenten gesammelten Verpackungen finden sich schließlich auf Müllhalden in Frankreich oder „Dritt-Welt“-Staaten wie den Philippinen wieder. Und der Hamburger Senat verdient noch über die Abgabe der privaten Betreiber des Dualen Systems

daran.

Statt einer konsequenten Politik von Mülltrennung mit dezentraler Kompostierung, Erfassung und Verwertung anderer Wertstoffe in kommunaler Hand (d. h. Rekommunalisierung), gekoppelt mit Produktionsverboten und -auflagen, wird die Müllverbrennung in Hamburg und Umgebung auch noch ausgebaut. Aus der Müllverbrennung muß schleunigst ausgestiegen werden; neue Müllverbrennungsanlagen, z. B. Borsigstraße und Stapelfeld, dürfen nicht gebaut werden.

Von Verkehrsverlagerung und Förderung des öffentlichen Nahverkehrs wird in Hamburg nur gesprochen, getan wird von den Verantwortlichen nichts. Die Kraftfahrzeuge müssen raus aus der inneren Stadt! Wir wollen keine 4. Elbtunnellöhre, keine Osttangente („Flughafen-Anbindung Fuhsbüttel“) und keine A26! Gefährliche Güter dürfen nicht mehr durch Wohngebiete transportiert werden. Der Güterverkehr muß auf die Schiene verlagert werden. Wir wollen einen attraktiven öffentlichen Nahverkehr, die Wiedereinführung der Straßenbahn, flächendeckenden Straßenrückbau und eine drastische Einschränkung des motorisierten Individualverkehrs, zugunsten von FußgängerInnen, RadfahrerInnen, Bahnen. Ziel: Tempo 30 km/h auf allen Straßen. Wir wollen Sitzplätze statt Parkplätze! Das setzt den Ausbau der Kapazitäten des HVV/HHa und eine Verkehrsabgabe aller Unternehmen und Arbeitgeber zur Mitfinanzierung voraus. Dann sind niedrige Fahrpreise, ein übersichtliches Tarifsystem und der Nulltarif für alle Erwerbslosen möglich.

Wir haben gesehen, daß Veränderungen nicht in parlamentarischen Aushandlungsritualen, sondern nur durch Widerstand von unten, der die herrschenden Machtstrukturen in Frage stellt, erreicht werden können. Für diejenigen, die in dieser Stadt gegen die herrschende Politik ankämpfen, soll die Luft für Bewegung immer dünner werden, für alle wird sie immer giftiger und ozonhaltiger.

Wir haben's satt — wir wehren uns!

Wählt die Linke Alternative — Wehrt Euch!

Termine

4. 9. Blumen für Stukenbrock — Symbole gegen den Haß. Kundgebung zum Antikriegstag auf dem sowjetischen Soldatenfriedhof in Stukenbrock.

4. 9. Internationales Kurdistan-Festival, 12 Uhr, Frankfurt, Waldstadion.

11. 9. 3. landesweite Konferenz zur Bildung einer Linken Liste Niedersachsen. Ab 10 Uhr, Hannover, Freizeitheim Lister Turm.

17.-19. 9.: Seminar: „Asyl abgeschafft, Auswirkungen in Bayern, Neuorientierung der Praxis der Flüchtlingsinitiativen“ im Olaf-Ritzmann-Kollektiv, Nürnberg. Anmeldungen: Bayer. Flüchtlingsrat, c/o Dritte-Welt-Cafe, Daienstr. 9, 81371 München, Tel. 089/7257774.

18./19. 9. Jahresversammlung der Arbeitsgemeinschaft für antifaschistische Kommunalpolitik. Ab 13 Uhr, Frankfurt/Main, Jugendhaus, Deutschherrnrufer. Anmeldung an: B. Feuling, Paulstr. 13, 69469 Weinheim.

24. 9. Pressefest der DKP in Bottrop, Volkspark Batenbrock, Freitag 20 Uhr, bis Sonntag, Eintritt 25 DM, Kinder unter 14 Jahren umsonst.

25. 9. Bundes-Mitgliederversammlung der AG Stahl- und Metallindustrie. Würzburg, Jugendgästehaus.

26. 9. Herausgeberkreis des Nachrichtensheets Kritik und Widerstand. Würzburg, Jugendgästehaus.

16. 10. „Solidarität mit Cuba, Schluß mit der Blockade durch USA, EG und BRD!“ Demonstration in Bonn.

16./17. 10. Herbstkonferenz der 13. BWK-Bundesdelegiertenkonferenz.

6. 11. Herbsttagung der GNN-Verlage in Köln.

7. 11. Herbsttagung des Arbeitskreises Politische Berichte in Köln.

27./28. 11. Bundeskongreß der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg in Köln.

Pablo Picasso: Kommunist, Intellektueller, auch Maler

Nachgedanken zur Picasso-Ausstellung in Hamburg

Nach bis Ende August ist in der Hamburger Kunsthalle die Ausstellung „Picasso. Die Zeit nach Guernica 1937-1973“ zu sehen.

Mit Picasso ist nicht nur ein bedeutender Maler dieses Jahrhunderts ausgestellt, sondern auch einer, der neben seinem Werk stets einem politischen Engagement verpflichtet war.

Grund zur Annahme, daß mit dieser Ausstellung gerade in dieser Zeit und diesem Land, wo Rassismus zur Alltäglichkeit geworden ist, ein Zeichen gesetzt wird, daß auch die Kunst nicht gegenüber den Verhältnissen verstummen darf, von denen sie abhängt.

Doch wie eine Mauer schneidet sich die museale Ausstellungspraxis zwischen Werk und Wirkung: die Räume sind überfüllt von Besuchern und Bildern, in für den Kunstbetrieb eigentümliche Weise mischen sich die Tendenzen, einerseits die Kultur als ein eigenständiges Wertereich von der Wirklichkeit abzulösen und zu überhöhen, andererseits offenkundig sich zu der ökonomischen Verwertung der Kultur zu bekennen.

Heute Picasso auszustellen, folgt dem ökonomischen Zeitgeist mehr als dem gesellschaftlichen Ungeist, der solcher Kunst bedarf. Schon längst geht es hier nicht mehr um Kunst und die einstige Spießfrage, ob diese Art der Malerei denn Kunst sei, wo doch ein jedes Kind so malt, läßt sich wirklich nur noch bejahend damit beantworten, daß der einzige Unterschied das Privileg der Präsentation im Museum ist, die absolute Verwertung der Kunst auf dem Markt.

Tatsächlich können Kinder so malen und es wäre doch nur zu wünschen, daß auch Kinder dieses Recht auf Ausstellung ihrer Bilder erwirken könnten.

Guernica

Am 26. April 1937 zerstören deutsche Bomber der berüchtigten Legion Condor die baskische Stadt Guernica. Der mörderische Überfall auf die Stadt ist Thema des wohl bekanntesten Antikriegsbildes der Kunstgeschichte: „Guernica“, von Pablo Picasso.

Der 1881 geborene Künstler verarbeitete noch im selben Jahr das Grauen des Krieges als Auftragswerk für den spanischen Pavillon der Pariser Weltausstellung. Nahezu einfarbig im dunklen Grau und kaltem Blauweiß ist das über drei Meter hohe und fast acht Meter lange Bild gestaltet.

Die Elemente des Bildes sind

einfach und schemenhaft, wirken archaisch und erinnern an sogenannte primitive Kunst. Der von Georges Braque (1882-1963) und Picasso entwickelte Kubismus bildet die Stilgrundlage des monumentalen Werkes.

Schon ab Anfang der 30er Jahre hatte Picasso eine Reihe von Portraits angefertigt, in denen er den Kubismus noch weiter entwickelte. Vorderansicht und Profil eines Kopfes sind gleichzeitig zu sehen, die Perspektive wird zugunsten einer flächigen Konfrontation mit dem Betrachter aufgehoben.

Dominierten zuvor die Überlagerungen der Bildelemente in quadratischen und gradlinigen Formen, die als „analytischer Kubismus“ hauptsächlich Stilleben zum Thema hatten, so standen in den 30er Jahren betont figurative Formen und expressive Elemente im Vordergrund.

Das Bild „Guernica“ schließt diese Entwicklung ab, indem es diese Formprinzipien noch radikaler zur Anwendung bringt: jedes Gesicht ist eine Fläche, auf der die starrenden Augen zu schwimmen scheinen.

Das Bild zeugt von Hoffnungslosigkeit und ist doch, als künstlerische Verarbeitung des Krieges, Ausdruck von Hoffnung: eine Mutter hält ihr totes Kind in den Armen; der Stier, der schützt über ihr steht, ist nur noch Symbol des Schutzes und wendet sich vom Geschehen ab; die abgebrochene Schwertklinge des Kriegers kann nicht mehr verteidigen; selbst die Sonne, zu einem mandelförmigen Oval geschrumpft, vermag nicht mehr genügend Licht zu spenden. Ihre Strahlen sind kurz und schwarz; sie könnte mit der angedeuteten Glühbirne auch elektrische Lampe sein, Zeichen der Technik.

Das Werk bildet, obwohl Straßen und Gassen zu erkennen sind, einen in sich geschlossenen Raum: der Krieg schließt die Menschen ein, begräbt sie unter der Gewalt der Bomben. Wie von außen hereinkommend, einem Engel gleich, erscheint eine Frau mit einem Hoffnungsschimmer: sie trägt eine Kerze, in deren Lichtkegel eine andere Frau Kraft zu schöpfen scheint und sich aufrichtet.

Direkte politische Themen wie „Guernica“ sind bei Picasso selten: Bilder wie „Leichenhaus“ (1944/48), das die Vernichtungslager der Nazis zeigt, die berühmte Friedentaupe von 1944, oder „Massaker in Korea“ (1951) bilden eher die Ausnahme.

Sie sind vielmehr der äußerste Ausdruck einer Kunst, die immer wieder die gestörten zwischenmenschlichen Beziehungen thematisiert. Der versteckten Politik der Bilder liegt ein offenes politisches Engagement Picassos zugrunde, das aber in



Pablo Picasso: Guernica (1937)

Ausstellungen wie dieser zur Nebensache wird.

Picasso wird zum Maler, dessen interessante Attitüde es war, auch Kommunist gewesen zu sein; er wird nicht als Mensch gesehen, dessen soziales Engagement sich schließlich auch in der Kunst niedergeschlagen hat.

Der Beitritt zur Kommunistischen Partei Frankreichs 1944 wird zum biografischen Datum; dieser Umgang mit Picasso überrennt eine ganze Generation von Intellektuellen, die im französischen Widerstand zusammenkamen und versuchten, mit den zur Verfügung stehenden Künsten einen Ausdruck der Gegenmacht zu finden.

Gerade diese Zeit erwies sich als so entwicklungssträftig, weil die Künstler über politische Zusammenhänge im Austausch standen, nicht wie heute, wo wieder vielmehr die akademischen und innerästhetischen Auseinandersetzungen beherrschend sind. In Werkausstellungen wie dieser wird der Künstler jedoch aus seinem sozialgeschichtlichen Zusammenhang gerissen, wird zum Genie stilisiert und sein Leben wird Einzel-schicksal.

Kunst und Kult

Auf pervertierte Weise wird die Kunst in den Rahmen ihrer ursprünglichen Bestimmung gebracht: sie wird zum Ritual, zum Mythos verklärt und selbst die fortschrittlichsten Werke werden ihrer Dynamik beraubt, werden buchstäblich „aus-gestellt“. Diese rückschrittliche Tendenz macht aus dem Künstler den

Wunderheiler seiner Zeit, und wie sehr mit Picasso dieser Götzendienst betrieben wird, zeigt die Ausstellung: mehr als ein Blick auf die Bilder lohnt sich das Beobachten der Ausstellungsbesucher und das Belauschen ihrer Konversation über Picasso: seine Werke werden schon als Design gehandelt, sind Schmuck der Epoche.

Nicht vom einzelnen Werk geht eine kontemplative, auratische Wirkung aus: von dieser, aus der Einzigartigkeit des Kunstwerks zu verstehenden Wirkung hat sich die Kunst schon durch die technischen Reproduktionsverfahren freige-macht; der Kult, der um die Kunst sich entfacht, geht vom bestimmten Blick des Besuchers selbst aus: man diskutiert die Töne und das Leid auf dem einen Bild wie auf dem nächsten die Linienführung oder Farbgebung.

Damit wird der Künstler und die Kunst vollständig austausch-bar.

Kunst verstehen

Die Kunst Picassos verstehen heißt, seine Zeit zu verstehen. Kunst verstehen heißt aber auch, Kunst selber machen. Bertolt Brecht hat das in einem anderen Zusammenhang mit seiner kurzen Geschichte „Die Teppichweber von Kujan-Bulak ehren Lenin“ ausgedrückt: diese Geschichte erzählt davon, wie zu Ehren Lenins nicht etwa eine Büste aufgestellt wird, sondern die vom Sumpffieber geplagten Teppichweber vom Geld, welches sie für die Ehrung sammeln, Petroleum kaufen, um die

gefährlichen fieberübertragenden Mücken auszukurieren.

„So nützten sie sich, indem sie Lenin ehrten, und / Ehrten ihn, indem sie sich nützten, und hatten ihn / Also verstanden.“²

Mit seiner Kunst mahnt uns auch Picasso, selber in der künstlerischen Tätigkeit eine Möglichkeit zu finden, Zeugnis von uns und der Gesellschaft abzulegen.

Wie reich dabei die Möglichkeiten sind, geht abermals in dieser Ausstellung unter: Picasso war gewiß nicht der einzige, der sich mit der Kunst gegen den Krieg wandte. Das Bombardement von Guernica findet sich zum Beispiel auch in René Magrittes ebenfalls 1937 gemaltem Bild „Die schwarze Fahne“ verarbeitet: fünf schwarze Flugobjekte, tobringende Gleiter, fliegen stummen Insekten gleich in der Abenddämmerung dahin. Magritte sagte zu seinem Bild, es gibt „einen Vorgesmack des Terrors, der von den Raketen kommen wird. Ich bin nicht stolz darauf.“

Tatsächlich gibt es auch keinen Grund, auf eine gelungene Darstellung von gesellschaftlichen Leiden in der Kunst stolz zu sein; vielmehr bestünde im Mißlingen dieser Absicht die Authentizität eines Kunstwerkes.

In der Manier, in der Picasso ausgestellt wird, ist seinen Werken jedoch ein positiver Gehalt angedichtet, als seien sie Moment der Rettung einer Gesellschaft und würden noch das Schöne am Schrecklichen darstellen. Dem ist nicht so; solange Kunst aber in den Museen eingesperrt wird, statt aktives Element im gesellschaftlichen Prozeß zu sein, wird auch unser Blick immer wieder verleitet werden.³

Günther Anders hat darauf immer wieder aufmerksam gemacht: es sei nicht möglich, zum

millionenfachen Atomtod in Hiroshima ein adäquates Kunstwerk zu schaffen. Es sei wie „die Striemen der Gepeitschten als deren »Beiträge zur nationalen Ornamentik« zu reproduzieren.“⁴

Adornos Satz, daß nach Auschwitz kein Gedicht zu schreiben möglich sei, möge im Urteil zu streng sein — er widerrief es selbst; festzuhalten wäre zumindest, daß nach den schrecklichen Erfahrungen dieses Jahrhunderts, die nur die absolute Erfahrungslosigkeit im Menschen zurückließen, es nicht länger möglich ist, Kunst als Kultur auszustellen.

Picassos Kunst ist nicht Zeugnis der Zivilisation, das im sterilen Museumsraum zu bewundern ist; vielmehr sind Picassos Bilder Ausdruck der blanken Barbarei dieses Jahrhunderts.

Und eine nicht mindere Barbarei ist es, wenn der kulturell interessierte Bürger vor den Bildern flaniert und sich vor seiner Begleiterin mit fachkundlichen Kommentaren wichtig macht, ohne vor sich und den Bildern Picassos zu erschrecken.

— (rob)

(1) vgl. dazu: Walter Benjamin, Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit, in: Schriften Band I.2., Frankfurt/M. 1974, sowie meine Ausführungen in: Walter Benjamins fünfzigster Todestag. Vom Wind der Weltgeschichte, Politische Berichte 20/90

(2) Bertolt Brecht, Kalendergeschichten, Hamburg 1984, S. 71

(3) Dieses möchte ich auch als Eingeständnis an der Kritik verstanden wissen, die von jik in den Politischen Berichten 11/93 an meiner Besprechung des Malcolm X-Filmes geäußert wurde.

Ebenso greift das auch noch einmal die Debatte zu Heiner Müller auf, die an und ich führten (Politische Berichte 9/90, 7/92, 10/92).

(4) Günther Anders, Philosophische Stenogramme, München, 1992, S. 20

Politische Berichte

zum Abonnieren — zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe der Politischen Berichte (zutreffendes bitte ankreuzen, Jahres- oder Halbjahresabo bitte anstreichen)

- ☐ 6 Ausgaben für 10 Mark (beilegen) zum Kennenlernen.
- ☐ im Halbjahres-/Jahresabo (32,50 bzw. 65,- DM je Einzelabo)
- ☐ im (Halbjahres)-Förderabo (39,- DM je Einzelabo).
- ☐ Halb-/Jahresabo für neue Länder (19,50 bzw. 39,- DM im Jahr)

☐ Bankinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen.

Name:
Straße:
Postleitzahl/Ort:
Konto-Nr./BLZ:
(Bank) (Unterschrift)

Einsenden an: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln oder regionale Bestelladresse

18/93

Politische Berichte

Zeitung für sozialistische Politik

— erscheint vierzehntäglich

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, 50674 Köln, Zülpicher Straße 7, Tel.: 0221/21 64 42.
Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan (zu erreichen über: Kurdistan-Komitee, Hansaring 66, 50670 Köln), Christoph Cornides (über: GNN, Postfach 1207 22, 6800 Mannheim 1), Jörg Detjen (über: GNN, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln), Martin Fochler (über: GNN, Schwanthaler Str. 139, 80339 München), Christiane Schneider (über: GNN, Güntherstraße 6a, 22087 Hamburg), Herbert Stascheit (über: GNN, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz), Werner Thümmel (über GNN, Czernikstr. 5, 10829 Berlin).

Verlag: GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/21 16 58, Datentelefon: 0221/24 69 15, Telefax: 0221/21 53 73. Konto: Postgiroamt Köln, BLZ 37010050, Kto. Nr. 104 19-507.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis: 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement Politische Berichte kostet 32,50 DM (Förderabo 39,- DM), ein Jahresabonnement Politische Berichte 65,- DM (Förderabo 78,-

DM). Für Bezieher aus den neuen Bundesländern beträgt der Einzelpreis 1,20 DM; das Halbjahresabo kostet 19,50 DM/Jahresabo 39 DM. Bestellungen bitte an die regionalen Versandstellen richten.

Verantwortliche Redakteure: für Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzner; für Auslandsberichterstattung: Alfred Küstler; für Reportagen und Berichte regional: Günter Baumann; für Diskussion/Dokumentation: Ulrike Detjen; für Aus Ostdeutschland: Herbert Stascheit; für Aus Kultur und Wissenschaft: Angela Lux.

Bei der regionalen Berichterstattung wirken mit: Nachrichtenverband niedersächsischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Arbeitsgemeinschaft Landesberichterstattung Nordrhein-Westfalen, Nachrichtenverband baden-württembergischer Betriebs- und Lokalzeitungen, Nachrichtenverband bayerischer Betriebs- und Lokalzeitungen.

Druck: Neuer Weg Verlag und Druck GmbH, 45136 Essen.

Bestelladressen:

GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte m.b.H., 50674 Köln, Zülpicher Straße 7.
GNN Verlag Schleswig-Holstein/Hamburg, Güntherstr. 6a, 22087 Hamburg.
GNN Verlagsgesellschaft Westfalen, Czernikstr. 5, 10829 Berlin.
GNN Verlag Niedersachsen/Bremen, Grenzweg 4, 30165 Hannover.
GNN Verlag Nordrhein-Westfalen, Zülpicher Straße 7, 50674 Köln.
GNN Verlagsgesellschaft Hessen, Postfach 11 08 22, 60043 Frankfurt.
GNN Verlagsgesellschaft Baden-Württemberg, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart.
GNN Verlagsgesellschaft Bayern, Schwanthaler Str. 139, 80339 München.

für Bezieher aus Ostdeutschland

GNN Verlagsgesellschaft Sachsen, Badeweg 1, 04435 Schkeuditz